Montag, 2. Dezember 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

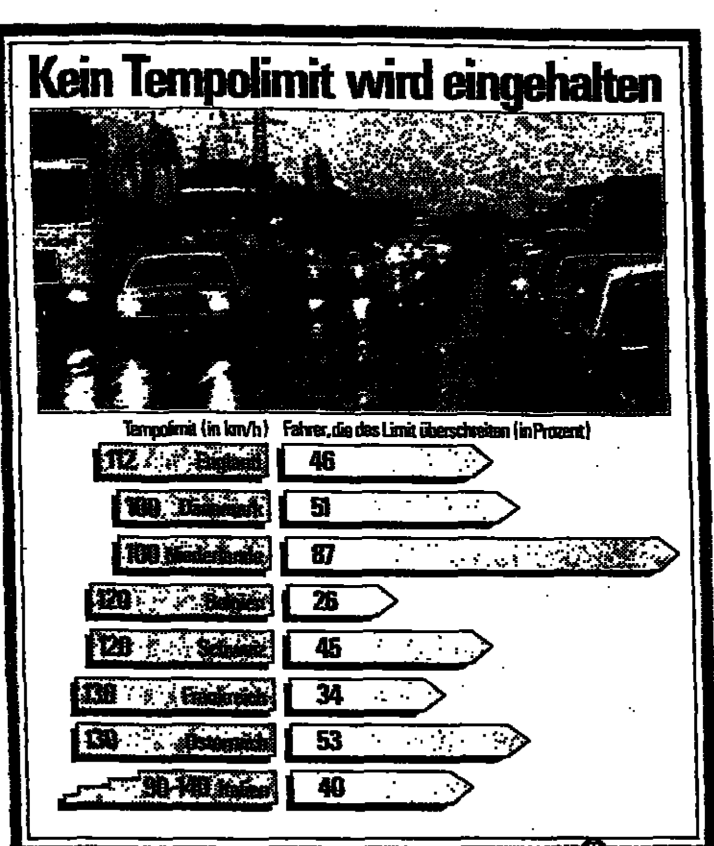
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 280 - 49. W - Preis 1,30 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU



Auf dem Papier haben die europäischen Nachbarländer ein Tempolimit zwischen 100 und 140 Kilometer. Jeder Autofahrer, der dort die Autobahn benutzt, stellt fest, daß es sich um „theoretische Werte" handelt. In der Bundesrepublik Deutschland, in der es kein Tempolimit gibt, hat der TÜV bei seinem Großversuch auf den Autobahnen einen Temposchnitt von 118 ermittelt. Seite 16

POLITIK

Etat: Auch im Wahljahr 1987 sollen die Bundesausgaben um nicht mehr als drei Prozent steigen. Finanzminister Stoltenberg rechnet allerdings damit, daß die Rückführung der Neuverschuldung – „wenn sie erreichbar ist" – langsamer vorankommt. Für 1985 erwartet er statt der bewilligten 25 nur eine Nettokreditaufnahme von 22 bis 23 Milliarden Mark. (S. 8)

Herztod: Bei einer Demonstration gegen den Kongreß der „Konservativen Aktion" in Hamburg ist ein älterer Mann vermutlich an den Folgen einer Herzattacke gestorben.

„DDR": Ost-Berlins Wirtschaftsexperte Günter Mittag hat bei der Debatte über den Etat 1986 eingeräumt, daß es weiterhin große Versorgungsmängel gibt. (S. 4)

Moskau: Nach den ersten positiven Äußerungen des Kreml zum Genfer Gipfeltreffen hat die offizielle sowjetische Presse jetzt wieder ihre Angriffe gegen die USA aufgenommen. Die Parteizeitung „Prawda" beklagte, Washington betreibe eine Politik der Stärke.

Atomwaffenfreie Zone: Mit deutlichen Meinungsverschiedenheiten ist eine Konferenz von Parlamentariern nordeuropäischer Länder, die über die Möglichkeit einer atomwaffenfreien Zone berieten, zu Ende gegangen. (S. 7)

Tierversuche: Per Volksentscheid haben sich die Schweizer gegen ein Verbot von Tierversuchen ausgesprochen. Nach Auszählung der Hälfte der 26 Kantone stand die Ablehnung einer entsprechenden Initiative fest.



Seit 1974 meldet die Bundesrepublik Deutschland die niedrigsten Geburtenraten der Welt. Bis zum Jahr 2030, so die Prognosen, wird sie 20 Millionen Menschen weniger zählen. Sind die modernen Auffassungen von Ehe und Familie schuld am Kinderschwund? Oder die Ansprüche, die der einzelne heute an sein Leben stellt? Prämiert das gegenwärtige System unserer Alterssicherung die Kinderlosigkeit? Die Folgen der Baby-Baisse sind in jedem Fall bedrohlich. Seite 7

WIRTSCHAFT

Stahlstreit: Washington hat den US-Zoll angewiesen, Stahllieferungen aus der EG nicht mehr sofort abzufertigen. Grund für diese Maßnahme ist die Weigerung der Briten, das seit Ende Oktober vorliegende neue Stahlabkommen zwischen der EG und den USA zu unterzeichnen. (S. 9)

Langer Samstag: Der deutsche Einzelhandel hat nach einem sehr gut verlaufenen Novembergeschäft am ersten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten das Vorjahresergebnis fast durchweg nicht erreicht. Dennoch sahen viele Geschäftsleute ihre Erwartungen erfüllt. (S. 9)

KULTUR

Ausstellung: Mit einer Fülle literarischen und dokumentarischen Materials informiert das Mainzer Gutenberg-Museum über den Verleger Friedrich Justin Bertuch (1747–1822). (S. 19)

Oper: Die Bayerische Staatsoper in München bietet derzeit die seltene Gelegenheit, Jules Massenets „Manon" und Puccinis „Manon Lescaut" miteinander zu vergleichen. (S. 19)

SPORT

Wasserball: Mit einem 7:4-Sieg über Budapest errang Spandau 04 Berlin zum zweiten Mal den Europacup der Meister. (S. 13)

Ski: Den ersten Weltcup-Slalom der Saison gewann in Sestriere (Italien) der jugoslawische Junioren-Weltmeister Petrovic. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Rücksendung: Polen und die „DDR" haben jetzt die ersten Briefe mit der 80-Pfennig-Sondermarke der Bundespost, die an 40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher erinnert, an ihre Absender in der Bundesrepublik Deutschland zurückgeschickt. (S. 20)

Wetter: Heiter bis wolkig. 5 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn zieht Konsequenzen aus der Affäre um die Neue Heimat

Schneider will bei der Gemeinnützigkeit unterscheiden / WELT-Gespräch

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU) hat aufgrund der „negativen Erfahrungen" mit dem Wohnungsbaukonzern „Neue Heimat" eine Änderung des Rechts der Wohnungsgemeinnützigkeit angekündigt. In einem WELT-Gespräch sagte Schneider, bei der „Neuen Heimat" kritisiere er „Mismanagement", aber vor allem seien dort „die Prinzipien der Wohnungsgemeinnützigkeit und der gemeinwirtschaftlichen Wohnungspolitik gröblich verletzt worden". Die Verantwortung für diese Vorgänge „tragen die aufsichtsführenden Aufsichtsräte, die weitestgehend identisch sind mit den obersten Funktionsträgern des Deutschen Gewerkschaftsbundes".

„Das Gesetz muß novelliert werden", sagte der Minister. Allerdings sei es fraglich, „ob wir das noch in der Legislaturperiode bis 1987 schaffen". Schneider: „Ein Fortbestand der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft mit diesen Steuerpräferenzen ist politisch nur dann zu vertreten, wenn die Entlastungen, die Steuerbefreiungen, sofort beim Adressaten, das heißt dem sozial schwachen Mieter, ankommen."

Bei den Gesetzesberatungen müsse unterschieden werden zwischen der „Neuen Heimat" und jenen Unternehmen, die sich in „vorbildlicher Weise" verhalten hätten. Schneider: „Ich bin beispielsweise für den Fortbestand der gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften, denn hier sind es die Genossen, die einzahlen, und außerdem ist es in diesem Bereich nicht zu unerfreulichen Entwicklungen gekommen."

Auf dem Tisch von Bundeskanzler Helmut Kohl liegt inzwischen – mit Datum vom 23. Oktober 1985 – ein 34 Seiten umfassender Bericht des Wohnungsbauministers über die Vorgänge bei der „Neuen Heimat". Der Kanzler hatte diesen Bericht in der Kabinettssitzung vom 25. September 1985 angefordert. In ihm heißt es unter anderem unter Hinweis auf den Verkauf von Wohnungen durch die „Neue Heimat", die Veräußerungsgewinne kämen bei diesem Konzern „nicht erneut den Mietern zugute, sondern sie verschwinden im Liquiditäts- und Verlustloch der Gesellschaft. Die Vermögensbildung, der Stiftungscharakter, wird für die Mieter und für die Allgemeinheit wertlos, weil die Kostenseite bei der Neuen Heimat außer Kontrolle geraten ist. Das Handeln der Neuen Heimat geht zu Lasten der Mieter und verstößt gegen alle gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Grundsätze."

SEITE 6:
Dokumentation

Nach den bisherigen Äußerungen der „Neuen Heimat", so heißt es in dem Bericht an den Bundeskanzler, „sollen bis zum Jahre 1988 etwa 100 000 Mietwohnungen veräußert werden". In den „gegenwärtigen Verkäufen" werde das Ausmaß der wirschaftlichen Schwierigkeiten des Konzerns „nur zum Teil sichtbar; ein Ende der Probleme ist noch nicht in Sicht. Schwere Managementfehler, umfangreiche Spekulationen mit Grund und Boden und eine extrem hohe Zinsbelastung durch die nahezu vollständige Finanzierung mit Fremdkapital können noch auf Jahre hinaus negative Betriebsergebnisse in einer Größenordnung von mehreren hundert Millionen Mark zur Folge haben."

Verantwortliche Aufsichtsratsmitglieder seien unter anderem der DGB-Vorsitzende Breit, die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies und der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler.

DER KOMMENTAR

Carstens

MANFRED SCHELL

Der frühere Bundespräsident Karl Carstens, der mit hoher Popularität aus dem Amt geschieden ist, versteht sich glücklicherweise nicht als inaktiver Ruheständler. Eine solche Rolle hätte auch dem politischen Willen dieses geachteten Mannes, vor allem aber seinem Pflichtgefühl gegenüber den Deutschen und deren Weg in dieser komplizierten Welt widersprochen.

Carstens spürt ein Defizit an moralischer Grundhaltung, an Geschichtsbewußtsein, an geistiger Führung. Vor diesem Hintergrund muß seine Rede vor der hessischen CDU gesehen werden. Sie war in erster Linie ein aufrüttelnder Appell vor allem an die Jugend, in ihrer langfristigen Perspektive „Deutschland, unser Vaterland" im Kopf und in den Herzen zu behalten. Ohne innere Bindung zum geteilten Land, so sagt Carstens, „würden wir verarmen", unter den Völkern Europas eine Anomalie darstellen – unter den Völkern, die es ohnehin nicht verstehen, daß so vielen Deutschen das Nationalgefühl abhanden gekommen sein soll. Zu der politischen und geschichtlichen Grundhaltung, die Carstens anmahnt, gehört auch das Bewußtsein, daß die heutige Teilung des Landes „unnatürlich und künstlich" ist, weil sie einem Teil des Volkes elementare Freiheitsrechte vorenthält.

Was uns, den freien Teil, betrifft, so werden hier, wie Carstens formulierte, „einige Grundwahrheiten übersehen". Dazu gehört die Erkenntnis, daß die Freiheit ihr Gegenstück in Verantwortung und Pflichten hat, auch, Gesetze einzuhalten. „Ziviler Ungehorsam", zu dem manche aufforderten, „verletzt ein elementares Verfassungsgebot".

Es war eine große, noch lange nachwirkende Rede, auch wider den mancherorts noch spürbaren und liebevoll gepflegten Pessimismus. Karl Carstens scheut sich nicht, sich zu seinen politischen Freunden zu bekennen; er scheut sich aber auch nicht, ihnen unbequeme Wahrheiten zu sagen. Aber unbequeme Ratgeber braucht eine Partei allemal.

Führt Affäre VÖEST zur Krise in Wien?

Größter Arbeitgeber Österreichs vor Bankrott / Zweifel am System der verstaatlichten Industrie

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Affäre um den größten österreichischen Arbeitgeber – den verstaatlichten Montankonzern VÖEST-Alpine in Linz – weitet sich aus. Der Vorsitzende der Kärntner Landesorganisation der an der Regierung in Wien beteiligten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Landesminister Jörg Haider, erstattete Anzeige wegen Betrugs gegen den am Dienstag zurückgetretenen Gesamtvorstand des Unternehmens sowie gegen den Aufsichtsrat. Zuvor hatte schon eine Gruppe von Ärzten aus Linz Strafanzeige erstattet. Danach soll die Staatsanwaltschaft klären, ob und inwieweit es in Zusammenhang mit den Rekordverlusten der VÖEST-Alpine zu kriminellen Handlungen gekommen ist. Die Verluste bei VÖEST-Alpine werden inzwischen auf 5,7 Milliarden Schilling (rund 814 Millionen Mark) beziffert.

Die oppositionelle ÖVP warf der Bundesregierung und besonders dem für die verstaatlichte Industrie zuständigen Minister Ferdinand Lacina grobe Fahrlässigkeit im Umgang mit Steuergeldern vor. Der Fall VÖEST könnte jetzt zu jenen Massenentlassungen von Arbeitern führen, die man in Österreich bisher umgehen zu können glaubte. Damit könnte die schwere Krise der verstaatlichten Industrie zu einer Krise des politischen Systems der Alpenrepublik führen. Schön hört man Stimmen, die für die nähere Zukunft nicht nur Neuwahlen, sondern eine große Koalition aus Sozialisten und Volkspartei voraussagen, weil die wirtschaftlichen Probleme und die notwendig werdenden äußerst unpopulären Maßnahmen anders nicht in den Griff zu bekommen seien.

Die VÖEST-Alpine – einst das Paradestück der österreichischen Schwerindustrie, hervorgegangen aus den Hermann-Göring-Werken des Zweiten Weltkriegs – war nach einer Blütezeit in den 60er Jahren vor über einem Jahrzehnt in den Strudel der großen Stahlkrise geraten. Der Vorstand verfiel offenbar auf den Ausweg, das Heil in Spekulationsgeschäften zu suchen. Doch damit geriet die VÖEST schließlich an die Grenze der Insolvenz. Um die aufgelaufenen Verluste von insgesamt 6,2 Milliarden Schilling zu decken, muß jetzt eine staatliche Kapitalspritze von 3,6 Milliarden Schilling sowie die Auflösung des bisherigen Grundkapitals von 4,9 Milliarden Schilling beschlossen werden.

Der bisherige Vorstand der VÖEST und der Generaldirektor Apfalter traten geschlossen zurück. Der Geschäftsführer der „Intertrading", Gernot Preschern, wurde fristlos entlassen. Der Streit geht jetzt darum, ob der fristlos gefeuerte Geschäftsführer eigenmächtig spekuliert oder ob er – wie er jetzt behauptet – seine vorgesetzten Instanzen über alle Geschäfte sowie auch über das große Debakel rechtzeitig informiert habe.

Druck auf Gruppe „Freiheit und Frieden" in Polen

DW. Warschau

Das Regime in Warschau hat den Druck auf die Bewegung für „Freiheit und Frieden" verstärkt. Acht Mitglieder dieser Gruppe, die den Behörden ihre Wehrpässe zurückgesandt hatten, wurden zu Geldstrafen (ersatzweise 50 Tage Haft) verurteilt. Die acht Männer hatten gegen die Verurteilung von Rekruten protestiert, die den Eid verweigert hatten, in dem von der „brüderlichen Allianz mit der Sowjetarmee" die Rede ist.

14 Mitglieder von „Freiheit und Frieden" wurden festgenommen, als sie einen Kranz am Grab des Wehrmacht-Soldaten Otto Schimek niederlegen wollten. Schimek war am 14. November 1944 erschossen worden, weil er sich geweigert hatte, einen polnischen Zivilisten zu exekutieren.

Staats- und Parteichef Jaruzelski hält sich zur Zeit als Gast Khadhafis in Libyen auf, mit dem Warschau enge Beziehungen unterhält.

„Ohne Bindung an das Vaterland verarmen wir"

DW. Hofheim

Der frühere Bundespräsident Karl Carstens hat in einer Rede vor der hessischen CDU die Deutschen zu einer stärkeren Identifikation mit ihrem Vaterland aufgerufen. „Ohne eine innere Bindung zu unserem Lande würden wir verarmen, würden wir es schwer haben, uns in der Gegenwart zu orientieren und eine Perspektive für die Zukunft zu gewinnen", sagte Carstens vor den Parteitags-Delegierten. Das ehemalige Staatsoberhaupt wollte bewußt seine Äußerungen als langfristige Perspektive gewertet wissen: „Solange es Deutsche gibt, die Deutschland als ihr Vaterland ansehen, wird dieses Vaterland nicht untergehen." Eine wichtige Aufgabe sei, die geistigen Voraussetzungen der Zukunft zu sichern. Dazu gehöre die Einbeziehung der „religiösen Dimension wie die Gewinnung eines geläuterten, von Extremen freien Nationalbewußtseins".

Seite 4: Ein zaghafter Aufbruch

Rau nennt die Grenzfrage entschieden

Vor Polen spricht der SPD-Spitzenpolitiker von „Wirrköpfen" unter den Vertriebenen

fac. Bonn

Der designierte Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, versucht den Nachweis zu führen, daß vor allem aus ethischen Gründen „an der polnischen Westgrenze nicht mehr zu rütteln ist". Rau nannte die Grenzfrage „den Kern unseres Verhältnisses zu Polen". Der Warschauer Vertrag aus dem Jahre 1970 setze den Willen zur Versöhnung an die Stelle von Rechtsansprüchen. Wenn jetzt dennoch wieder von solchen Ansprüchen geredet werde, bedeutet dies den „geistigen Bruch" mit dem Abkommen.

Vor polnischen Gästen der Evangelischen Akademie in Mülheim an der Ruhr meinte der stellvertretende SPD-Vorsitzende, innenpolitisch scheine es in der Bundesrepublik Deutschland „immer noch die Versuchung zu geben, bewußt Unklarheiten und vage Hoffnungen zu erzeugen", um „einige unter den Vertriebenen, vornehmlich ihre Funktionäre, dazu einige jugendliche Wirrköpfe, nicht zu vergrämen". Und offensichtlich an die Adresse der Unionspolitiker gewandt, die an die Qualität des Warschauer Vertrags als Gewaltverzichtsvereinbarung erinnern, fügte Rau hinzu: In dem Wort „Gewaltverzicht" werde der Teil „Verzicht" gelegentlich so ausgesprochen wie 1918 „das üble Wort ‚Dolchstoß'".

Die Äußerungen Raus gewinnen ihr Gewicht vor dem Hintergrund der bevorstehenden Reise des Parteivorsitzenden Willy Brandt nach Warschau. Brandt folgt einer Einladung der polnischen Führung. Das kürzlich abgelöste Politbüro-Mitglied Barcikowski hatte im September während eines Aufenthalts in Bonn die Verbundenheit „mit den von uns hochgeschätzten Politikern der SPD" herausgestellt. Er betonte, daß sein Land dem weiteren Ausbau der Normalisierungs- und Verständigungsprozesse mit der Bundesrepublik Deutschland, die sich „auf den eindeutigen Geist und Buchstaben" des Warschauer Vertrages stützten, große Bedeutung beimesse.

Von der SPD war kürzlich eine Vereinbarung mit der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei geschlossen worden, die den Verzicht auf die gegenwärtige Abschreckungsdoktrin des Westens zum Ziel hat. In den nächsten Wochen sollen weitere entsprechende Vereinbarungen getroffen werden.

Im Süddeutschen Rundfunk kündigte der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt an, seine Partei wolle mit der CSSR eine Abmachung über Umweltschutz, mit Ungarn eine europäische Abmachung im Wirtschaftsbereich und mit der „DDR" über einen „nuklearfreien Korridor" treffen.

Auffallend war Voigts Andeutung einer Parallelität der Vorstellungen mit Teilen der FDP. Denn, so der SPD-Abgeordnete, es gehe um konkrete politische Vorschläge für die zweite Phase der Entspannungspolitik, die Außenminister Genscher in der Koalition mit der CDU/CSU nicht durchsetzen könne.

Töpfer Nachfolger Werner Scherers?

UR. Bonn

In der Diskussion um einen Nachfolger für den verstorbenen CDU-Landesvorsitzenden Werner Scherer hat die Saar-CDU von einer direkten „saarländischen Lösung" wieder Abstand genommen. An erster Stelle wird nach einer gemeinsamen Sitzung von CDU-Landesvorstand und Landtags-Fraktion mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler jetzt der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer genannt, der früher ein enger Mitarbeiter von Ministerpräsident Franz-Josef Röder war. Die Aufgabe des Vermittlers zwischen Mainz – Ministerpräsident Bernhard Vogel will sich von Töpfer nicht trennen – und Saarbrücken hat Geißler übernommen.

Seite 4: Nachfolger

Mainzer: Minister unter Beschuß

DW. Mainz

In der Affäre um die Deutsche Anlagen Leasing (DAL) und ihre Auswirkungen auf die Landesbank Rheinland-Pfalz versucht die SPD, Finanzminister Carl-Ludwig Wagner (CDU) zum Rücktritt zu zwingen. Wagner war Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank, die die Verluste der DAL in Höhe von 472 Millionen Mark tragen muß. Ein Sachverständigen-Gutachten hat Wagner jedoch schon vor Monaten bescheinigt, eine Verantwortlichkeit sei „nicht erkennbar", da die Aufsichtsorgane der Landesbank nicht informiert worden seien. Bis zum Bekanntwerden der Höhe der Verluste hatte die SPD im zuständigen Parlamentsausschuß das Gutachten nicht angefochten.

Seite 8: SPD verlangt Konsequenzen

Esser: Druck des DGB nicht nachgeben

Vor Gespräch über Neutralität der Bundesanstalt / Sozialausschüsse für „verläßliche Lösungen"

DW. Bonn

Unmittelbar vor dem für heute erwarteten Gespräch zwischen der Bundesregierung und den Tarifparteien über den sogenannten Streikparagraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes hat Arbeitgeberpräsident Otto Esser vor einer Verzögerungstaktik gewarnt. Die Entscheidung des Gesetzgebers, die staatliche Neutralität in Arbeitskämpfen verbindlich zu regeln, dulde „keinen weiteren Aufschub mehr", schreibt Esser in einem Beitrag für die WELT. Esser appellierte an die Regierung, sich „der unverhohlenen gewerkschaftlichen Drohungen mit rechtswidrigen Streiks" nicht zu beugen. Er wies die Darstellung zurück, daß es um einen Angriff auf das Streikrecht gehe. „Die gewerkschaftliche Streikfreiheit wird hiervon weder berührt noch angetastet."

Der FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, erklärte, der Gesetzgeber müsse in jedem Fall tätig werden, selbst wenn bei dem Gespräch völlige Übereinstimmung erzielt werde, woran er nicht glaube. Bei Gerichtsentscheidungen werde man sich nicht auf ein „nettes Teegespräch" oder auf eine Verwaltungsordnung beziehen, sondern auf den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. Jedes Gericht müsse das Gesetz heranziehen, und wenn darin nichts über eine Einigung stehe, könne die erhoffte „friedensstiftende Wirkung" nicht erzielt werden, sagte Bangemann.

Die CDU-Sozialausschüsse appellierten an Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, in der Frage der Neutralitätspflicht der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit „einen Konsens für dauerhaft verläßliche Lösungen" zu finden. Bundesarbeitsminister Blüm rief die streitenden Parteien zum Kompromiß auf.

Der Paragraph regelt die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar vom Streik betroffene Arbeitnehmer. Nach den Erfahrungen mit dem Metallstreik des vorigen Jahres hatten Unternehmer, die FDP und Teile der CDU eine Neuregelung der Vorschrift verlangt, da sie nach ihrer Meinung die geforderte Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen zugunsten der Gewerkschaften aufhebt.

Ort, Zeit und Teilnehmerkreis des Gesprächs, bei dem Blüm zusammen mit den Sozialpartnern versuchen will, den Streit um den Paragraphen 116 AFG beizulegen, wurden von der Bundesregierung nicht offiziell bestätigt. Wie verlautet, werden außer Blüm noch Bangemann, Justizminister Hans Engelhard (FDP), Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) teilnehmen. Gewerkschaften und Arbeitgeber wollen je fünf Vertreter entsenden.

Seite 9: Streikdrohung widerstehen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Moskauer Gastlichkeit

Von Enno v. Loewenstern

Der Kontrast könnte nicht drastischer sein. Der Privatmann Willy Brandt, SPD-Vorsitzender ohne staatliches Amt, wurde im Moskau auf Ballen roter Teppiche empfangen. Das war im Juni. Nun, nach dem Genfer Gipfel, wird eine hochkarätige Bundestagsdelegation mit dem zweiten Mann im Staate an der Spitze mit einer Unhöflichkeit behandelt, die Bände spricht über den real existierenden Verständigungswillen.

Oppositionsführer werden nicht automatisch in Moskau besonders freundlich aufgenommen; Kohl hat es seinerzeit erfahren. Freilich war Brandt ein angenehmer Gast. Er hatte gerade Präsident Reagan so weit getrieben, daß dieser ihm das Gespräch verweigerte. Darauf hatte Brandt die Rache des feinen Mannes geübt, indem er dem US-Vizepräsidenten Bush eine Absage erteilte. Auch fiel sein Vor-Urteil zum Genfer Ereignis deutlich zugunsten des östlichen Teilnehmers aus.

So mochte Brandt als ein nützlicher Mann der Zukunft erscheinen. Dergleichen ist den Sowjets einen großen Bahnhof wert. Daß Brandt sich darauf einließ, ist aus seiner Sicht verständlich. Wenn er etwas von Herzen liebt, dann sind es große Bahnhöfe mit ihm im Mittelpunkt. Jenninger und Dregger hingegen hätten eben wegen mancher Erfahrungen von vornherein darauf bestehen sollen, entsprechende Gesprächspartner zugesichert zu bekommen, ehe sie fuhren – Botschafter Semjonow hatte Gromyko und Schewardnadse in Aussicht gestellt, aber nur höchst unverbindlich.

Gewiß fragt es sich gerade aus sowjetischer Sicht, ob es sehr klug ist, aller Welt so deutlich zu sagen, daß und wie Moskau auf Willy Brandt und seine Partei setzt. Die freien Deutschen bevorzugen nach wie vor Amerika und die Freiheit; sie zeigen zudem auch ein wachsendes Gefühl für nationale Würde. Irgendwann wird sich auch die Einsicht durchsetzen, daß wir es schlicht nicht nötig haben, uns von diesem weder wirtschaftlich noch moralisch achtbaren Staat brüskieren zu lassen. Die Sowjets haben uns eher nötig als wir sie; wenn die Bundesregierung ihnen entsprechend entgegenträte, würde der Ton sich schnell ändern. Es wäre kein Unglück, wenn die Jenninger-Delegation durch frühe Abreise ein Zeichen setzte.

Fortschritt à la Rau

Von Dankwart Guratzsch

Bei der Inbetriebnahme des neuen Kohlekraftwerks der RWE/Preussag in Ibbenbüren (Westfalen) hat der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und designierte Kanzlerkandidat der SPD Mut zur Selbstparodie bewiesen. Er pries das Kraftwerk, mit 2500 Milligramm Stickoxidausstoß pro Kubikmeter eine der größten Stickoxid-Schleudern der Welt, allen Ernstes als „praktischen Fortschritt im Umweltschutz".

Der Stickoxid-Wert liegt um mehr als das Zehnfache über der Marke von 200 Milligramm pro Kubikmeter, die die Umweltminister der Bundesländer für alle Großfeuerungsanlagen bereits im April 1984 empfohlen haben. Erschwerend kommt hinzu, daß die Waldschadensforschung in der Zwischenzeit gerade die Stickoxide mit immer gewichtigeren Argumenten für die neuartigen Waldschäden verantwortlich gemacht hat und daß das Kraftwerk in Betrieb geht, ohne daß bisher eine Entwicklungsanlage auch nur in Auftrag gegeben worden ist – ganz anders als seinerzeit das Kraftwerk Buschhaus, gegen das die SPD ein bundesweites Spektakel veranstaltet hat.

Zur Groteske gerät der Fall Ibbenbüren aber erst recht durch Berechnungen, nach denen mit diesem einzigen Kraftwerk sämtliche „Einsparungen" an Stickoxiden, die durch ein Tempolimit erreicht worden wären, mehr als aufgewogen werden. Die großaufgezogene Kampagne der SPD für Geschwindigkeitsbegrenzungen entpuppte sich im nachhinein als umweltpolitisches Maulheldentum, mit dem sich die Partei über den gesunden Menschenverstand der Mitbürger lustig macht.

Die Umweltpolitik von Friedrich Zimmermann, mit der die Bundesrepublik eine Pilotfunktion in Europa übernommen hat, bietet sicher auch Angriffsflächen. Mit Ibbenbüren aber macht Rau schlagartig die Alternative klar. Sein Argument: „Wer zur Kohlevorrangpolitik ja sagt, der muß auch ja zu Ibbenbüren sagen, hier werden 4500 Arbeitsplätze gesichert", ist der Stil der alten sozialliberalen Koalition, die im Umweltschutz dreizehn Jahre lang nur herzlich wenig auf den Weg gebracht hat. Mit diesen Argumenten ist die Kohle ins umweltpolitische Abseits manövriert worden – eine Hypothek, an der gerade Nordrhein-Westfalen gewaltig zu tragen hat.

Nun die Universitäten

Von Carl Gustaf Ströhm

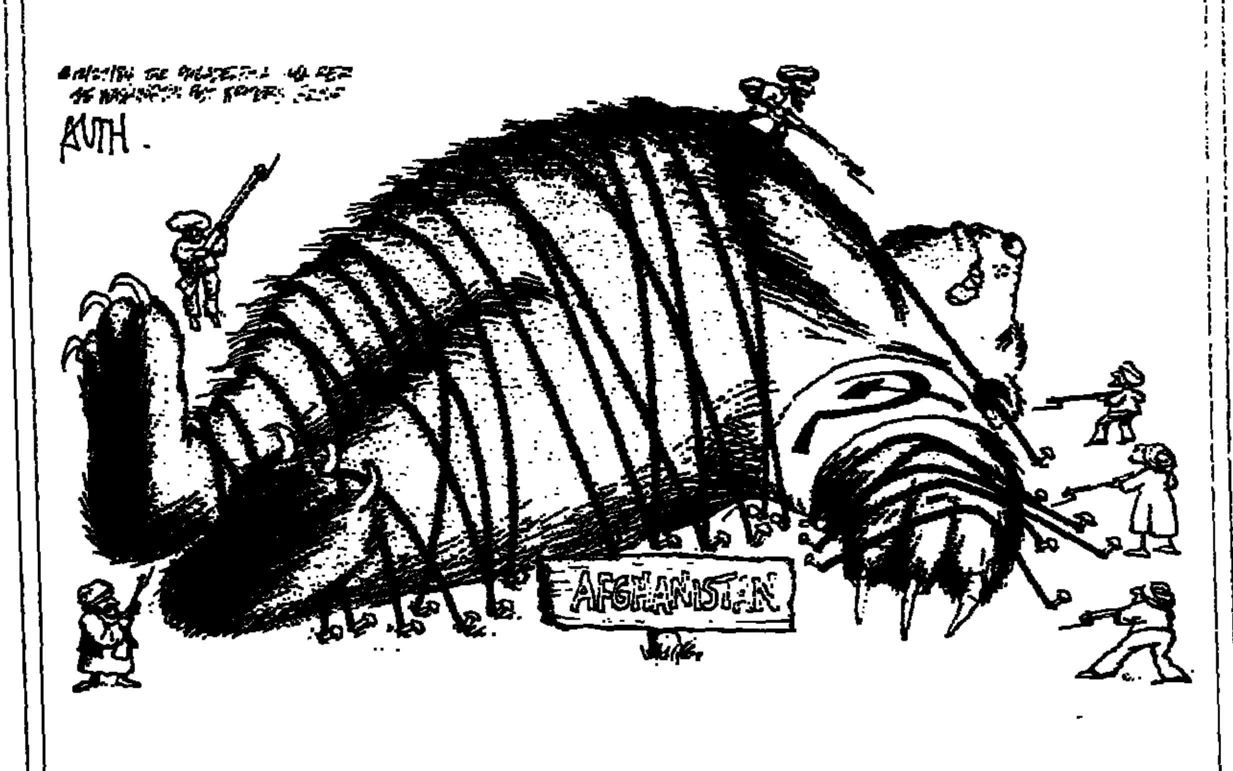
Nachdem General Jaruzelski das Amt des Ministerpräsidenten an den „Technokraten" Messner abgab, sind einige Dutzend Rektoren, Prorektoren und Dekane der wichtigsten polnischen Universitäten von Warschau bis Posen und Breslau ihrer Ämter enthoben worden. Andere Hochschulprofessoren sollen ihre akademischen Ämter wegen des unerträglichen Regierungsdrucks niedergelegt haben.

Damit hat das Regime Jaruzelski das ohnedies darniederliegende Leben an den polnischen Hochschulen vollends in den Ausnahmezustand versetzt. Kurz zuvor war es zwischen dem kommunistischen Staat und der katholischen Kirche zu erneuten Auseinandersetzungen gekommen, die von amtlichen Drohungen gegen die Kirche begleitet wurden.

Was – oder wer – treibt Jaruzelski dazu, statt einer Normalisierung und Befriedung immer neue Auseinandersetzungen mit den eigenen Landsleuten zu suchen? Der polnische Partei- und Staatschef dürfte sich darüber klar sein, daß die Absetzung praktisch der gesamten akademischen Führungsspitze nicht nur in Polen einen niederschmetternden Eindruck macht und zu neuer Verweigerung führt. Selbst jener Teil der westlichen öffentlichen Meinung, der bereit ist, viele Warschauer Kröten zu schlucken, wird über die Enthauptung der polnischen Universitäten nicht so leicht hinweggehen können.

Offenbar ist diese Maßnahme ein Akt der Verzweiflung: Weil es mit der von Moskau immer dringender geforderten „Normalisierung" nicht vorwärtsgeht, sollen nun die letzten Hindernisse, die man an den Hochschulen und unter der Intelligenz vermutet, gewaltsam beseitigt werden.

Jaruzelskis Operation gegen die Universitäten erinnert fatal an jenen Mann, der sich den ganzen Arm abhackte, um Schmerzen an einem Finger loszuwerden. Jaruzelski hat nur eines bewerkstelligt: Da man die massenhafte staatliche Absetzung von Rektoren und Dekanen wohl kaum als Ausdruck normaler Verhältnisse betrachten kann, drängt er auch seinen stets entschuldigungsbereiten Sympathisanten im Westen den Schluß auf, daß in Polen die Verhältnisse nicht normal sind und daß sie es auch nicht werden.



AUTH / THE PHILADELPHIA INQUIRER

Sorge um Spanien

Von Rolf Görtz

Spaniens Außenpolitik geriet bereits unter dem Exministerpräsidenten Adolfo Suárez ins Schleudern. Sie wurde unter seinem sozialistischen Nachfolger Felipe González nicht gerade kohärenter, wenn man von zwei Punkten absieht: den zurückhaltenden Vermittlungsbemühungen in Zentralamerika und der Fortsetzung der seit 1962 angestrebten Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft. Das Verhalten der Regierung González gegenüber dem im Sommer 1982 vollzogenen Beitritt zur Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft aber scheint demgegenüber jene levantinischen Züge anzunehmen, die das „moderne" Spanien eigentlich für immer ablegen wollte.

Niemand verdenkt es dem jungen Sozialistenchef Felipe González, daß er, der einst linksradikale Oppositionspolitiker, unter dem Druck und den Erkenntnissen der Regierungsverantwortung seine Meinung änderte. Das offen zuzugeben spricht für seinen Mut. Noch im Wahlkampf 1982 verkündeten González und seine Mannschaft: Wenn die bürgerliche Regierung in die NATO eintritt, werden wir Sozialisten – einmal an der Regierung – eben wieder austreten. Und mit dem Ziel des Wiederaustrittes versprach der Oppositionspolitiker González jene Volksabstimmung, die dem Regierungschef jetzt mehr Kopfschmerzen bereitet als jedes andere Problem.

González ritt damals auf einer Anti-NATO-Welle, mit der die spanische Linke die in dieser Frage absolut indolente Nation überschwemmte. Gab es 1980 noch eine Mehrheit für die NATO, so schaffte es die extreme Linke mit Hilfe ihrer Herrschaft im Monopolfernsehen, in dem uninformierten oder desinformierten Volk der Spanier die NATO mit Krieg und Franco-Diktatur sowie Amerika, insbesondere das Amerika Reagans, mit Hitlerscher Aggressionslust zu assoziieren.

Zugegeben, González baut seither die Anti-NATO-Stimmung Schritt für Schritt und sehr ernsthaft ab. Seiner Meinung nach wissen die Spanier jetzt, daß es dem Land mehr dient, in der Atlantischen Gemeinschaft zu verbleiben. Aber sind die Spanier jetzt wirklich für die NATO, läßt sich die Volksmeinung so schnell wieder umdrehen mit einer 180-Grad-Kehrtwendung – nun schon zum zweiten Male? Die jetzt nervös gewordene Regierung González zweifelt selbst daran, wie die Zahl der vielen Umfragen beweist, die man zur Zeit veranstaltet.

Kabinett und Parteiführung sind sich keineswegs über den Weg einig, der aus diesem Dilemma herausführen könnte. Minister und führende Politiker der Regierungspartei außerhalb des Kabinetts schließen sich in diesem Punkt der bürgerlichen Opposition an und verlangen, das versprochene Referendum einfach vom Programm wieder abzusetzen. González aber verkündete am Mittwochabend in einer Fernsehsondersendung, daß er an seinem Wahlversprechen festhalte. Die Volksabstimmung findet, so versicherte er, in der zweiten Märzhälfte statt. In seiner Umgebung weiß man, daß er – sollte das Ergebnis negativ ausfallen – dieses Ergebnis respektieren, aber langfristig dennoch eine Pro-NATO-Politik betreiben werde.

Dieses Hin und Her muß den Verbündeten allmählich doch recht spanisch vorkommen. Bei einem Nein zur NATO würde González Regierungschef bleiben, zumal da ohnehin nur wenige Monate danach die Parlamentswahlen fällig sind. Vielleicht bleibt er als Interimschef mit der Drohung des endgültigen Rücktritts. Danach könne das Parlament ja die Rückkehr zur NATO beschließen. Zwischendurch aber soll außerdem noch die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Spanien verringert werden. Gewissermaßen als Anreiz für den NATO-Verbleib. „Wenn nicht auf dem Verhandlungswege, dann eben auf Grund eines Beschlusses meiner Regierung", sagte González am Freitag – anscheinend in der Vorstellung, ein von der Regierung vorgespielter Antiamerikanismus könnte die Stimmung für das multilaterale Bündnis der souveränen Völker des demokratischen Europa fördern.



Mit antiamerikanischen Affekten für die NATO? Gonzáles
FOTO: CAMERA PRESS

Gemeint ist eine Reduzierung der auch für Europas Logistik unbedingt notwendigen Stützpunkte in Rota am Atlantik, in Moron bei Sevilla, in Torrejon bei Madrid und in Saragossa südlich der Pyrenäen. Nun gibt es ein Thema, das man ernsthaft untersuchen sollte, nämlich eine Verlegung des Luftstützpunktes bei Madrid in eine andere Region. Eine Reduzierung aber würde die europäische Selbstverteidigung schwer schädigen, und sie würde das amerikanische Engagement in Europa und im Mittelmeerraum ebenso schwer beeinträchtigen.

Auch wenn der portugiesische NATO-Stützpunkt auf Madeira voll ausgebaut sein wird, kann der europäische Überseehandel nicht auf einen Schutz in Rota verzichten, zumal da die Sowjetunion mit allen Mitteln ihre Präsenz an der nordafrikanischen Westküste – unter anderem mit Hilfe der Polisario – zu verstärken sucht. Ihr Fischereistützpunkt auf den Kanaren ist gefährlich genug.

All das, vor allem aber die Abstimmung kann sich negativ auf schwache Kantonisten wie etwa Griechenland auswirken. Und das läßt sich nicht mehr mit dem mediterranen „Wird schon nicht passieren" unter den Teppich fegen. Die geostrategischen Positionen von Griechenland (oder Dänemark!) sind zu wichtig. Eine Schwächung der NATO am Ausgang der Ostsee oder an den Dardanellen würde das gesamte europäische Verteidigungsglacis gefährden. Angesichts dieser globalen Überlegungen aber erscheint das Wahlversprechen eines Parteichefs wahrhaftig zweitrangig.

IM GESPRÄCH M. Burgsmüller

Ich weiß, was ich kann

Von Frank Quednau

Der Mann ist von einem zum anderen Tag umgezogen. Aus dem Keller der zweiten in das Penthouse der ersten deutschen Fußball-Liga. Als er noch unten hauste, achtzehn Monate lang bei Rot-Weiß Oberhausen, sagte er: „Jeder braucht irgendwann etwas Selbstbestätigung. Warum soll ich nicht zu einem Spitzenverein gehen."

Die Zuhörer schüttelten ungläubig lächelnd den Kopf. So reden Talente im Twen-Alter, aber doch nicht einer, der so etwas wie der Alterspräsident des bezahlten deutschen Fußballs ist.

Als er dann die Treppen heraufgefallen war, ganz plötzlich, Ankunft Freitag bei Werder Bremen, erstes Training am Montag, erstes Spiel und – wie selbstverständlich – erstes Tor in Mönchengladbach am Mittwoch, sagte er nur: „Ich weiß, was ich kann." In dieser Art redet Manfred Burgsmüller, bald 37 Jahre alt (am 22. Dezember), schon seit zwanzig Jahren, so lange also, wie er sich im bezahlten Fußball herumtreibt. Von Rot-Weiß Essen zu Bayer Uerdingen, von dort nach Dortmund, dann zum 1. FC Nürnberg, wieder zurück in Oberhausens Niederungen und jetzt (für 150 000 Mark) zum Tabellenführer Werder Bremen.

Für den erzielte er am Wochenende zwei Treffer beim 6:0 über den VfB Stuttgart. Es waren seine Bundesligatore Nummer 181 und 182.

Bei ihm ist alles, wie es schon immer war. Das Hemd hängt noch immer über der Hose, das blonde Haar ist entgegen neuen Moderichtungen weiterhin lang, seine Gesten vermitteln den absoluten Herrschaftsanspruch: Ausgestreckter Arm, abgespreizter Zeigefinger – wo ich bin, ist der Mittelpunkt. So stolziert Burgsmüller zeitweise über das Spielfeld und schaut dabei drein, als warte er darauf, daß ihm ein dienstbarer Geist einen Sessel in die Kniekehlen schiebe. Und wenn dann alle glauben, er habe das Spielfeld endgültig mit einer Uferpromenade verwechselt, schüttelt er elegant Pässe und Schüsse aus den Beinen. Ein Bruder Leichtfuß, lässig und locker, frech und listig. Er sagt: „So bin ich, und so bleibe ich auch noch eine Weile. In einer guten Mannschaft kommen meine Qualitäten eben besser zur Geltung."



Kann spielen und kann kommentieren: Burgsmüller FOTO: RZEPKA

Dreimal hat Burgsmüller auch schon für Deutschland gespielt. Das ist lange her, vor der Weltmeisterschaft 1978, als Helmut Schön noch Bundestrainer war. Er tat es so gut, daß Schön ihm sagte: „Sie müssen nur auf dem Teppich bleiben." Burgsmüllers Antwort: „Ach, ich dachte, wir spielen auf Rasen." Da war denn das dritte auch sein letztes Länderspiel. Und alle Beobachter fühlten sich bestätigt: Dieses elegante Schlitzohr produziert Querschüsse, er ist nicht nur Torjäger, sondern auch Heckenschütze. Ein Rebell gegen die Obrigkeit, die für Fußballprofis aus Trainer und Vereinsvorstand besteht. An all seinen Arbeitsplätzen (in Bremen noch nicht) war er Kapitän der Mannschaft, in Dortmund vertrieb er fünf Trainer, ehe er selbst gehen mußte. Er sagt eben jedem Trainer ins Gesicht: „Sie werden überschätzt, wir Spieler sind wichtiger. Deshalb fliegen eben auch immer die Trainer, wenn es qualmt."

Das mag stimmen; dennoch oder deshalb hört es die Obrigkeit nicht gern. Bremens Trainer Otto Rehhagel hat ihn trotzdem aus dem Keller der zweiten Liga geholt. Denn: „Der Manni kann mit sechunddreißig Jahren noch so viel, wie manche Zwanzigjährigen niemals lernen werden."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie kommentiert die Haushaltsdebatte:

Auf dem festen Grund einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung beginnt die Koalition ihren Marsch in Richtung auf die Bundestagswahl 1987 in Angriffsstimmung. Das Formtief vergangener Monate ist vergessen.

Die Presse

Zu den Massenentlassungen an polnischen Universitäten schreibt die Wiener Zeitung:

Mit der Absetzung von etwa 30 mißliebigen Rektoren und Dekanen der großen Universitäten wurde eine schon lange nicht dagewesene Säuberungsaktion gesetzt. Warschau griff, um nur ja keine Zweifel aufkommen zu lassen, auf Einschüchterung und Verfolgung zurück, um jede Opposition zu ersticken. Ob diese alten Besen auch langfristig gut kehren, wird sich freilich erst zeigen müssen. Die Tage der Solidarität haben den Polen nämlich Mut gemacht.

Neue Zürcher Zeitung

Sie schreibt über die Ostpolitik der SPD:

Wenn die SPD sich mit den kommunistischen Regierungsparteien anderer Ostblockstaaten zusammensetzt und dabei den Vorwurf, eine Neben-Außenpolitik unter Gefährdung staatlicher Interessen zu betreiben, in Kauf nimmt, so wiegt das bei weitem nicht so viel wie die Tatsache, daß sie sich freiwillig mit Leuten einläßt, deren sozialistischer Credo die Diktatur des Proletariats einschließt und deren Politik es ist, mit Hilfe eines staatlichen Unterdrückungsapparats und gelenkter Wahlen den Deutschen in der DDR das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern. Das pragmatische Argument, man dürfe den Kontakt mit den De-facto-Machthabern nicht scheuen, trifft wohl für die Regierung zu. Wenn es die Sozialdemokraten als Partei in Anspruch nehmen, geraten sie in einen Gegensatz zu ihren gesamten Nachkriegstraditionen. Es fragt sich nur noch, wann die SPD Kooperationsgespräche mit der westdeutschen DKP aufnehmen will.

LIBERATION

Zu der Serie von Sabotageakten gegen die Eisenbahnen in Japan bemerkt das Pariser Blatt:

Man muß es den japanischen Terroristen lassen – sie haben es verstanden, dem nationalen Streben treu zu bleiben und ein unschlagbares Qualität-Preis-Verhältnis anzubieten. Sehr wenig Pulver und viel Aufsehen. Die Lähmung der Eisenbahnen von Tokio und Osaka ist ein einzigartiges technologisches Meisterwerk ... Es gebrach der ganzen japanischen Vollkommenheit des kleinen Fehlers, um sie menschlich und folglich begreifbar zu machen. Die Bomberos der aufgehenden Sonne haben uns diesen Dienst erwiesen.

Das ägyptische Krisenmanagement zeigt große Schwächen

Wie gut ist Präsident Mubarak informiert? / Von Peter M. Ranke

Terrorismus läßt sich nur mit Nüchternheit und durch internationale Zusammenarbeit wirksam bekämpfen. An beidem hat es in Kairo gefehlt. Diese Bilanz ziehen internationale Experten eine Woche nach dem Blutbad auf Malta, das vermeidbar war.

Bei der Erstürmung der gekaperten Boeing der „Egypt Air" kamen mit den vier Luftpiraten 57 Menschen ums Leben. Ein weiterer Passagier war vorher erschossen worden, ein anderer ist danach an Schußverletzungen gestorben.

Der griechische Seemann Stelios Svenderikos, der mit einem Kopfschuß aus Malta heimkehrte, ist wie der Australier Tony Lyons einer der vielen Zeugen, die erlebten, daß die zehn ägyptischen Kommando-Soldaten „beim Eindringen in die Kabine wild um sich schossen" (Svenderikos). Der ägyptische Präsident Mubarak, der während der Krise wieder seinen eigenen Pressesprecher spielte, hatte versichert, seine Soldaten hätten insgesamt nur sieben Schüsse abgegeben. „Drei trafen den einen Terroristen, vier einen anderen." Die gestorbenen Passagiere seien im Rauch der Phosphor-Handgranaten der Luftpiraten erstickt oder verbrannt.

Bei den Verwundeten auf Malta haben Ärzte zwar Splitterwunden von Handgranaten behandelt, aber keine Phosphor-Verbrennungen. Außerdem steht jetzt fest, daß die ägyptischen Kommando-Soldaten viel zu schwere Sprengkörper verwendeten, um am Ende der Maschine durch den Gepäckladeraum in die Kabine eindringen zu können. Diese – wahrscheinlich drei – Sprengkörper, die dann auch den Brand auslösten, töteten mehr Passagiere als die Handgranten der Terroristen.

Da die ägyptische Kommandoeinheit unter General Kamal Attiya in Kairo mit offiziellem Lob überschüttet wird, ist eine Befragung und Untersuchung nicht mehr möglich. So bleibt auch ungeklärt, warum die Ägypter keine Verbindung zum Tower in Malta aufnahmen. Dort hätte man ihnen schon vor dem Sturmangriff mitteilen können, daß amerikanische Spezialisten mit modernster Technik im Anflug auf Malta waren. Aber auch Kairo hielt in den kritischen Stunden keine Verbindung mit Washington, Paris oder Rom, sondern Präsident Mubarak bestand darauf: „Das ist eine ägyptische Angelegenheit."

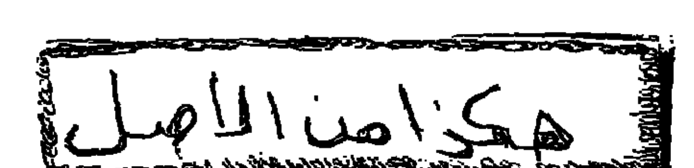
Das Haupt der Terroristenaktion befand sich laut Mubaraks Presse-Erklärung in der Suite 401 des Grand-Hotels (Hotel El-Kebir) in Tripolis in Libyen. In Wirklichkeit wohnte dort seit acht Tagen Mr. Benoit N'Gom aus Senegal, Präsident des Verbandes der afrikanischen Juristen, der an einer Konferenz teilnahm. Jetzt erklärt Mubarak, das geheime Hauptquartier der Libyer, das die Flugzeugentführung geleitet habe, befinde sich in den Räumen einer libyschen Schiffahrtsgesellschaft in Athen.

Für die Beteiligung der Libyer an der Terroraktion gibt es nur widersprüchliche ägyptische Berichte; allerdings überwachen die Amerikaner jetzt den Funkverkehr in Libyen und setzen alle Aufklärungsmittel ein. Das erscheint nötig, auch angesichts des ägyptischen Aufmarsches im Grenzgebiet, der von der libyschen Regierung als Kriegsvorbereitung gewertet wird. Das zum Teil dilettantische ägyptische Krisenmanagement im Malta-Fall und der ägyptische Hang, sich zu überschätzen und alles allein machen zu wollen, lassen Westeuropa und die USA aufmerksam das Geschehen in der Wüste zwischen Sollum und Tobruk beobachten.

Schon nach der Kaperung der „Achille Lauro" Anfang Oktober hatten sich westliche Beobachter in Kairo gefragt, wer eigentlich Präsident Mubarak informiert. Damals hatte der Präsident – wider besseres Wissen? Oder auf Grund mangelnder Unterrichtung? – erklärt, die vier Terroristen hätten Ägypten verlassen, obwohl sie zu dieser Zeit noch in Kairo festgehalten wurden. Über die Ermordung Leon Klinghoffers, dessen Tod schon in den Zeitungen vermeldet worden war, urteilte Mubarak damals, der Mann sei wahrscheinlich an Herzschlag gestorben. Ein Mord sei fraglich, weil man ja keine Leiche entdeckt habe. Ein paar Tage später wurde Klinghoffer von den Syrern am Strand gefunden, mit zwei Einschüssen im Kopf.

Derartige Peinlichkeiten wiederholten sich vorige Woche nach der Entführung der ägyptischen Boeing. Wieder erwies sich Präsident Mubarak als falsch oder unzulänglich informiert und drängte sich in eine Rolle, die im Westen einem Regierungssprecher überlassen bleibt – den man notfalls korrigieren oder absetzen kann.

Möglicherweise wollte sich Mubarak, nachdem er zunächst die vier Terroristen laufen ließ, nun als harter Vorkämpfer gegen den Terrorismus erweisen, wenn das Leben von Ägyptern gefährdet ist. Der Präsident ist dabei immer noch beleidigt, weil die Amerikaner die vier von der „Achille Lauro" in der ägyptischen Verkehrsmaschine abfingen (Mubarak: „Dolchstoß in den Rücken"). Nur: Als die Amerikaner die Terroristen von der „Achille Lauro" schnappten, gab es keine Verluste. Dagegen kostete der Befreiungsversuch der Passagiere auf Malta durch die ägyptischen Kommandos mehr als fünfzig Menschen das Leben.



Ob Maffay, Carpendale oder Jagger: Fritz Rau ist dabei

Alles, was gut und teuer im *Showgeschäft* ist, hat er auf deutsche Bühnen gestellt. Er verlangt Knochenarbeit, aber er garantiert volle Kassen. Seit 30 Jahren ist Fritz Rau Konzertveranstalter, ist er „Buchhalter der Träume".

Von ROLF PETERS

Rock'n' Rau forever!" Mick Jagger von den Stones, die 1982 im Münchner Olympia-Stadion vor über 73 000 außer Rand und Band geratenen Fans ihre Show über die Bühne droschen, hat diesen Ausspruch dem Konzertveranstalter Fritz Rau in einen Silberteller gravieren lassen.

Egal, ob Jennifer Rush lustvoll ihre Stimme erklingen läßt, Stefan Waggershausen tourt, Harry Belafonte seine Friedensbotschaften in den Saal *jauchzt, Peter Maffay und Udo* Lindenberg rocken, bis die Fan-Knochen knacken, Howard Carpendale entertaint, Peter Alexander und Udo Jürgens ihren Charme spielen lassen, der Lyriker Konstantin Wecker in die Saiten greift – alles, was gut und teuer im internationalen Musikgeschäft ist, hat der Badener in den vergangenen 30 Jahren auf deutsche Bühnen gestellt.

Wenn Fritz Rau mit den Geldscheinen knistert und aus seinem Bad Homburger Büro in der bewährten Methode „Zuckerbrot und Peitsche", einfühlsam verständig – dann wieder unwirsch brüllend, seine berüchtigten Telefongespräche führt, sind die Telefonpartner im Showbusineß mit Sicherheit keine unbekannten Größen. Rau verlangt Knochenarbeit. Aber die Kasse stimmt – für alle. Die *Konzerte sind fast immer* ausverkauft, der Interpret kann beruhigt auf Tournee gehen. „Onkel Fritz" und seine Mannschaft mit ihrem bewährten Know-how machen das schon.

Vor 30 Jahren, am 2. Dezember 1955, sah das noch etwas anders aus. Rau hatte mit geliehenen 5000 Mark eines befreundeten Kinobesitzers in der Heidelberger Stadthalle sein erstes Jazz-Konzert veranstaltet. Die *Frankfurter Allstars und Albert Mangelsdorff* standen auf dem Programm.

Wochen vor dem Termin fuhr Rau per Anhalter nach Frankfurt, weil er Mangelsdorff in einem Reihenhaus in Praunheim aufsuchen wollte. Als er ankam, war nur die Mutter des bekannten Jazzposaunisten anwesend. Sie verwies Rau ins nahegelegene Wäldchen, wo Mangelsdorff seinen Hund *Gassi führte. „Ich war so nervös*, diesen Giganten gleich leibhaftig zu treffen, daß ich erst mal drei ältere Herren und sogar eine Frau angesprochen habe, ob sie Albert Mangelsdorff seien. Mein Seelenzustand war unbeschreiblich." Stotternd und zaghaft schloß Rau unter freiem Himmel sein erstes Konzert ab, das ein voller Erfolg und der Einstieg ins Impresariogewerbe wurde. „Später hat mir Man*gelsdorff gestanden, daß er noch nie* so einen Geschaftlhuber gesehen hätte wie mich damals!"

Der Geschaftlhuber hatte bis dahin selbst als Modern Jazzer einen kessen Baß gezupft und Jura studiert. Er war sich der Doppelgleisigkeit seines Lebens bewußt, als er in Heidelberg 1954 den Jazz-Keller „Cave 54", eine Existentialistenkneipe nach französischem Vorbild, mit Freunden aus der Taufe hob. Sartre und Camus lieferten seelischen Beistand im Wirtschaftswunderland Adenauers. „Da *haben wir etwas anders über unsere* Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachgedacht. Also hängte ich mein Studium an den Nagel und widmete mich ganz dem Kellerlokal." Mit zwei Mark Eintritt war man '54 dabei.

Doch der Laden lief schlecht. Es gab eine Pförtnerclique, die weite Urlaubsreisen machte, aber nur 1600 Mark im Monat an Eintrittsgeldern ablieferte. Nachdem sich Rau als *„Türsteher" versuchte, nahm er plötz*lich mehr als 6000 Mark im Monat ein. Die Frage erübrigt sich, ob er ein so einnehmendes Wesen oder ehrlicher abgerechnet hatte. Jedenfalls vertrat er von Stund an das Prinzip: „Ich mache nichts, das ich finanziell nicht abdecken kann!"

Danach ging es Schlag auf Schlag: 1956 wurde er Konzertreferent der deutschen Jazz-Föderation. 1957 heiratete er, ein Sohn wurde geboren, und seine Familie drängte ihn '58, neuerlich die Juristerei aufzunehmen. Als Gerichtsreferendar brachte er 280 Mark Unterhaltszuschuß nach Hause. Wegen des knappen Geldes und seiner unstillbaren Liebe zur Jazzmusik arbeitete er schließlich auch als Tourneeleiter.

Zwischen Jazz und Rechtsanwaltsgebühren

Wenn Oscar Peterson (der Taufpate seines Sohnes) auf der Bühne stand *und sein Publikum verzauberte*, saß Rau in der Garderobe vor einem Stoß von Prozessen. Zehn Zehntel Beweisgebühr oder zehn Zehntel Jazz, wo fand man das in der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (BRAGebO)? Als Prädikatsassessor mit der Note vollbefriedigend – „ein Mediziner hätte sich bei dieser Note erschossen, aber Juristen sind da nicht so pingelig" – war für ihn die Doppelgleisigkeit seines Tuns *nicht länger zu ertragen*. Als dann Ella Fitzgerald bei der nächsten Jazz-Tour auch noch die Wiege für seine inzwischen geborene Tochter kaufte, fiel der Entschluß leicht, fortan sein Geld mit Konzertveranstaltungen zu verdienen.



Konzertveranstalter Rau, „Onkel Fritz", mit zwei seiner Stars: Mick Jagger (r.) und Peter Maffay
FOTO: amw

Die Firma Lippmann & Rau öffnete ihre Pforten. Heute ist Lippmann nur noch mit zehn Prozent am Rauschen Imperium beteiligt. Aber wegen des eingeführten Namens und aus Dankbarkeit für die finanzielle Starthilfe in der Stunde Null bleibt *die Firmierung bestehen*.

Fragt man den Primus inter pares der deutschen Konzertveranstalter nach seinem Erfolgsrezept, so erhält man die nüchterne buchhalterische Antwort: „Du brauchst Geld! Wenn man wenig Kapital hat, muß man mit kleinen Konzerten anfangen. Hat man viel Geld, versucht man Größeres aufzuziehen. Trotzdem darf man als Konzertveranstalter nicht vergessen, daß *das eigentliche Kapital* das Talent der Künstler ist, mit denen man zusammenarbeitet. Aber Geld ist der Kraftstoff. Ein Auto ohne Benzin läuft nicht und nützt nichts."

Man muß in diesem Beruf zunächst Buchhalter sein. Deshalb nannten die Autoren Brigl und Schmidt-Joos ihre in diesem Jahr veröffentlichte Rau-Story „Buchhalter der Träume". Das trifft. Aber nicht nur Rechenschiebermentalität wird in diesem Job gefordert, sondern vor allem muß man den richtigen Riecher im passenden Moment haben. Der Veranstalter ist ein Medium, das künstlerisches Angebot auf die Nachfrage hin abklopft. Als Jongleur sind die Bälle seines Auftritts die Gagen, die Hallenmieten, Gebühren, Musiker- und Crew-Kosten, Licht- und Tontechnik, Steuern, Gema und PR-Kosten.

Man muß ganz schön verrückt und schizophren angehaucht sein, um diesen Akt Tag für Tag zu vollbringen. „Wir haben es mit Träumen zu tun. Wir brauchen die Phantasie von Spin*nern und nützlichen Idioten*, wenn wir Künstlern helfen wollen, sich in ihrer Szene zu behaupten. Dabei darf nie die wirtschaftliche Situation außer acht gelassen werden."

Rau ist und war der Steigbügelhalter für viele. Auf einige seiner Schützlinge ist er aber besonders stolz, beispielsweise auf Howard Carpendale. „Dieser Mann hat sich vom Schlagerfuzzi zum Entertainer höchster Quali*tät entwickelt." Ist das nun* Werbetext oder Managergerede? Nein. Kritiker und ausverkaufte Hallen bescheinigen Udo Jürgens wie Howard Carpendale übereinstimmend, daß sie die zur Zeit beliebtesten Vertreter der „middle of the road music" sind.

Raus Lieblingsspruch: „Ein volles Haus ist der Orgasmus des Veranstalters" hat hier seine Berechtigung.

Wie sieht sein Star seinen Veranstalter? „Fritz ist ein sehr einsamer Mensch", meint Carpendale, „wahrscheinlich ist er so einsam, weil er sein Leben dem Beruf gewidmet und sich nichts anderes gegönnt hat." Konstantin Wecker ist der gleichen Meinung: „Je mehr sich Fritz in die Arbeit stürzt, desto einsamer wird er. Ich kenne keinen aus diesem Gewerbe, der mit solcher Besessenheit zu Werke geht wie Rau. Menschen, die nichts mit ihm zu tun haben, können sich dies sicherlich nicht vorstellen: Ein Mann, der mit den größten Stars des internationalen Showbusineß bekannt und befreundet ist, der kann ja gar nicht allein sein. Das ist eine Fehlmeinung. Die Einsamkeit wird mit Berühmtheits- und Verehrungs*grad immer größer*."

Rückzug vom politischen Engagement

Distanz zeigt er seit einiger Zeit auch zur Politik. Die Zeiten, wo er sich vor den Karren „Künstler für den Frieden" spannen ließ oder die Wahl*veranstaltungen der „Grünen Raupe"* für die Grünen im letzten Bundestagswahlkampf künstlerisch betreute, sind passé. „Ich wollte einfach den Stoßtrupp der Phantasie im Bundestag dabeihaben. Was die daraus gemacht haben – na ja – mit vielem bin ich nicht einverstanden. Ich verstehe nicht, warum man die paar Köpfe, die diese Partei glücklicherweise hat, dermaßen frustriert und rotieren läßt *im wahrsten Sinne des Wortes. Die* Grünen haben, wie das Beispiel Bayern zeigt, deswegen keine Chance, weil die Umweltpolitik der CSU unglaublich gut ist. Rechts und links, das gibt es doch heute nicht mehr. Die Leute sollten aber nicht den Politiker X wählen, weil der Künstler Y auf der Wahlveranstaltung für ihn plädierte, sondern weil der Politiker X überzeugend ist! Es ist schön, wenn *Ärzte für den Frieden einen Nobel*preis bekommen. Nur frage ich, warum Joan Baez oder Harry Belafonte ihn nicht schon längst erhalten haben. Hinsichtlich des Einsatzes von Künstlern für politische Parteien bin ich skeptisch geworden."

Der Schutzwald ist krank, das Bergdorf stirbt

Waldsterben, das ist nicht nur eine ökologische Katastrophe, es kann auch eine akute tödliche Gefahr für den Menschen werden. Ein Beispiel: 70 Prozent des Waldes über der Schweizer Ortschaft Bristen sind krank oder tot. Die Folge: Lawinen bedrohen den Ort, Bewohner müssen evakuiert werden.

Von WALTER H. RUEB

Der Wald ist todkrank. Dürr, nadellos und braun ragen Hunderte verfilzter Tannen in den Himmel. Den Boden des Waldes oberhalb Bristen deckt ein dicker Teppich abgefallener Tannenzapfen – das Zeichen des Sterbens der Bäume.

„Ich habe die Schadenskarte im Kopf", sagt Gemeindepräsident Hans Murer (52) schwer atmend. Seit zwei Stunden klettern wir gemeinsam an den steilen Hängen des engen Maderanertals unweit des Gotthard herum, suchen den Wald nach gesunden, grünen Tannen ab. Schließlich gibt Murer auf und klagt: „Der Wald ist so krank, daß er seine Schutzfunktion nicht mehr ausüben kann. In diesem Winter müssen drunten in Bristen erstmals Häuser geräumt werden. Sie sind bei starkem Schneefall durch Lawinen gefährdet. Der Schutzwald gibt keinen Schutz mehr."

Das kleine Bristen liegt 850 Meter hoch, im Gefahrenbereich von Lawinen und Muren sowie in der Überflutungszone von zwei Stauseen. Sein Boden ist karg, zu zwei Dritteln unbebaubar, und die Hänge über dem *Dorf steigen in eine Höhe von 1500* Meter hinauf. Bristen ist ein Ortsteil der finanzschwachen Gemeinde Silenen drunten im Reusstal, hat 645 Einwohner und ist berühmt für seinen Reichtum an Kristallen und seltenen Mineralien. Durch Landwirtschaft und Kleingewerbe verdienen die meisten hier ihr Brot.

Hans Murer wohnt nicht in Bristen, sondern ist Besitzer des Hotels „Zum weißen Kreuz" in Amsteg, dem dritten Ortsteil der Gemeinde. Dennoch sorgt er sich vor Winter und Schnee. „Der Schrecken peinigt das Dorf beim Gedanken an die kommenden *Monate", sagt er*. „Viele Bürger fürchten um Hab und Gut, manche gar um ihr Leben. Der Wald schützte sie bisher vor Lawinen, Steinschlag, Erdrutschen und Hochwasser. Schauen Sie selbst! Der Wald ist so durchsichtig geworden, daß man die Häuser durch den Wald von hier oben sehen kann. Möchten Sie im Winter unterhalb dieses Steilhanges wohnen? Könnten Sie da ruhig schlafen?"

Der Gemeindepräsident *pfeift* seinem Hund, setzt sein Fernglas an die Augen und blickt hinüber zum gegenüberliegenden Hang. „Das gleiche Bild. Es gibt keine gesunde Fichte mehr. Wenn das Waldsterben nicht gestoppt werden kann, steht hier in zwei Jahren kein Baum mehr."

Hunderte von kranken Bäumen wurden bereits geschlagen, ihr Holz zu provisorischen Lawinenverbauungen in den Boden gerammt. Für eine Aufforstung fehlt die Zeit, für künstliche Schutzbauten das Geld. Man hat errechnet, daß in der Schweiz 1000 Milliarden Mark ausgegeben werden müßten, wenn die sterbenden Wälder mit Lawinenverbauungen aus Stahl und Beton ersetzt würden. Im Kanton Uri aber wurde gegen eine geplante Waldabgabe von 20 Franken für Autos und zehn Franken für Mofas eine *Volksabstimmung gefordert*.

Hans Murer hat deshalb zu einem ungewöhnlichen Mittel gegriffen, um angesichts des Zustandes des Schutzwaldes über Bristen trotz leerer Kassen die größten Gefahren abwehren zu können. „Ich habe ein Patronatskomitee gegründet und 300 eidgenössische Städte und Gemeinden um Spenden für die dringendsten Schutzbauten gebeten. Es gab da und dort Kritik und böse Worte, doch insgesamt gingen Spenden in Höhe von 350 000 Franken ein."

Murer kennt das Ausmaß des Waldsterbens *in ganz Europa. Es beschäf*tigt ihn – die drohenden Gefahren für die ihm anvertrauten Bürger aber rauben ihm den Schlaf. „Die Zustände hier erinnern mich an das Wort eines Urner Dichters. Er hatte die engere Heimat als ‚Paradies Gottes und Irrgarten des Teufels' bezeichnet. Wie recht er hatte! Unser Lebensraum ist in Gefahr – durch eigene Schuld."

Der Bürgermeister weist mit der Hand in Richtung Tal. Dort drängen sich Kraftwerke und Industrie, die Häuser stehen dicht um die Kirche, und Gotthardbahn, Autobahn, schäumende Reuss und alte Paßstraße machen sich in der Enge den Raum streitig. Dort vermuten Murer und die meisten Fachleute auch die Ursachen der Katastrophe. „Kraftwerke, Industrie, Hausbrand und vor allem der Verkehr verschmutzen die Luft", grollt Murer. „Messungen rund 30 Kilometer von hier haben die als unschädlich geltende Ozon-Konzentration um das Doppelte übertroffen ... Natürlich wissen wir, daß auch andere Ursachen das Waldsterben fördern, *zum Beispiel die zu großen Mengen* von Schalenwild und das Heer von Skifahrern. Eines steht fest: Die Prognosen der Skeptiker von 1980 wurden weit übertroffen."

Die Skeptiker hatten vor dem „Moloch Verkehr" gewarnt, und bei der Eröffnung des Gotthard-Straßentunnels und dem Beginn des Autobahn-Zeitalters im September 1980 schwarze Fahnen gehißt und festgestellt, es gebe keinen Grund zum Feiern. „Sie haben recht behalten", stellt Murer fest. „Der Verkehr hat gewaltig zugenommen. Früher passierten jährlich *1,5 Millionen Fahr*zeuge auf dem Weg nach Süden das Tal, 1985 wird die Zahl von vier Millionen Fahrzeugen überschritten; darunter eine halbe Million Lastwagen. Im Schnitt passiert alle 30 Sekunden ein schwerer Brummer das Tal, und in fünf Jahren verpesteten insgesamt 16 Millionen Fahrzeuge die Luft. Was bei der Einweihung als Segen gepriesen wurde, ist eine Katastrophe, ja eine schreckliche Heimsuchung ..."

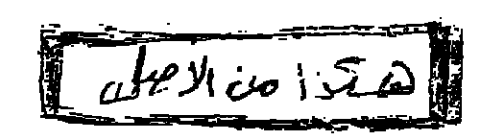
Die Menschen im Bergkanton Uri aber verzagen nicht so schnell, die Bewohner des Reusstales schon gar nicht. Das Wappen von Silenen zeigt nicht umsonst einen aufrecht gehenden Löwen mit einer geschulterten Keule. „Wir haben Hochwassern und Erdrutschen, Lawinen und Feuern getrotzt. Wir sind bergerfahren und katastrophengeprüft. Wir haben Respekt vor dem Gebirge, doch keine Angst. Wir sind vor zwei Jahren mit einem Bergsturz fertiggeworden und werden auch die heutige Situation meistern", sagt Murer.

Tatsächlich geriet Bristen Ende 1982 erstmals in die Schlagzeilen, als oberhalb *des Dorfes 30 000 Kubikme*ter Fels in Bewegung kamen. „Mit der Finanzhilfe des ganzen Landes, doch eigenen Ideen, wurde der Bedrohung entgegengetreten", erinnert sich Murer. „Nach einem Mini-Bergsturz im Frühjahr 1983 wurde ein 350 Meter langer, zehn Meter hoher und eine Million Mark teurer Schutzdamm gebaut. Gearbeitet wurde Tag und Nacht; ich ging nur noch mit dem Funkgerät ins Bett. Ende September war der Damm fertig, am 1. Oktober 1983 donnerte der Berg zu Tal – ohne Schaden anzurichten."

Diese Katastrophe wurde abgewendet, aber wie geht es weiter? Um diese Jahreszeit blicken die Bürger von Bristen zum Himmel und zum Schutzwald hinauf. Schnee liegt bisher nur spärlich, in der Schule aber schrieb die neunjährige Schülerin Theres Martin zum Aufsatz-Thema „Lawinen" folgende Zeilen: „Am 8. März ging bei uns unerwartet die Lawine ‚Langlaui' nieder. Zum Glück waren wir im Haus. Ich wollte ins Freie rennen, da zog mich meine Schwester wieder herein. Wenn meine Schwester nicht gewesen wäre, könnte ich jetzt diesen Bericht nicht mehr schreiben. Ungefähr drei Minuten dauerte es, bis die Lawine vorüber war. Da sahen wir nicht mehr aus dem Fenster. Vater getraute sich als erster aus dem Haus. Wir getrauten uns auch langsam hinaus und sahen, daß die Lawine viel Unheil angerichtet hatte. Stalldächer waren weggerissen, Wald niedergeschlagen, viele Obstbäume umgeworfen und ein Stall total zerstört."



42 Prozent des Schweizer Gebirgswaldes sind krank oder tot
FOTO: RUEB



CDU Saar favorisiert Töpfer als Vorsitzenden

Von einem Übergangskandidaten ist nicht mehr die Rede

ULRICH REITZ, Bonn

In der Nachfolge für das Amt des saarländischen CDU-Landesvorsitzen zeichnet sich eine Importlösung ab. In einer gemeinsamen Sitzung des CDU-Landesvorstandes und der Fraktion mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler stand der Name des rheinland-pfälzischen Umweltministers Klaus Töpfer „wieder stärker im Raum", sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Schwarz der WELT. Geißler selbst bestätigte gegenüber der „Saarbrücker Zeitung", daß Töpfer „in die Sondierungsgespräche einbezogen" worden sei.

Die Versuche der saarländischen CDU, nach dem Tod ihres erst im Juni gewählten Landesvorsitzenden Werner Scherer Ende Oktober einen geeigneten Nachfolger zu finden, der gegen den Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine nicht nur in der inhaltlichen Auseinandersetzung, sondern auch im Auftreten bestehen kann, offenbart das ganze Dilemma der größten Oppositionspartei.

War der Verlust der Mehrheit bei den Landtagswahlen im März schon ein Schock, so bedeutete der Tod Scherers für die Partei eine Katastrophe. Kurz nach seinem Ableben entbrannte eine Diskussion nicht nur um Namen, sondern auch um die Frage, ob mit dem neuen Landesvorsitzenden bereits der Spitzenkandidat für die Landtagswahlen 1990 auf den Schild gehoben werden sollte.

Klaus Töpfer: Umweltminister in Mainz FOTO: DIE WELT

Dabei gab es mehrere Kurswechsel. Einflußreiche CDU-Kreise warfen eine Woche nach Scherers Tod den Namen Töpfer in die innerparteiliche Debatte. Doch offenbar aufgrund der Schwierigkeiten, die mit der Nominierung eines rheinland-pfälzischen Umweltministers verbunden wären, den Ministerpräsident Vogel noch nicht freigeben will, stand am vergangenen Montag nach einer Sitzung von Landesvorstand und Fraktion eine „saarländische Lösung" am höchsten im Kurs.

An erster Stelle wurde der Name des früheren Vorsitzenden der Jungen Union genannt, Peter Jacoby. Doch er bekannte sich freimütig zu seinen „eigenen Vorbehalten" gegen eine Kandidatur. Bis zum Freitag war deshalb die Rede von einer Übergangslösung, einer Trennung von Landesvorsitz und Spitzenkandidatur. Erst 1989 sollte der Gegner Lafontaines der Öffentlichkeit präsentiert werden. Dabei war das Kalkül ausschlaggebend, zwei Jahre nach den rheinland-pfälzischen Landtagswahlen doch wieder auf Töpfer zurückgreifen zu können.

Nun also doch wieder Töpfer. Den Ausschlag bei dieser Vorentscheidung hat offenbar die mit Blick auf das Kandidaten-Hickhack klare Aussage Geißlers gegeben: „Entscheidend ist, die nächste Landtagswahl zu gewinnen". Damit war die Überlegung eines Übergangskandidaten vom Tisch. Die Bundes-CDU ist überdies anscheinend bereit, Töpfer in Bonn die Möglichkeit der politischen Darstellung zu geben. Daß dabei auch ein Ministeramt in der Bundesregierung für den Wahl-Pfälzer denkbar ist, der früher einmal die rechte Hand des saarländischen CDU-Ministerpräsidenten Röder war, wird aus der folgenden Bemerkung Geißlers am Freitag klar: „Ein Spitzenkandidat muß eine Plattform haben, die der eines Ministerpräsidenten vergleichbar ist", sagte er laut Schwarz.

Töpfer ist im Saarland nicht unumstritten. Schwarz spielt auf die Vorbehalte seiner Parteifreunde gegen eine Importlösung an, wenn er sagt: „Es ist eine große Behutsamkeit im Gespräch mit der Partei nötig, um Töpfer einen Start nicht zu erschweren." Mit einem Donnerwetter aus der Partei rechnet Schwarz, würde Töpfer als Bundestagskandidat für die Saar-CDU bereits jetzt ins Rennen geschickt. Denn dann müßte einer der vier saarländischen CDU-Kandidaten für die Bundestagswahl seinen Platz räumen. Die Nominierung der Kandidaten findet im Frühjahr statt.

Die Funktion des Vermittlers zwischen Saarbrücken und Mainz hat Geißler übernommen. Ende der Woche kommt Vogel von einem China-Besuch zurück. Die endgültige Entscheidung über den neuen Landesvorsitzenden, der, hieße er Töpfer, auch ihr neuer Spitzenkandidat wäre, soll bis Weihnachten fallen. Die Partei hätte dann noch einige Wochen Zeit, um sich bis zu dem Nominierungsparteitag im Februar mit Töpfer abzufinden.

Stoph und Mittag weisen auf Versäumnisse hin

Versorgungsengpässe und mangelnde Qualität gerügt

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die SED will vor ihrem 11. Parteitag im April 1986 mit der Wiederwahl Erich Honeckers zum Generalsekretär alle Anstrengungen unternehmen, um keine Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufkommen zu lassen. Wirtschaftsexperte Günter Mittag räumte bei der Debatte über den Etat 1986 in der Volkskammer ein, daß es weiterhin Versorgungsmängel gibt. Die SED-Führung will dagegen jetzt noch schärfer durchgreifen: „Wie bisher, so wird unsere Partei auch künftig Versäumnisse auf diesem Gebiet nicht zulassen", drohte Mittag vor den 500 Abgeordneten.

Mittag, der noch am Tage vor der Sitzung mit CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep in Ost-Berlin konferiert hatte, sparte in seiner Rede nicht mit mehr oder minder akzentuierten Vorwürfen:

- Die Verantwortlichen für die Versorgung hätten „sowohl ständig ein stabiles Angebot zu sichern als auch dafür Sorge zu tragen, daß die Bevölkerung alle erforderlichen Einkaufsmöglichkeiten vorfindet".
- Der Anteil neuentwickelter Konsumgüter solle 1986 „noch schneller" steigen. Die „stabile Versorgung" sei und „bleibe" (weil offenbar weiterhin problematisch, d. Red.) ein Grundanliegen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", Honeckers Regierungsprogramm.
- Mittag forderte von den großen Kombinaten einen „noch stärkeren und stabileren" Beitrag zur Konsumgüterproduktion.
- Unzufrieden zeigte sich Wirtschaftschef Mittag auch abermals mit dem Tempo der „DDR"-Hochtechnologie-Umrüstung. Zwar hätten 76 von 150 zentral geleiteten Kombinaten die Arbeitsproduktivität um mehr als zehn Prozent gesteigert, aber Mittag, der Japans Industrie kennt, beeindruckt das wenig: Steigerungen „um 300 bis 600 Prozent" seien möglich.

Schlechter Kundendienst

Auch Ministerratschef Willi Stoph sparte nicht mit Kritik und Forderungen: „Die Bevölkerung erwartet (aber) nicht nur mehr Konsumgüter. Genauso wichtig sind Qualität und Funktionstüchtigkeit, Bedienungskomfort, eine gute Formgestaltung und modische Ausführung."

Den Wünschen der Jugend nach modischer Bekleidung – Jeans und flotte Teenager-Sachen sind weiterhin rar – schenke die Partei „große Aufmerksamkeit". Stophs Hinweise reichten bis zu den Laufzeiten der Post und dem mangelhaften Kundendienst am Schalter. „Kürzer und besser", lautete seine Devise.

Weit höher als das Gesamtwachstum der „DDR"-Wirtschaft, das 1986 wieder – wie in diesem Jahr – vier Prozent betragen soll, fällt die zunehmende Rüstungslast aus: Die offen ausgewiesenen Ausgaben für „nationale Verteidigung" klettern um 7,7 Prozent (exakt ein Prozent mehr als 1985) auf 14 Milliarden Mark. In diesem Betrag sind jedoch, wie üblich, nicht die Aufwendungen für „öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze" enthalten. Sie werden mit 5,384 Milliarden Mark neben dem eigentlichen NVA-Etat veranschlagt. 1985 war dieser Ansatz zum ersten Mal in der „DDR"-Geschichte über die Fünf-Milliarden-Grenze gesprungen.

Teure Grenzsicherung

Die äußerliche „Entschärfung" der bisher mit Todesautomaten und Minen am vorderen Sperrkreis gespickten Grenze kostet Ost-Berlin enorme Beträge: Denn hochmoderne Elektronik an Signalzäunen und ein tiefgestaffeltes Melde- und Warnsystem muß, wie der Etat ausweist, mit einem Mehraufwand von knapp 360 Millionen Mark gegenüber 1985 erkauft werden. Geht man bis ins Jahr 1984 zurück – im Sommer vor einem Jahr sagte Honecker seinem Gast Franz Josef Strauß den Minen-Abbau zu – erhöhte sich der Haushaltsposten für die Grenzsicherung sogar noch offenkundiger: Waren dafür 1984 noch 4,738 Milliarden Mark angesetzt, sind es nun bis einschließlich 1986 rund 650 Millionen Mark mehr geworden. Die Politik der angeblichen „Humanisierung" der Grenze kostet ihren Preis.

Das finanzpolitische Kunststück, nach außen hin mit niedrigen Preisen für Grundnahrungsmittel und Tarife „alles für das Wohl des Volkes" zu demonstrieren, muß mit dramatisch steigenden Staatszuschüssen erkauft werden: Die Subventionen machen mit nunmehr 46,2 Milliarden Mark schon knapp ein Viertel der Gesamtausgaben der „DDR" aus. Innerhalb von knapp drei Jahren verdoppelte sich dieser Staatsbeitrag nicht nur, sondern kletterte um rund 125 Prozent – eine inflationistische Rate. Denn 1983 reichten noch rund 20 Milliarden Mark für diese politisch gewollte Preisstützung aus. Im SED-Parteitags-Jahr legt Ost-Berlin gegenüber 1985 weitere 5 Milliarden dazu, denn bis zum Ende dieses Jahres reichten noch 40,049 Milliarden für denselben Zweck der innenpolitischen Stabilitätssicherung aus.

Eher Opposition als ein Bündnis mit Grünen?

Landesparteitag der niedersächsischen SPD in Oldenburg

MICHAEL JACH, Oldenburg

Niedersachsens Sozialdemokraten bleiben bemüht, jeden Gedanken an eine Mitregierung der Grünen nach der Landtagswahl im nächsten Jahr ausgeschlossen erscheinen zu lassen. Den Wahlprogramm-Parteitag der Landes-SPD am vergangenen Wochenende in Oldenburg nutzte Parteivorsitzender Johann Bruns abermals zur Bekräftigung seiner bekannten Zielangabe: „Nicht Bündnispartner suchen wir, sondern das ungeteilte Vertrauen, den ungeteilten Regierungsauftrag."

Unmittelbar vor dem Parteitag hatte Bruns die Ablehnungsgründe auch für Genossengebrauch dermaßen erhärtet, daß Rückzieher um des Machterwerbs willen auch nach der Landtagswahl kaum noch möglich erscheinen sollten: Was die Grünen bisher an Wahlprogramm-Bestandteilen beschlossen hätten, „können Sozialdemokraten nicht mittragen". Deshalb ziehe auch „mein Freund Gerhard Schröder" es vor, „lieber eine konstruktive Oppositionsrolle zu übernehmen", erklärte Bruns in einem Interview mit der Oldenburger „Nordwest-Zeitung". Doch dazu müsse es nicht kommen, da er ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU erwarte, bei dem „wirklich alle Möglichkeiten im Sack" seien.

Spitzenkandidat Gerhard Schröder verlor zur Bündnisfrage in seiner über einstündigen Wahlkampf-Auftaktrede nicht ein Wort, beanspruchte dagegen für die SPD eine „Brückenfunktion" zwischen Industriearbeitswelt und Umweltschutz, derer die Grünen nicht fähig seien; vielmehr trieben sie „die Arbeitnehmer in verhärtete Ansichten über Umweltschutz".

Zur Alleinregierung in Hannover verhelfen soll den Sozialdemokraten die Verheißung, einzig sie könnten einlösen, was ihr Parteitagsmotto versprach: „Macht unser Niedersachsen stark!" Daß man derzeit in einem „Absteigerland", ja dem „Aschenputtel unter den Bundesländern" lebe, schrieb Bruns der bald zehnjährigen Regierung Albrecht aufs Konto.

Die SPD-Programmrezepte zur Besserung der Lage unterscheiden sich indessen kaum von den Forschungs-, Technologie- und strukturpolitischen Maßnahmen und Vorhaben der CDU-Landesregierung. Schröder ließ denn auch erkennen, daß er sich des Handikaps bewußt ist: die SPD wolle ja „nicht die Rolle von Miesmachern spielen". Aber es bedürfe eben einer „ehrlichen Analyse der Gegenwart" gegen ein „Täuschungsmanöver", das sich „Aufholjagd" nenne.

Einen umfänglicheren Teil seiner Programmrede widmete Schröder – in Fortsetzung seines jüngsten Auftritts in der Haushaltsdebatte des Bundestages – der Bonner Wirtschafts- und Sozialpolitik, „die nur dem Stärkeren Recht gibt". Hier sei Albrecht Helmut Kohls niedersächsischer Vollzugsgehilfe. Die Kampfrede fand allerdings bei den zweihundert delegierten Genossen ein eher verhaltenes Echo. Nichtsdestoweniger erhielt Schröder für seinen Platz 1 auf der Landtagswahl-Liste der SPD, die auch im übrigen gemäß Vorstandsvorschlag unangefochten blieb, lediglich eine Gegenstimme bei zwei Enthaltungen.

Plädoyer für eine europäische Medienpolitik

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Politiker kümmern sich heute mehr um ihre Publikumswirkung als um die Substanz dessen, was sie zu sagen haben. Diesen Vorwurf erhob der ehemalige Bundeskanzler und jetzige „Zeit"-Verleger, Helmut Schmidt, am Wochenende bei einer Podiumsdiskussion zum Abschluß des „Inter „Media Congress" in Hamburg. Der Erfolg eines Politikers hänge mehr von der Farbe seines Hemdes als von der Kraft seiner Argumente ab, sagte Schmidt. Bei ihrem Gipfeltreffen in Genf hätten Reagan und Gorbatschow mehr an ihre Wirkung in der Öffentlichkeit gedacht als an die Sicherung des Weltfriedens.

Vier Tage lang waren in der Hansestadt 700 Medienexperten aus 28 Ländern zusammengekommen. Der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) bezeichnete den Inter Media Congress als möglichen Beginn einer Institution, in der Medienfachleute aus aller Welt in regelmäßigen Abständen ihre Erfahrungen austauschen könnten. Die „einmalige Informationsbörse", wie der Hamburger Regierungsschef das Treffen nannte, war mit einem Aufwand von 2,5 Millionen Mark ausgerichtet worden, zu einem wesentlichen Teil durch Zuwendungen führender Medien-Unternehmen der Bundesrepublik, darunter auch des Axel Springer Verlages. Dohnanyi erklärte in seinem Schlußbeitrag, es gelte, ein weltweites Konzept für die Entwicklung einer Kommunikation in einem „erkennbar realistischem Rahmen" zu finden. Er setzte sich erneut für eine einheitliche Medienpolitik in der Bundesrepublik auf der Grundlage eines Staatsvertrages ein.

Werner Remmers, CDU-Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag, plädierte für eine europäische Integration in der Medienpolitik. Sie könne zu einer stärkeren Identität Europas in Politik und Kultur führen. Remmers forderte die Bundesregierung auf, sich auf dem Feld der technischen Übertragungsmittel für ein „Europa ohne Grenzen" zu engagieren.

Zuvor hatte der Chefredakteur von dpa, Hans Benirschke, die Konkurrenz zwischen Tageszeitungen und elektronischen Medien betrachtet. Sein Fazit: „Zeitungen bringen bessere Voraussetzungen mit, um über komplexe Themen zu informieren. Und die Welt ist voller komplexer Themen." Neue Chancen für die Zeitung sah Benirschke etwa bei der Sportberichterstattung, wo das Fernsehen sich immer häufiger das Übertragungsrecht für bedeutende Ereignisse erkaufen müsse

„Grund zur Zuversicht"

Rede von Karl Carstens auf Parteitag der hessischen CDU

DW. Hofheim

Auf dem Landesparteitag der hessischen CDU hat Altbundespräsident Karl Carstens unter dem Titel „Mut zur Zukunft" eine bemerkenswerte Rede gehalten. Die WELT veröffentlicht Auszüge:

Unverändert erweist sich die soziale Marktwirtschaft als stärkster Motor unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Auch sie hat freilich ihre Schattenseiten. Sie trifft manchen Unternehmer, der Konkurs anmelden muß, und viele Arbeitnehmer, die arbeitslos werden, hart. Aber unbestreitbar haben auf ihrer Grundlage Arbeitnehmer und Unternehmer aufs Ganze gesehen in den letzten 35 Jahren gigantische Leistungen erbracht und unserem Lande zu einem früher nie gekannten Wohlstand verholfen.

Der sozialen Marktwirtschaft ist auch die Beendigung der Talfahrt unserer Wirtschaft in den letzten Jahren und die langsame, aber beständige Steigerung des Bruttosozialprodukts zu danken. Allein 1984 wurden 300 000 neue Unternehmen gegründet. Der Export der deutschen Wirtschaft wird 1985 eine Rekordhöhe erreichen, und ebenso der Überschuß in der Handelsbilanz. Wir stehen in einigen Bereichen wie im Maschinenbau und Fahrzeugbau in der Welt an der Spitze.

Nimmt man dazu die niedrige Inflationsrate von unter zwei Prozent, eine großartige soziale Leistung im Interesse der Rentner und der Sparer, ferner die gelungene Konsolidierung des Bundeshaushalts und das niedrige Zinsniveau, so kann man mit Recht sagen, daß wir unserer wirtschaftlichen Zukunft mit Zuversicht entgegenblicken dürfen. Der Sachverständigenrat hat es vor wenigen Tagen eindeutig bestätigt. Die Politik der christlich-liberalen Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl hat an diesem Erfolg entscheidenden Anteil …

Hohe Priorität hat für uns alle die Bewahrung einer gesunden Umwelt, der Schutz unserer Wälder, der Luft, des Bodens und der Gewässer vor schädlichen Stoffen aller Art. Wir tun auf diesem Gebiet viel. Unsere Kernkraftwerke sind die sichersten und umweltfreundlichsten der ganzen Welt. Der zum Teil irrationale Protest gegen die Kernenergie übersieht das.

Der Ausstoß von Abgasen der Großfeuerungsanlagen wird systematisch reduziert. Auch die Verminderung schädlicher Abgase der Kraftfahrzeuge durch den Einbau von Katalysatoren macht deutliche Fortschritte. Zum Schutz unserer Bevölkerung vor schädlichen Stoffen in den Lebensmitteln und vor schädlichen Arzneimitteln unternehmen wir große Anstrengungen. Wir liegen damit in manchen Bereichen weit vor unseren Nachbarn.

An dieser Stelle möchte ich ein Wort des Dankes an den Bundesminister des Innern, Friedrich Zimmermann, richten. Seine Verdienste um eine bessere Umwelt werden nicht genügend gewürdigt. Daß er bei seinen Bemühungen in der Europäischen Gemeinschaft auf Widerstände stößt, ist bedauerlich, aber nicht seine Schuld …

Die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in eine Gemeinschaft freier europäischer Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Partner ist unverzichtbar für uns Deutsche ebenso wie für die anderen Europäer. Die Wiederaufnahme einer deutschen Politik wechselnder Zusammenarbeit mit West und Ost würde unabsehbare Gefahren für Deutschland und für Europa heraufbeschwören. Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger weiß das und lehnt daher eine solche Schaukelpolitik ab.

In dem Spannungszustand, der zwischen Ost und West besteht, in dem geteilten Lande, in dem wir leben, bleibt Deutschland unser Vaterland. Zwar ist das Gefühl für das Vaterland bei vielen unserer Mitbürger, vor allem unserer jungen Mitbürger, verlorengegangen. Der Mißbrauch, der mit diesem Begriff in der Vergangenheit getrieben worden ist, ist eine Erklärung dafür. Aber auch die Teilung unseres Landes erschwert vielen die Identifikation mit ihm. Dennoch bleibt wahr, daß Deutschland der geistige Grund ist, aus dem unsere Sprache, unsere Kultur, unser Bewußtsein dessen, was wir sind, erwachsen ist und weiter wächst …

Lambsdorff-Attacke gegen Strauß

dpa, München

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat den Ministerpräsidenten von Bayern und Baden-Württemberg, Franz Josef Strauß (CSU) und Lothar Späth (CDU), „wichtigtuerische Selbstüberschätzung" und „fehlgeleiteten industriepolitischen Ehrgeiz" vorgeworfen. „Wir haben die politische Wende in Bonn nicht gemacht, damit in einigen Landeshauptstädten schadlos ein besonders listenreicher Angriff auf diese Ordnung gestattet werden kann", sagte Lambsdorff bei der Verleihung der Thomas-Dehler-Medaille.

Lambsdorff warf dem Stuttgarter Ministerpräsidenten einen „Späth-Kapitalismus" vor. Strauß kümmere sich um die Zukunft von Rüstungskonzernen und torpediere damit die „ohnehin nicht sehr überzeugenden Privatisierungsbemühungen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Gerangel um einen Präsidentenstuhl

PETER SCHMALZ, München

Nie in den vergangenen Jahrzehnten interessierte sich die Öffentlichkeit für die Frage, wer in Bayern Präsident des 800 000 Mitglieder zählenden Rotkreuz-Verbandes ist. Inzwischen aber plusterte sich die Frage, wer künftig auf diesem Präsidentenstuhl sitzen wird, zu einem Politikum auf, mit dem sich ein amtierender und ein ehemaliger Ministerpräsident ebenso befassen wie ein Sparkassenpräsident, ein Rundfunkintendant und ein Landtagspräsident.

Eigentlich wollte Alt-Ministerpräsident Alfons Goppel nochmals für weitere vier Jahre antreten, was aber seinem ehemaligen Innenminister, dem jetzigen Sparkassenpräsidenten Bruno Merk, nicht paßte. Daraufhin entstand im Vorfeld der Wahl eine solche Verwirrung bei den 400 Delegierten, daß Goppel durchgefallen ist und sich beleidigt in den Schmollwinkel zurückgezogen hat.

Merk sah nun den Weg für sich frei, übersah dabei aber ein paar Stolpersteine. Zum einen hat sein Verhalten manche Rotkreuzler enttäuscht, die sich noch daran erinnern, daß Goppel als Ministerpräsident auch dann zu seinem Innenminister Merk gestanden hatte, wenn dieser ins Schußfeld des Parteivorsitzenden Strauß geraten war. Ein wenig mehr Dankbarkeit wäre gut gewesen, ist beim BRK zu hören. Zum andern schien sich Kandidat Merk so sicher zu fühlen, daß er für sich als Präsident in spe auch schon großspurig den dem BRK zustehenden Sitz im bayerischen Senat forderte. Und zum dritten unterschätzte er offenbar Franz Josef Strauß, der sich früher mit Merks bürokratischer Ministerarbeit nie hatte anfreunden können.

Nach Goppels Niederlage war es Strauß, der Landtagspräsident Franz Heubl als möglichen Kandidaten ins Spiel brachte und der über Merk meinte, dieser habe mit seinen Sparkassen „genug zu tun", worauf Merk erwiderte, er könne auf Belehrungen des Ministerpräsidenten verzichten.

Heubl, selbst Präsident der in Bayern nicht unwichtigen Bergwacht, hüllte sich über Wochen in Schweigen, bat aber zugleich, daraus nicht irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Nun empfahl der grollende Goppel Heubl als seinen Nachfolger: „Er ist mir lieber, nicht bloß jetzt." Denn dieser habe die „entsprechende Autorität, die entsprechende Unabhängigkeit nach allen Seiten bei gleichzeitiger Nähe zu diesen Stellen, die das Rote Kreuz braucht".

Nach soviel Lob öffnete auch Landtagspräsident Heubl das Visier. Vor dem Landesausschuß seiner Bergwacht gab der 61jährige CSU-Politiker in einer persönlichen Erklärung bekannt, er werde am 14. Dezember antreten. Fast schon schien die Entscheidung gefallen, da aber trat BR-Intendant Reinhold Vöth aus den Kulissen und ließ Interesse an dem Amt erkennen. Der Mann vom Funk muß sich sputen: Heute um 24 Uhr läuft die Vorschlagsfrist ab.

Die WEU sucht einheitliche Linie zu SDI

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wichtigstes Thema der heute beginnenden traditionellen Wintertagung der Parlamentarier der „Westeuropäischen Union" im Pariser Jena-Palast wird die strategische Verteidigungsinitiative der USA im Weltraum (SDI) sein. Der Versuch der Außen- und der Verteidigungsminister der sieben Mitgliedsländer (die sechs europäischen „Gründerländer" plus Großbritannien) auf einer Sitzung in Rom Mitte November eine einheitliche Linie zu finden, war mangels Übereinstimmung und Abwesenheit der Verteidigungsminister aus Frankreich und Belgien fehlgeschlagen.

Erstmals werden vor den Parlamentariern gleich vier Minister auftreten, die beiden Außenminister Dumas (Frankreich) und Andreotti (Italien), der italienische Verteidigungsminister Spadolini sowie die Staatssekretärin im britischen Foreign Office, Baroneß Young. Seit Anfang des Jahres existiert im Schoß dieser 1954 mit den „Pariser Verträgen" zustande gekommenen Organisation – der einzigen Plattform, auf der die Europäer unabhängig von der NATO über Fragen ihrer Sicherheit und Verteidigung sprechen können – eine SDI-Arbeitsgruppe. Sie hat den Auftrag, eine „koordinierte" Stellungnahme zu der Initiative der Amerikaner zu finden. Das ist aber offenbar nicht so einfach. Nicht nur innerhalb der WEU schwanken die Haltungen zu SDI von Land zu Land (Frankreich ist dagegen), auch manche Regierung ist sich noch uneins. So hat die SDI-Arbeitsgruppe der WEU nicht einmal ihren Plan, den Amerikanern einen koordinierten Fragebogen über das Informationsbedürfnis der Europäer vorzulegen, durchführen können. In Rom haben die Minister diese Aktion als „verfrüht" zurückgewiesen.

In der Rüstungsdebatte, eigentliche Domäne der zweimal jährlich zusammentretenden Parlamentarierversammlung, wird man sich diesmal besonders dem europäischen Kampfflugzeug der 90er Jahre zuwenden. Ziel soll sein, das bereits bestehende Konsortium aus den vier Ländern Großbritannien, Bundesrepublik, Italien und Spanien, zu dem neuerdings auch Frankreich gestoßen ist, zu einer Dauereinrichtung zum Bau von Kampfflugzeugen zu machen, nach dem Muster der Airbus-Industrie.

Auf der Synode reden die Bischöfe über alles, was ihnen am Herzen liegt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

„Die Wellen der Welt schlagen in die Kirche hinein." Mit diesen Worten hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, eine Zwischenbilanz nach einwöchiger Diskussion der in Rom tagenden außerordentlichen Weltbischofssynode eingeleitet, die von Johannes Paul II. anläßlich des 20. Jahrestages der Beendigung des zweiten vatikanischen Konzils einberufen worden war. Fünf Tage lang haben die 165 Synodalväter in Kurzreferaten von jeweils sechs bis acht Minuten Dauer über die Situation und die Probleme in ihren Lokalkirchen beziehungsweise in den Kurienbehörden berichtet. In wenigen Tagen muß nach kurzer Reflektion in den Arbeitskreisen, den nach Sprachen zusammengesetzten „Circuli minores", schon die Schlußbilanz dieser Beratungen über die heutige Verfassung und die Aussichten für die künftige Entwicklung der katholischen Kirche gezogen werden.

Die öffentliche Diskussion im Vorfeld der Synode hatte im Spannungsfeld zweier Pole gestanden. Auf der einen Seite hatte der deutsche Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger, von Restauration gesprochen – im Sinne der „Suche nach einem neuen Gleichgewicht, nach all den Übertriebenheiten einer wahllosen Öffnung zur Welt". Auf der anderen Seite war der in Tübingen lehrende Schweizer Theologe Küng als Sprecher einer vorwärtsdrängenden Gruppe mit der Forderung nach einem dritten Vatikanum hervorgetreten. Mit einiger Besorgnis, so bekannte Höffner, sei er angesichts der leidenschaftlich geführten Vordiskussionen nach Rom gekommen.

Keine Konfrontation

Aber diese Beunruhigung erwies sie sich schon bald als kaum begründet. Gleich zu Beginn fegte der Relator der Synode, der belgische Kardinal Daneels, den von Ratzinger in dem Buch „Zur Lage des Glaubens" verwendeten Begriff Restauration mit der Bemerkung vom Tisch, daß dieses Wort in den Konzilsdokumenten nicht erscheine und daß die Synode nicht über ein Buch, sondern über das Konzil zu diskutieren habe. Und für die Küng-These fand sich unter den Synodalen kein einziger Fürsprecher.

Unisono bekannten sich die Väter der Synode zu den Konstitutionen und zum Geist des zweiten Vatikanums. Sie setzten nur einige unterschiedliche Akzente. Die einen stellten dieses Konzil und seine Beschlüsse als Rahmen dar, den es noch voll auszufüllen und unbedingt zu respektieren gelte.

„Einseitig interpretiert"

Kaum einer nannte das, was die in die Kirche hineinschlagenden „Wellen der Welt" in den 20 nachkonziliaren Jahren bewirkt haben, offen beim Namen. Als Erzbischof Berg von Salzburg in vorsichtiger Form die Probleme der Empfängnisverhütung und der Wiederverheiratung geschiedener Katholiken zur Sprache brachte, erregte er damit in den Medien so viel Aufsehen, daß er sich veranlaßt sah, die Bedeutung seiner Intervention zwei Tage später selbst wieder herunterzuspielen. Er habe sich nicht gegen die Lehre der Kirche und des Papstes gewandt, versicherte er. Er habe nur im Blick auf Probleme, die weltweit vorhanden seien, Überlegungen angestellt und sei dann „einseitig interpretiert" worden.

Am Rande der Synode blieb bisher auch das Thema Befreiungstheologie. Der brasilianische Bischof Lorscheiter ging nur in einer schriftlich eingereichten, nicht mündlich vorgetragenen Intervention darauf ein. Er unterschied dabei nicht zwischen verschiedenen Theologien der Befreiung, sondern verteidigte diese theologische Bewegung generell als „unverzichtbar" für die Kirche – auch wenn sie die von der Glaubenskongregation im vergangenen Jahr aufgezeigten Risiken einschließe. „Die Befreiungstheologie ist nicht die Erfindung weniger isolierter und besonders kühner Theologen, sondern Frucht des gesamten Lebens der lateinamerikanischen Kirche," erklärte er.

Die Antwort wurde in einem anderen nur schriftlich eingereichten Diskussionsbeitrag des Erzbischofs von Rio de Janeiro, Kardinal Sales, und in einer Erklärung des kolumbianischen Sekretärs der lateinamerikanischen Bischofskonferenz, Bischof Castrillon, vor der Presse gegeben. Castrillon sagte, wenn Lorscheiter habe zum Ausdruck bringen wollen, daß sich die Option der Kirche für die Armen aus dem Evangelium ableite, dann sei dem zuzustimmen. „Wenn er aber alle Strömungen der Befreiungstheologie kirchlich legitimieren wollte, dann bin ich ganz und gar nicht damit einverstanden."

Ein Marginalthema blieb in der Synodaldiskussion bisher auch die Rolle der Frau in der Kirche, obwohl diese Frage in den 20 Jahren seit Beendigung des Zweiten Vatikanums immer mehr Gläubige bewegt.

Offen und häufig angesprochen wurde dagegen das Thema Kollegialität – sowohl in seiner lokalkirchlichen als auch in seiner weltkirchlichen Dimension. Viele Bischöfe plädierten dafür, über den Ausbau der Kollegialität und die Stärkung der Bischofskonferenzen den Zentralismus einzuschränken.

Der Papst schweigt

In der von Kardinal Daneels gegebenen Zusammenfassung der Diskussion nach Abschluß der ersten Halbzeit der Synode rückte freilich auch diese institutionelle Frage etwas in den Hintergrund. Daneels legte die Betonung auf das spirituelle Element, das vor allem von einigen mitteleuropäischen Vätern der Synode in die Debatte eingebracht worden war.

Diese Synodalen – darunter besonders Ratzinger, der Bischof von Berlin, Kardinal Meissner und der holländische Kardinal Simonis – hatten beklagt, daß die Kirche heute allzusehr nur in einem ihrer zwei Aspekte, dem zeitlich-konstitutionellen, gesehen werde. Ihre andere Identität als Leib Christi verliere dadurch an Profil. Die Kirche als Mysterium, die Theologie des Kreuzes und die Rückkehr zum Heiligen, wurden der Synode deshalb als zentrale Themen nahegelegt.

Der hier und dort aufkommenden Befürchtung, daß damit möglicherweise die konkreten Probleme der Kirche „wegspiritualisiert" werden sollten, wird in Synodalkreisen mit dem Argument begegnet, daß die Bischöfe völlig frei seien, über all das zu sprechen, was ihnen am Herzen liege. Kein Thema werde „von oben" unterdrückt. Diese Freiheit ist eine unbestreitbare Tatsache. Der Papst hörte bisher allen Rednern aufmerksam zu, ohne sich einzuschalten.

Martens will Gewalt- und Terrorwelle eindämmen

Maßnahmen angekündigt / Brüssel unter Erfolgszwang

HELMUT HETZEL, Brüssel

Die nach fast siebenwöchigen Koalitionsverhandlungen neu gebildete belgische Regierung unter Führung des alten und neuen Premierministers Wilfried Martens will in der kommenden Legislaturperiode den bisherigen Spar- und Sanierungskurs bei den Staatsfinanzen weiter fortsetzen und der Bekämpfung des Terrorismus sowie der Drogen- und Gewaltkriminalität oberste Priorität einräumen.

„Ab 1988", so Martens über die Erfolgsaussichten seiner Sparpolitik, „kann der Gürtel wieder gelockert werden, dann ist Licht am Ende des Tunnels." Wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel der neuen belgischen Regierung ist es, das Haushaltsdefizit von derzeit rund 11 Prozent auf 7 Prozent des Bruttosozialprodukts bis zum Ende der neuen Legislaturperiode zurückzubringen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Wirtschaft wieder herzustellen.

Doch auch die Frage der inneren Sicherheit hat neben der Wirtschaftspolitik auf Grund der das Land in der jüngsten Vergangenheit überschwemmenden Terror- und Gewaltwelle bei der jetzigen Regierungsbildung eine zentrale Rolle gespielt und ist ein zentrales Problem, das das neue Kabinett Martens energisch anpacken und lösen will. Geeinigt hat sich die neue Regierungskoalition aus flämischen und wallonischen Christdemokraten und Liberalen daher darauf, mehr Geld für die Reichspolizei zur Verfügung zu stellen, deren Personel besser auszubilden und auch aufzustocken. Die Reichspolizei soll bei der Bekämpfung des Terrorismus, gemeint ist damit in Belgien vor allem die Terrogruppe „Kämpfende Kommunistische Zellen" (CCC), künftig eine zentrale Rolle spielen und der bisher weitgehend erfolglosen Fahndung neue Impulse geben. Daher, so die Regierung, werde man die Fahndung, die sich bisher durch nebeneinander agierende verschiedene belgische Polizeidienste des Landes als wenig effektiv erwiesen habe, zentralisieren. Auch soll der bisher relativ liberal gehandhabte Waffenkauf künftig durch ein neues Gesetz wesentlich erschwert werden. Offen ließ das Kabinett Martens VI in seiner Regierungserklärung allerdings die Frage, ob ein von Justizminister Jean Gol gefordertes „belgisches FBI" eingerichtet werden soll. Wenn dies nötig sei, so hieß es dazu in Brüssel, könne eine solche zentralisierte Bundespolizei durchaus aber noch ins Leben gerufen werden. Eine auf administrativer Ebene bereits bestehende Antiterror-Ermittlungsbehörde konnte bisher wenig Erfolg verbuchen. Auch ihre Arbeit, so Kritiker, versandete weitgehend im Kompetenzhickhack der völlig losgelöst voneinander agierenden flämischen und wallonischen Ermittlungsbehörden.

Vor allem in der Bevölkerung wird nach den immer zahlreicher werdenden und kaltschnäuziger ausgeführten Bombenanschlägen der „Kämpfenden Kommunistischen Zellen" und durch die mit barbarischer Mordlust begangenen Raubüberfälle einer als „Bande von Nijvel" bezeichneten Killertruppe, die in den letzten vier Jahren 28 Menschen bei Überfällen ermordeten, erwartet, daß die neue Regierung gegen Terrorismus und Gewaltkriminalität künftig hart durchgreift und die in den Augen mancher Belgier bereits gefährdete innere Sicherheit wiederherstellt. Die Regierung steht auf diesem Gebiet deutlich unter Erfolgszwang.

Sollten in Zukunft auf dem Gebiet der inneren Sicherheit dem Kabinett Martens VI die längst überfälligen Erfolge verwehrt bleiben, und die Belgier durch eine neue Serie von Anschlägen und Raubmorden noch weiter verunsichert werden, könnte das ähnlich wie beim Fußballdrama im Brüsseler Heysel-Stadion zu einer neuen Kabinettskrise führen und die alten, jetzt unter den Teppich gekehrten Fronten zwischen Innenminister Charles Nothomb und Justizminister Jean Gol erneut aufreißen und somit dem Kabinett Martens ein schnelles, unerwartetes Ende bescheren. Aus all diesen Gründen will Premier Wilfried Martens vom Parlament daher erneut bis Mitte 1987 Sondervollmachten haben. Sie sollen gewährleisten, was erst ein ehrgeiziges Regierungsprogramm realisieren kann und ihm erheblichen Handlungsspielraum einräumen – wirtschafts- und sicherheitspolitisch.

Weitere Proteste beim Osloer Nobel-Komitee

DW. Bonn

Die Forderung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, den Friedensnobelpreis nicht an den sowjetischen Mediziner Jewgeni Tschasow zu übergeben, wird auch von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und von CSU-Chef Franz Josef Strauß unterstützt. Beide unterzeichneten ein entsprechendes Schreiben der Vorsitzenden und Präsidenten der Christlich-Demokratischen Parteien in der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) an das norwegische Nobelpreiskomitee. Tschasow ist gemeinsam mit dem Amerikaner Bernard Lown Vorsitzender der „Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges", der der Friedensnobelpreis am 10. Dezember in Oslo überreicht werden soll.

In dem von der CDU in Bonn veröffentlichten Brief begründen die europäischen Christdemokraten ihre Forderung, Tschasow den Preis nicht zu überreichen, damit, daß er 1973 mit 24 anderen Mitgliedern der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR einen Brief gegen sowjetischen Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow unterschrieben habe. Der Brief sei „zweifellos ... der Auftakt zu einer Kampagne gegen Sacharow" gewesen, die zu dessen Verbannung nach Gorki geführt habe. Es sei nicht zu rechtfertigen, Tschasow am Tag der Menschenrechte feierlich zu ehren.

Außer von Kohl war der Brief unterzeichnet worden vom Präsidenten der Europäischen Volkspartei (EVP) Piet Bukman, der zugleich Vorsitzender der niederländischen Christlichen Demokraten ist, vom Präsidenten der spanischen Demokratischen Volkspartei Oscar Alzaga, dem Präsidenten der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz, Flavio Cotti, von den beiden belgischen Parteichefs Gerard Deprez von der Christlich-Sozialen Partei und Frank Swaelen von der Christlichen Volkspartei. Weitere Unterzeichner waren der Vorsitzende der österreichischen Volkspartei Alois Mock, der Präsident der griechischen Nea Demokratia, Konstantin Mitsotakis, der Präsident der italienischen Democrazia Cristiana, Flaminio Piccoli.

Dokumentation aus dem Bericht von Wohnungsbauminister Oscar Schneider an Bundeskanzler Helmut Kohl zur „Neuen Heimat"

Unüberbrückbar: Anspruch und Wirklichkeit

Der Bericht von Wohnungsbauminister Oscar Schneider an Bundeskanzler Helmut Kohl zur Situation der „Neuen Heimat" und zu deren Wohnungsverkäufen schließt mit einer „Gemeinnützigkeitsrechtlichen Beurteilung", mit einer „Kommunalrechtlichen Beurteilung" und mit einer „Zusammenfassenden Beurteilung" der Vorgänge bei der „Neuen Heimat". Die WELT dokumentiert diese Abschnitte:

Die steuerlichen und sonstigen Vorteile, die gemeinnützigen Unternehmen gewährt werden, sollen sich in niedrigeren Mieten und besonders sicheren Mietverhältnissen zugunsten der Mieter und zur sozialpolitischen Entlastung der öffentlichen Hände niederschlagen. Die geltenden Regelungen setzen voraus, daß die Unternehmen diesen Auftrag erfüllen. Die Regelungen reichen aber nicht aus, äquivalente Gegenleistungen der gemeinnützigen Unternehmen zu erzwingen. Bei der NH kann über die Ausschüttungsbegrenzung und über die Vorschrift, nur zu angemessenen Preisen (Verkehrswerte) zu veräußern, nicht sichergestellt werden, daß das Vermögen zum Zwecke der Mietsenkung bzw. Qualitätsverbesserung eingesetzt wird. Der grundsätzlich zulässige Verkauf von Wohnungen zum Verkehrswert führt zwar noch nicht zu Nachteilen für die Mieter insgesamt, weil die erzielten Gewinne für den Neubau, die Modernisierung und Instandhaltung eingesetzt werden können. Bei der NH kommen die Veräußerungsgewinne jedoch nicht erneut den Mietern zugute, sondern sie verschwinden im Liquiditäts- und Verlustloch der Gesellschaft. Die Vermögensbildung, der Stiftungscharakter, wird für die Mieter und für die Allgemeinheit wertlos, weil die Kostenstelle bei der NH außer Kontrolle geraten ist. Das Handeln der NH geht zu Lasten der Mieter und verstößt gegen alle gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Grundsätze.

„Kommunalrechtliche Beurteilung":

Aus kommunalrechtlicher Sicht ist es Gemeinden nicht verwehrt, zur Veräußerung anstehende Wohnungen zu erwerben. Jede zusätzliche unmittelbare oder mittelbare finanzielle Förderung des Veräußerers – so etwa durch über die Verkehrswerte hinausgehende Kaufpreise – stößt ebenso auf Bedenken wie die Vereinbarung von Entgelten ohne entsprechende Gegenleistung (zum Beispiel Vermittlungsprovisionen, Gewinnentschädigungen). Eine solche Förderung wäre mit den Grundsätzen sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung nicht vereinbar und dürfte überdies auch nicht als kommunale Aufgabe anzusehen sein.

Der Erwerb von Wohnungen durch Gemeinden oder kommunale Wohnungsunternehmen trägt zu einer Beruhigung der Mieter bei und sichert die gemeinnützigkeitsrechtliche Kostenmietbindung. Gleichzeitig müssen aber die Investitionen, vor allem im Neubaubereich und für städtebauliche Sanierungen, sowie die notwendigen Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den vorhandenen Beständen auf Jahre hinaus drastisch eingeschränkt werden; denn der Erwerb der größtenteils mit Mitteln öffentlicher Haushalte geförderten Wohnungen würde die kommunalen Haushalte erneut belasten.

Die steuerzahlenden Bürger würden letztlich zur Sanierung der NH herangezogen werden. Der NH würde außerdem erleichtert, auf den örtlichen Wohnungsteilmärkten weitere Mietwohnungen zu veräußern, weil die von der Kommune übernommenen Wohnungen den Markt nicht unmittelbar belasten.

„Zusammenfassende Beurteilung der NH-Vorgänge":

Die Krise der gewerkschaftseigenen NH ist eine Krise der gemeinwirtschaftlichen Unternehmensaktivitäten der Gewerkschaften. Der als vorbildlich herausgestellte dritte Weg ‚zwischen privatkapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaft' ist durch co op und NH in einen nicht mehr überbrückbaren Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit geraten.

Nach den vom DGB-Bundesvorstand und Vertretern der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen beschlossenen Grundsätzen sollen diese Unternehmen

- **jedem Arbeitnehmer ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstverantwortung gewährleisten,**
- **den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern,**
- **Mißstände beseitigen,**
- **alle Daten offenlegen,**
- **beispielhaft sozial- und gesellschaftspolitische Forderungen der Gewerkschaften verwirklichen usw.**

Zusammengefaßt heißt der Anspruch: ‚Durch die von der Gemeinwirtschaft gesetzten Beispiele wird aufgezeigt, durch welche Strukturen und Verhaltensweisen die von den Gesellschaften angestrebte Ordnung geprägt sein soll.'

Die NH hat in grober Weise gegen diese gemeinwirtschaftlichen Grundsätze verstoßen. Sie hat nicht nur die Fundamente des sogenannten dritten Weges innerhalb unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erschüttert, sondern gleichzeitig die gemeinnützige Wohnungswirtschaft in Mißkredit gebracht.

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird in den gegenwärtigen Verkäufen nur zum Teil sichtbar; ein Ende der Probleme ist noch nicht in Sicht. Schwere Managementfehler, umfangreiche Spekulationen mit Grund und Boden und eine extrem hohe Zinsbelastung durch die nahezu vollständige Finanzierung mit Fremdkapital können noch auf Jahre hinaus negative Betriebsergebnisse in einer Größenordnung von mehreren hundert Millionen DM zur Folge haben.

Gesellschafter, Aufsichtsrat und Prüfer haben nicht oder völlig unzureichend und zu spät auf diese Fehlentwicklung bei der NH reagiert. Die verantwortlichen Aufsichtsratsmitglieder, unter anderen Ernst Breit (AR-Vorsitzender), Franz Steinkühler und Monika Wulf-Mathies, sind mit Ausnahme der Arbeitnehmervertreter ausschließlich prominente Gewerkschaftsführer.

Die prüfungsrechtlichen Regelungen sind nicht ausreichend. Die Aufsichtsbehörde kann nicht eingreifen, wenn Verluste auftreten, sondern nur wenn ein Verstoß gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz vorliegt.

Die aufgetretenen und noch zu erwartenden Verluste müssen von irgend jemand getragen werden. Dafür kommen

- **die Anteilseigner,**
- **die Gläubiger (zum Teil identisch mit den Anteilseignern) und deren Bürgen und**
- **die Mieter der NH in Betracht.**

Die Geschäftspolitik läuft darauf hinaus, die Anteilseigner und Gläubiger von (weiteren) Belastungen freizuhalten. Eine Sanierung durch den Verkauf von Wohnungen an nicht gemeinnützige Dritte geht zu Lasten der Mieter. Soweit die Mieten unterhalb der Vergleichsmiete liegen, können sie von nicht gemeinnützigen Erwerbern erhöht werden und zwar bei Sozialwohnungen nach Ablauf der Preisbindung, bei den bisher nur gemeinnützigkeitsrechtlich gebundenen Wohnungen sofort. Durch den Verkauf geht die gemeinnützigkeitsrechtliche Kostenmietbindung verloren.

Die durch Steuerbefreiung und öffentliche Förderung entstandenen Mietvorteile kommen nicht mehr den Wohnungsnutzern zugute, sondern werden für den Verlustausgleich und für die Kompensation unternehmerischer Fehlleistungen verwandt. Die Erwartung, daß die mit mehr als zehn Milliarden Mark an öffentlichen Mitteln geförderten Sozialwohnungen der NH dauerhaft der gemeinnützigkeitsrechtlichen Bindung unterliegen, ist zerstört worden. Hier liegt eine Schwäche des Wohnungsgemeinnützigskeitsgesetzes: Die als Äquivalent für die gewährten Steuervorteile zu erbringenden Leistungen sind nicht hinreichend normiert.

Offen bleibt, ob die hohen Verluste allein durch Wohnungsverkäufe aufgefangen werden können. Da zunächst die besseren und ertragbringenden Wohnungen verkauft werden, verschlechtert sich das Betriebsergebnis der folgenden Jahre. Die nachhaltigen Verluste der NH werden nur verringert, soweit die Wohnungen sich ohne gemeinnützigkeitsrechtliche Bindung besser verwerten lassen. Tatsächlich ist aber für viele Wohnungen am freien Markt keine wesentlich höhere Miete zu erzielen, als nach dem Kostenmietprinzip verlangt werden kann. Somit müssen nicht nur die Mieter, sondern vermutlich auch noch die Anteilseigner, die Gläubiger und deren Bürgen (in erster Linie die Länder, aber auch der Bund auf Grund von Rückbürgschaften an die Länder) mit zusätzlichen Belastungen rechnen. Das Ausschöpfen der Mietvorteile und das Aufgeben der Mietsicherheiten ist aber ein gravierender Verstoß gegen den Geist der Gemeinnützigkeit.

Ansinnen der NH, Verluste durch eine Sonderbehandlung zu verringern, wurde nicht entsprochen. Die NH bleibt den gleichen Bedingungen unterworfen, die auch für die anderen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gelten. Deshalb hat sich der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau außerstande gesehen, die gemeinnützigkeitsrechtlich unzulässigen Ergebnisabführungsverträge nachträglich durch Gesetzesänderung zu sanktionieren. Die Länderfinanzminister sind bisher nicht bereit gewesen, die bei einer Fusion des NH-Konzerns zu einer Einheitsgesellschaft in Höhe von mehreren 100 Millionen anfallende Grunderwerbsteuer zu erlassen.

Nicht zuletzt durch die marktwirtschaftliche Politik zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen sind Mietvorteile der NH-Wohnungen gegenüber freifinanzierten Wohnungen geschrumpft. Deshalb halten sich die wirtschaftlichen Folgen aus dem Verkauf von Wohnungen für den einzelnen Mieter in Grenzen. Hier wird die sozialpolitische Funktion eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes sichtbar. Die mietrechtlichen Bestimmungen verlangsamen das Ausschöpfen der noch bestehenden Mieterhöhungsspielräume und bieten dem Mieter einen sehr weitgehenden Schutz.

Dessenungeachtet wiegen die Verunsicherung der Mieter und der Vertrauensschaden schwer, weil die Mieter bei gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bisher davon ausgehen konnten, ein besonders sicheres Mietverhältnis zu haben.

Aus alledem sind hauptsächlich vier Folgerungen zu ziehen:

- Wenn die **Idee der Gemeinwirtschaft** nicht Schaden nehmen soll, müßten die Anteilseigner der NH sich ihrer sozialen und gesellschaftspolitischen Verantwortung stellen und die Verluste übernehmen – so wie es bei privatwirtschaftlichen Unternehmen unvermeidlich ist, wenn die Zahlungsunfähigkeit vermieden werden soll. Die En-bloc-Veräußerung der Wohnungen widerspricht allen gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen.
- **Der Gemeinnützigkeit** würde am ehesten der Verkauf einzelner Wohnungen an den jeweiligen Mieter entsprechen, weil dann der Mieter die Bedingungen für den Eigentumserwerb gegen die Vorteile einer Fortsetzung des Mietverhältnisses abwägen kann. Der Verkauf an den Mieter sichert diesem die durch die Gemeinnützigkeit erlangten Vorteile auf Dauer und trägt zur individuellen Vermögensbildung bei.
- Die sachliche Auseinandersetzung über eine **WGG-Reform** ist durch die NH-Vorfälle erschwert worden. Trotzdem müssen die eingeleiteten Arbeiten mit Besonnenheit fortgesetzt werden, weil das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz den gegenwärtigen und künftigen Anforderungen nicht gerecht wird. Dabei sind die Konsequenzen aus den NH-Vorgängen zu berücksichtigen.
- Durch **öffentliche Förderung** und Steuerprivilegien erzielte Vergünstigungen lassen sich nur schwer für die Mieter sichern, wenn die Vorteile an die Wohnung gebunden sind und sich in günstigeren Mieten niederschlagen sollen. Deshalb ist es wohnungspolitisch konsequent, die subjektiven Hilfen durch Wohngeldleistungen zu stärken und ein hohes Angebot an freifinanzierten Wohnungen zu ermöglichen. Bei einheitlichen Mieten verhindert der Wettbewerb alle Versuche, Verluste durch Mieterhöhungen und damit zu Lasten der Mieter auszugleichen."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Behinderte Helfer

„Wird Katastrophenschutz blockiert?"; WELT vom 12. November

Auf der Bundesvorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft der Regie-Einheiten des Katastrophenschutzes (Arkat) stellte Bundesvorsitzender Hans Kiebler, Ravensburg, fest, daß mit insgesamt 22 000 Katastrophenschutzhelfern in den vom Bund aufgestellten Einheiten und Einrichtungen sowie mit 20 000 Helferinnen und Helfern im friedensmäßigen Katastrophenschutz der Bundesrepublik die Regie-Einheiten die viertstärkste Kraft im gesamten Katastrophenschutz der Bundesrepublik sind.

Insbesonders wandten sich die Arkat-Vorstandsmitglieder gegen die Aushöhlung des Katastrophenschutzes durch die geplante Kürzung der Freistellungsquote um 7000 Helfer pro Jahr (Wörnerplan) und gegen die Pläne des CDU-Präsidiums im Rahmen der „Wehrgerechtigkeit", die Freistellungen für den Zivil- und Katastrophenschutz abzuschaffen und statt dessen die Plätze mit gedienten Reservisten zu besetzen. Die Streichung des Paragraph 13a – Wehrdienstgesetz – würde die „Landschaft des KatS in der Bundesrepublik grundlegend negativ verändern".

Gerade in den Regie-Einheiten (sie sind in ihrem Artikel vergessen) verrichten überwiegend freigestellte KatS-Angehörige ihren verantwortungsvollen Dienst. Bundesweit sind etwa 70 Prozent der Regiehelfer auf zehn Jahre Dienst im KatS verpflichtet und viele Althelfer sind aus ihren Reihen hervorgegangen. Besonders im Fernmelde- und Führungsdienst werden viele Einheiten und Einrichtungen in „Regie durch den Hauptverwaltungsbeamten (HVB)" geführt. Hier würden sich durch die Streichung des Paragraph 13a für die Führung im KatS schwerwiegende Folgen ergeben.

Uwe Larsen, Murrhardt 1

„Formelkram"?

„Wende-Schwung": WELT vom 27. November

Es hat mich peinlich berührt, daß Jochen Vogel in der Debatte im Bundestag wiederum die Position Rühes gegen Hupkas Auffassung ausspielen konnte, ohne daß Rühe in seiner ansonsten guten Rede eine Klarstellung vornahm. Ich bin besorgt darum, daß die Vertriebenen bei der nächsten Wahl Abstinenz üben könnten.

Obwohl ich zu denen gehöre, die sich wegen der im deutschen Namen – insbesondere an Juden, Polen und Russen – begangenen Verbrechen zur Kollektivscham im Sinne von Theodor Heuss bekennen, sehe ich mich außerstande, deswegen die Grundsätze des Völkerrechts als bedeutungslos anzusehen, wenn es um lebenswichtige Interessen der eigenen Nation geht. Denn entweder achtet man das Recht auf allen Ebenen, oder man behandelt es je nach politischer Opportunität geringschätzig und begibt sich damit auf das Niveau eines Willy Brandt, der in diesem Zusammenhang von „Formelkram" sprach.

Wenn Herr Rühe in seiner letzten Bundestagsrede am 26. November sinngemäß zum Ausdruck gebracht hat, man solle doch die „Diskussionen von gestern" vergessen und statt dessen an der positiven Gestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses arbeiten, stellt sich die Frage, ob er damit die Brandtsche „Formelkram"-Position zu übernehmen oder sogar darüber hinauszugehen gedenkt! Wir haben uns im Warschauer Vertrag zum Gewaltverzicht sowie zur Respektierung des Status quo verpflichtet und unmißverständlich klargestellt, daß es sich dabei nicht um eine völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie handelt.

Niemand will die Polen aus den Gebieten, die nach dem Völkerrecht lediglich unter polnischer Verwaltung stehen, wieder vertreiben. Aber wenn die Polen Wert darauf legen, einen Rechtstitel zu erhalten, müssen sie warten, bis das ganze deutsche Volk in freier Entscheidung – etwa als Gegenleistung für eine Wiedervereinigung der beiden heute existierenden Staaten – (was ja durchaus vorher in beiden Teilen Deutschlands zur Abstimmung gestellt werden könnte) und im Rahmen eines Friedensvertrages darüber befindet.

Edgar Hügel, Grefrath 1

Gelegenheit

„Der Neid und ein Volley der SPD gegen Boris Becker"; WELT vom 24. November

Anstatt sich als Neidhammel vom Dienst gegen unser jugendliches Tennisidol Boris Becker zu profilieren, sollte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Spöri zusammen mit seinen Parteigenossen beim DGB um die katastrophale Mißwirtschaft der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat kümmern. Hier hat er doch reichlich Gelegenheit zu klären, wohin die 10 Milliarden Steuergelder, welche der Staat den Genossen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt hat, hingeflossen sind. Um die Neue Heimat durch die unglaubliche Mißwirtschaft und die dubiosen Spekulationsgeschäfte vor der Pleite zu retten, verkaufen die Genossen wie Fallobst die Mieter samt ihrer Wohnungen zu Schleuderpreisen und sanieren sich somit brutal und rücksichtslos auf dem Rücken der einkommensschwachen Schichten. Das nannte man früher Sklavenhandel.

W. Schmitz, Köln 60

Wort des Tages

„Es ist nicht genug zu wissen, man muß auch anwenden; es ist nicht genug zu wollen, man muß auch tun."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Personalien

EHRUNGEN

Mit der Thomas-Dehler-Medaille in Gold wurde der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft, **Otto Graf Lambsdorff**, ausgezeichnet. Der Landesverband Bayern der Freien Demokratischen Partei will damit „in Erinnerung an das Vorbild **Thomas Dehler** einen Politiker würdigen, der die Idee von Freiheit und Selbstverantwortung klar und unerschrocken lehrt und lebt." Vor der Verleihung durch den Landesvorsitzenden **Manfred Brunner** im Münchner Rathaus würdigte der Bundesvorsitzende der FDP, **Martin Bangemann**, die Verdienste seines Amtsvorgängers.

*

Der zum 150jährigen Bestehen des Hauses Bertelsmann gestiftete C.-Bertelsmann-Literaturpreis ist erstmals vergeben worden. Die Jury des mit insgesamt 50 000 Mark dotierten Preises, der die Arbeit an literarischen Werken in deutscher Sprache fördern will, konnte sich angesichts der 1178 geprüften Manuskripte allerdings nicht auf drei Preisträger mit der vorgesehenen Staffelung der Dotation einigen. Sie vergab fünf mit jeweils 10 000 Mark ausgestattete Auszeichnungen an die Autoren **Walter Fölske** (Köln), **Peter Groß** (Mainz), **Clandia Guderian** (Gießen), **Norbert Stöbe** (Aachen) und **Selma Urfer** (München).

*

Die mit je 24 000 Mark dotierten Märkischen Stipendien für Musik, Literatur und bildende Kunst sind in Lüdenscheid an den Komponisten **Martin Herchenröder** (Iserlohn), den Lyriker **Ralf Rothmann** (Berlin) sowie an **Gerhard Scharnhorst** (Braunschweig) vergeben worden. Das jährlich von der Märkischen Kulturkonferenz im Sauerland verliehene Stipendium, mit dem sowohl der künstlerische Nachwuchs als auch bereits arrivierte Künstler gefördert werden, ist einer der höchstdotierten Kulturpreise in der Bundesrepublik. Der 24jährige Herchenröder studiert seit 1982 an der Musikhochschule in Köln Orgel und Komposition. Der 32jährige Rothmann arbeitete als Maurer, Krankenpfleger und Koch, bevor er 1984 seinen ersten Lyrikband unter dem Titel „Kratzer" herausbrachte. Der 36 Jahre alte Scharnhorst studierte bildende Kunst in Hannover und Braunschweig.

*

Die höchste Auszeichnung der Gesellschaft Deutscher Lichtbildner e. V. (GDL), die David-Octavius-Hill-Medaille für hervorragende fotografische Bildleistungen, geht an den britischen Künstlerfotografen **John Hillard**. Die Auszeichnung, die in unregelmäßiger Folge verliehen wird, besteht aus einer von Professor **Theo Siegle** gestalteten Bronzeplakette, die vorderseitig ein stilisiertes Porträt von David Octavius Hill zeigt und rückseitig den Namen des Preisträgers und das Datum der Verleihung trägt.



Die sprichwörtlich tüchtigen Deutschen halten einen Negativ-Rekord, der mehr ihre Nachbarn als sie selber zu erschrecken scheint: Seit 1974 meldet die Bundesrepublik die niedrigsten Geburtenraten der Welt. Bis zum Jahr 2030, so die Prognosen, wird sie 20 Millionen Menschen weniger zählen. Der Einbruch in die genetische Substanz übertrifft schon jetzt die Auswirkungen der beiden Weltkriege bei weitem, und er wird für das Leben unserer Kinder und Enkel tiefgreifende, ja: katastrophenhafte Folgen haben – beispielsweise für den Arbeitsmarkt wie für die Alterssicherung, für das Bildungswesen wie für die Bodenpreise oder die Verteidigung. Sogar eine neue Völkerwanderung, hungernde Massen aus Afrika und Asien, gilt nach den neuesten Hochrechnungen der UNO als durchaus möglich. Denn das hat es in der Geschichte bisher noch nicht gegeben: daß fruchtbare Böden in gemäßigten Klimazonen auf Dauer menschenleer geblieben wären.

Es bleibt dabei: Die Deutschen sind eine schrumpfende Nation

Von HORST STEIN

Es ist, als hätten die Deutschen auf ihrem Weg durch die Düsternisse dieses Jahrhunderts alle Vitalität verbraucht; es scheint, als wäre ihnen die Last der vielen Prüfungen – Niederlage, Okkupation, Teilung, Vertreibung und die Kraftanstrengung schließlich zur Bewältigung von Wiederaufbau und Wertewandel – am Ende doch zu schwer geworden. Denn derlei geht ja an die Ressourcen, das kostet Substanz.

Anstatt nämlich stolz zu sein, daß sie auf den Trümmern der historischen Katastrophe so rasch eine neue, florierende Ordnung errichtet hatten, verfielen die Deutschen der Bundesrepublik – und von ihnen soll hier vornehmlich die Rede sein – offenkundig einer Art von kollektivem Pessimismus. So jedenfalls deuten es Bevölkerungswissenschaftler und Soziologen, daß seit dem Anfang der siebziger Jahre mehr und mehr Bürger Fortpflanzung und Elternschaft verweigern.

Für Briten oder Franzosen vollkommen unverständlich. Da hatten doch diese Deutschen eben, soweit es mit ihren Mitteln möglich war, die Vergangenheit bewältigt, da fingen sie an, sich von der Zukunft abzuwenden; als hieße die Maxime dieser gemeinsamen Flucht aus der Geschichte: Wenn schon nicht unsichtbar, dann wenigstens so klein wie möglich. Genauere Beobachter der Bundesrepublik freilich kennen die Art. Es ist die Weise, in der Polit-Pygmäen ihre Nischen zimmern. Ein internationaler Psychologen-Kongreß hat dazu angemerkt, es müsse sich um eine deutsche Neurose handeln.

Die Zahlen sprechen eine so deutliche Sprache, daß man die Negativ-Entwicklung nur dramatisch nennen kann.

200 000 Babys müßten jährlich zusätzlich geboren werden, allein um die Zahl der Deutschen in der Bundesrepublik – gegenwärtig 56,6 Millionen zu etwa 4,4 Millionen Ausländern – auch nur annähernd zu halten. Doch niemand vermag zu sehen, wie eine solche Wende erreicht werden könnte. Und schlimmer noch: Es ist nirgendwo ein politischer Wille sichtbar, dieses Ziel wenigstens anzustreben, außerhalb des engen Zirkels der Fachwissenschaft eine Methoden-Diskussion in Gang zu setzen und Problembewußtsein zu schaffen.

Dabei dauert der Trend, der uns seit 1972 nur noch Negativ-Zuwächse beschert, ungebrochen an. Er hat sogar eine zusätzliche Verstärkung erfahren, weil die Bundesbürger nicht nur immer weniger Kinder kriegen, sondern auch seltener und später heiraten. Verglichen mit den fruchtbaren mittsechziger Jahren werden Mitte dieser achtziger sogar 500 000 Kinder weniger geboren. Das heißt hochgerechnet, daß die Bundesrepublik seit 1965 auf neun Millionen Kinder verzichtet hat – zum größten Teil, weil gar nicht erst gezeugt, mit der Pille verhindert (der berühmte „Knick"), zu einem anderen, weil abgetrieben. Sind wir als Volk drauf und dran, uns von der Landkarte Europas zu knicken?

Wenn seit 1965 jedes zweite deutsche Kind an einer geheimnisvollen Epidemie gestorben wäre: welche Tragödie! So aber, so merkt der Mainzer Landtagspräsident Heinz Peter Volkert bitter in einer Alarmschrift an, „hat kaum jemand das Gefühl, daß auch dies eine ganz reale nationale Katastrophe ist". Nun haben Völker zwar, nicht nur ihre Regierungen, immer schon Probleme beim rechten Umgang mit Katastrophen gehabt – Stalingrad wird, sozusagen, überall negiert. Doch das Un-Verhältnis, das hierzulande Regierungen wie Parteien, die Medien wie die breite Öffentlichkeit gegenüber dieser lautlosen demographischen Revolution entwickelt haben, dies hallende Schweigen, das sie vernehmen lassen, das findet man ähnlich nirgendwo auf dieser Erde mehr.

Es ließe sich an dem Lärm messen, der um die Bums-Bazille Aids geschlagen wird, aber auch am bereitwillig finanzierten Aufwand propagandistisch-didaktischer Mittel, um die Zahl der Verkehrstoten zu reduzieren. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg; wer freilich um das Ziel nicht weiß, kann auch den Weg nicht finden.

Kurz: Die Lage ist ernst, und sie scheint hoffnungslos. Auch wenn sich die Bevölkerungswissenschaft außerstande zeigt, genaue Zahlen über den Ist-Zustand in fünfzehn, fünfundzwanzig oder 45 Jahren zu produzieren, so sind doch ihre Prognosen in bezug auf Entwicklungsrichtung und Größenordnungen von hoher Zuverlässigkeit. Die Demographen operieren bei ihren Modellrechnungen zwar mit verschiedenen Grundannahmen, aber sie gehen auch von meßbaren Gegebenheiten aus. Neun Millionen Kinder, zum Beispiel, die nicht geboren worden sind, fehlen in der Generationenfolge. Und jene, die während des Booms Mitte der Sechziger zur Welt kamen, die jetzt Studien- und Arbeitsplätze brauchen, kommen um das Jahr 2030 ins Rentenalter. Wer soll, wer kann dann ihre Rente zahlen? Für die Statistiker ein bloßes Rechenexempel, für die Betroffenen Schicksal.

Schon im Jahr 2000, also in nur 15 Jahren, das ist etwas mehr als die Zeit, die ein Volksschüler, ein Abc-Schütze bis zum Abitur benötigt, wird ein Arbeitnehmer einen nichtarbeitenden Jugendlichen oder Rentner zu unterhalten haben.

Der Streit um die Grundrente, personalisiert in Politikern wie Blüm oder Biedenkopf, wird uns folglich noch eine Weile erhalten bleiben. Und er wird von der Demographie entschieden. Die aber weiß jetzt schon, daß im Jahre 2030, in eben der Zeitspanne, die uns Heutige vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges trennt, jeder Werktätige sogar für zwei andere wird arbeiten müssen. Rechnerisch heißt nämlich die Alternative nur: Verdoppelung der Rentenbeiträge oder Halbierung der Renten. Denn selbst die Modellrechnung der Bevölkerungsprognostiker mit dem positivsten Grundansatz kommt für das Jahr 2030 nur auf eine Gesamtzahl von 43,4 Millionen Bundesdeutschen. Und auch das setzt bereits familien- und geburtenfreundliche Rahmenbedingungen voraus. Bei ihrem Modell mit den negativsten Grundannahmen wird die Zahl der jetzt 56,6 Millionen Bundesbürger sogar auf 33,7 Millionen heruntergeschrumpft sein, die der hier lebenden Ausländer dagegen von 4,4 auf etwa sieben Millionen gestiegen.

Orientierungsdatum der Prognostiker ist die zu erwartende Kinderzahl; sie nennen es „Fruchtbarkeit" und haben dafür als Meßzahl eine „Nettoreproduktionsziffer" entwikkelt. Sie nennt ihnen die Abweichung von der reinen Bestandserhaltung, an der sich eben auch ablesen läßt, inwieweit die Zahl der Geborenen ausreicht, um die Elterngeneration zu ersetzen. Dies ist der Fall, wenn etwas mehr als zwei Kinder (genau: 2,3) je Familie geboren werden: zwei, um Vater und Mutter zu ersetzen, und 0,3, um Sterbefälle und Fälle von Kinderlosigkeit in der jeweiligen Generation auszugleichen. Für diese 2,3-Kinder-Quote, die die Volkszahl stabil erhält, steht in den Rechnungen der Bevölkerungsstatistiker als „Nettoreproduktionsziffer" 1,0.

Wenn nun, wie in der Bundesrepublik, diese Ziffer seit Jahren bei 0,65 liegt, so besagt das, daß die Zahl der geborenen Babys ein Drittel unter der Quote liegt, die man zum Ausgleich der natürlichen Verluste brauchte. Die Frage ist nun für eine Prognose, ob diese defizitäre Nettoreproduktion in unverändertem Ausmaß erhalten bleibt.

Josef Schmid, Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bamberg („Bevölkerungsveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland"), erläutert die drei wichtigsten Modellrechnungen:

Modell I schreibt den bestehenden defizitären Geburtentrend der Jahre 1976/78 mit einer Nettoreproduktionsrate (von 0,627) fort, die um ein Drittel unter dem Ersatzniveau (= 1,0) zu liegen kommt. Danach wird es im Jahre 2030 nur 38 Millionen Deutsche geben.

Modell II nimmt ein weiteres Absinken der Geburtenwerte bis 1990 auf die Hälfte des Ersatzniveaus an (Nettoreproduktion = 0,5), um dann konstant zu bleiben. Die Deutschen schrumpfen nach diesem Modell bis zum Jahre 2030 auf 34 Millionen zusammen.

Modell III: Die Nettoreproduktion steigt an, nähert sich bis 1990 mit einer Rate von 0,8 dem Ersatzniveau und bleibt dann konstant. Die Abmagerung der Bevölkerungspyramide ginge hier weniger dramatisch vonstatten: Die Deutschen brächten es unter diesem gemilderten Abnahmemodus im Jahre 2030 noch auf 43,4 Millionen.

„Realistisch ist Modell I", schreibt Schmid, „was die letzten Jahre rechtfertigen. Ein weiteres Absinken (Modell II) ist denkbar, wenn die künftigen Ehejahrgänge in ihrem generativen Verhalten insgesamt noch weniger an Nachwuchs interessiert sein sollten als die derzeitigen. Modell III dagegen kann nur das Ergebnis einer gezielten Familienpolitik beziehungsweise Geburtenförderung sein oder gar eines plötzlichen Sinnes- und Wertewandels, der trotz allgemein steigender ‚Besinnung auf echte Lebenswerte' auf diesem Gebiet noch nicht hält, was er verspricht."

Morgen in der WELT:
Die Alterspyramide

Deutsche Lebenskurve
Lebendgeborene auf 1000 Einwohner
(seit 1946 Bundesrepublik Deutschland)
1. Weltkrieg
Inflation
Wirtschaftskrise
2. Weltkrieg
Babyboom | Pillenknick
30 20 10 0
1900 05 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80 84
DIE WELT

Die Pille setzte dem vorübergehenden Baby-Boom ein Ende. Seit 1974 meldet die Bundesrepublik die niedrigsten Geburtenraten der Welt.

Surinams Revolutionär verspricht Demokratie

Bouterse lockert Bande zu Kuba / Parteien wieder zugelassen

WERNER THOMAS, Miami

„Es gibt weder Sieger noch Besiegte", verkündete Desi Bouterse. „Wenn aber jemand gewonnen hat, dann ist das die Nation Surinam." 30 000 Menschen applaudierten. Auch die auf der Tribüne versammelten Politiker klatschten Beifall. In dem kleinsten südamerikanischen Staat (400 000 Einwohner, 163 265 Quadratkilometer) soll nach fünf turbulenten Jahren eine „neue Ära beginnen" – so der Oppositionspolitiker Jaggernath Lachmon. Eine Ära der Demokratie und der Versöhnung.

Bei einer Kundgebung zum zehnten Jahrestag der Unabhängigkeit von Holland überraschte Militärdiktator Bouterse die Bevölkerung mit Demokratisierungsplänen: Die bisher verbotenen Parteien dürfen wieder Aktivitäten entfalten. Der Formulierung einer Verfassung sollen Wahlen für eine Abgeordnetenkammer folgen. Bouterse erweiterte den von ihm präsidierten Regierungsrat auf 13 Mitglieder. Neben Lachmon wurden zwei andere Parteiführer in dieses Gremium aufgenommen, der ehemalige Premier Henck Arron und Willy Soemita.

Diplomatische Beobachter in der Hauptstadt Paramaribo sind jedoch nicht sicher, ob Desi Bouterse tatsächlich bereit ist, echte demokratische Verhältnisse zu schaffen. Bouterse, 40, Sohn eines schwarzen Surinamesen und einer Indianerin, hatte am 25. Februar 1980 mit einem Dutzend Unteroffizieren die Regierung Henck Arrons gestürzt. Er war damals ein obskurer Feldwebel, an den sich lediglich die sportlich interessierten Leser der Zeitungen als früheren Marathonmeister des Landes erinnerten.

Das einst friedliche, fast schon verschlafen wirkende Land entwickelte sich unter der Herrschaft des jungen Mannes zu einer Konfliktnation. Zwischen 1980 und 1983 wechselten vier Regierungen, und Bouterse überstand sechs Putschversuche. Während der unsichere Diktator Kontakte zu den Kubanern knüpfte und marxistisches Vokabular verbreitete, wuchs der Widerstand gegen das totalitäre System. Eine Serie von Streikaktionen und Demonstrationen erschütterte die „Revolutionsregierung". Im November 1982 forderten einige der angesehensten Bürger in einem Brief an Bouterse einen „konstruktiven Dialog" mit dem Ziel einer Rückkehr zur Demokratie.

Es folgten Ereignisse, deren Schockwirkung bis heute anhält: In der Nacht zum 8. Dezember wurden die 15 einflußreichsten Oppositionsführer von den Sicherheitskräften in die Fort-Zeelandia-Festung verschleppt, gefoltert und hingerichtet. Unter den Opfern befanden sich der Gewerkschafts-Chef Cyrill Daal und Kenneth Goncalves, der Präsident der nationalen Anwaltskammer. Ein amerikanischer Diplomat sagte damals: „Das ist etwa so, wie wenn in den USA 10 000 der prominentesten Leute ermordet würden." Gerüchte kursierten, daß Bouterse persönlich an den Exekutionen beteiligt war. Er ließ mitteilen, die Oppositionsführer seien auf der Flucht erschossen worden. Kein Mensch glaubte es.

Zu diesem Zeitpunkt stand der Diktator bereits unter starkem Einfluß der Kubaner. Fidel Castro hatte im September 1982 José Osvaldo Cardenas als ersten Botschafter nach Paramaribo entsandt, den Direktor der Abteilung Karibik und Mittelamerika im Amerika-Büro der kubanischen KP. Westliche Beobachter schätzten die Zahl der kubanischen Entwicklungshelfer, unter ihnen Militärberater, auf 400 Mann. Eine Atmosphäre der Furcht grassierte. Die Mittelklasse floh in Scharen. Die holländische Regierung stoppte die jährliche Wirtschaftshilfe von mehr als 100 Millionen Dollar.

Als amerikanische Marineinfanteristen im Oktober 1983 die marxistischen Diktatoren auf der karibischen Insel Grenada vertrieben, bekam Surinams Führer Angst vor einem ähnlichen Schicksal. Er schickte Hunderte Kubaner nach Hause, auch Botschafter Cardenas. Obgleich nie ein offener Bruch erfolgte, blieb das Verhältnis der beiden Staaten bis heute eher kühl. Einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung hatten die Brasilianer, die sich plötzlich in ihrem nordöstlichen Nachbarland tatkräftig engagierten. Sie gewähren eine großzügige Wirtschafts- und Militärhilfe.

Die meisten Bürger Surinams beurteilen die jüngsten Ereignisse hoffnungsvoll. Der begeisterte Beifall bei der Kundgebung vor wenigen Tagen signalisiert eine Stimmung des Aufatmens. „Wir haben alle eingesehen, daß uns die Konfrontation nicht weiterbringt", sagt Lachmon. (SAD)

Die Devise in Bangkok: Stabilität um jeden Preis

Auch drei Monate nach dem Putsch immer noch Fragen

PETER ISELI, Bangkok

Nach einigen heftigen, wie ein Spuk anmutenden Feuerduellen zwischen Aufständischen und regierungstreuen Einheiten kehrte Bangkok Anfang September wieder zur Tagesordnung zurück. Der Putschversuch ehemaliger Generäle und sogenannter Jungtürken war zusammengebrochen. Es war ein blutiger Spuk: Mindestens fünf Menschen – unter ihnen zwei ausländische Journalisten – wurden getötet und mehr als 60 weitere verletzt.

Trotz des raschen Endes blieben Fragen offen – bis heute. Im Brennpunkt des Interesses stehen neben dem Prozeß gegen einige Putschführer um den ehemaligen Ministerpräsidenten Kriangsak Chomanand die Umstrukturierungen im Oberkommando der Streitkräfte und im Sicherheitsdispositiv der Hauptstadt. Sie könnten für die Weiterentwicklung der Demokratie in Thailand bedeutende Folgen haben. In zwei Jahren sollen nach Angaben aus zuverlässigen militärischen Kreisen die Funktionen des Oberbefehlshabers der Streitkräfte und seiner drei Stellvertreter abgeschafft werden. Wie in den USA würde dann der Regierungschef von Amts wegen auch oberster militärischer Kommandant, der Stabschef der Gesamtstreitkräfte ranghöchster Offizier. Ministerpräsident Prem Tinsulanonda – selbst ein ehemaliger Oberbefehlshaber – ist heute auch Verteidigungsminister.

Der heutige Oberbefehlshaber General Arthit hätte im Oktober dieses Jahres mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten sollen. Prem verlängerte seine Amtszeit um vorläufig ein Jahr. Die beiden aussichtsreichsten Nachfolgeanwärter haben noch zwei bis drei Dienstjahre zu wenig. Generalleutnant Pichitr ist erst seit Oktober 1984 Kommandant der zentralen und damit auch innenpolitisch wichtigsten ersten von vier Armeeregionen. Der 53jährige machte sich bei den Queens Cobras in Vietnam und bei der Bekämpfung der kommunistischen Guerrilla im Nordosten des Landes einen Namen. Pichitr wird oft als Anwärter für das Armeeoberkommando genannt.

Der gleichaltrige Chaovalit war während seiner ganzen militärischen Laufbahn Stabsoffizier. Als Stabschef der Armee war der als feinsinnig, intelligent und demokratisch beschriebene Generalleutnant mit der anerkannten Fähigkeit, Kompromisse herbeizuführen, die herausragende Figur bei der Bekämpfung des Putschversuchs. Der normale Beförderungsweg Chaovalits führt zum Stabschef der Streitkräfte, dem künftigen zentralen Posten, falls die Reform wirklich kommt.

Während die erneute Beteiligung der sogenannten Jungtürken um den ehemaligen Obersten Manoon – sie hatten bereits im April 1981 erfolglos versucht, die Regierung Prem zu stürzen – nicht überraschte, reagierten viele ungläubig und schockiert auf die Verhaftung des ehemaligen Ministerpräsidenten Kriangsak. Kriangsak bestreitet zwar nach wie vor jede aktive Beteiligung. Der 68jährige Führer einer der Regierungsparteien war 1977 selbst durch einen Putsch an die Macht gekommen. Zwei Jahre später „putschte" er gegen seine eigene Regierung und trat zugunsten Prems zurück. Genaue Auskunft könnte nur einer geben: der Anführer der Jungtürken, Oberst Manoon. Aber der konnte fliehen.

Die Regierung scheint mit energischem Durchgreifen zeigen zu wollen, daß in Thailand die Zeit der allzuleichten Machtwechsel endgültig vorbei ist. Die Kräfte, die auf einem möglichst reibungslosen Übergang zu einer Art parlamentarischen Demokratie hinarbeiten, haben in den letzten sechs Jahren zu sehr an Boden gewonnen, als daß man jetzt ein Zurück in die unruhigen siebziger Jahre noch zulassen könnte oder wollte.

Die jetzige Konstellation soll bis zu den nächsten Parlamentswahlen 1987 beibehalten werden. Die sanfte, kompromißbereite Hand Prems hat das Land sechs Jahre geprägt. Nun will er selbst bestimmen, wann er genug hat und von der Bühne abtritt. Das Bestreben der zivilen Regierung um Ruhe im Lande – nicht zuletzt mit Blick auf die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit Thailands im Ausland – trifft sich mit der Sorge der Militärs, eine unsichere Lage im Inneren schwäche das Land gegen außen, vor allem gegenüber der Vormachtstellung Vietnams in Indochina. Stabilität um jeden Preis birgt allerdings auch Gefahren: Der Deckel kann nur dann auf Dauer auf dem brodelnden Topf gehalten werden, wenn die Temperatur gesenkt, das heißt, innere Spannungen beseitigt werden.

In der Affäre DAL zielt die SPD auf Minister Wagner

Mißtrauensvotum? / Belastung für den Landeshaushalt?

JOACHIM NEANDER, Mainz

In Mainz wächst der öffentliche politische Druck auf die Landesregierung im Zusammenhang mit der Affäre um die Deutsche Anlagen Leasing (DAL) und ihre Auswirkungen auf die Landesbank Rheinland-Pfalz. Für die nächsten Wochen rechnet man in der Landeshauptstadt mit einer regelrechten Kampagne der SPD-Opposition mit dem Ziel, Finanzminister Carl-Ludwig Wagner (CDU) als Mitverantwortlichen zum Rücktritt zu zwingen.

Bisher gab es nur unmißverständliche Warnungen, wenn etwa Oppositionsführer Rudolf Scharping (SPD) immer wieder fragt, wann endlich das Problem der politischen Verantwortlichkeit für das „Desaster" beantwortet werde. Doch den Andeutungen führender Sozialdemokraten kann man entnehmen, daß in absehbarer Zeit auch mit förmlichen Schritten gegen Wagner, beispielsweise auch einem Mißtrauensantrag, zu rechnen ist.

Forderung unerfüllbar

In der Tat hat sich die Situation um die DAL-Misere auch politisch zugespitzt. Die Politiker haben begriffen, daß ihre zunächst einhellig vorgetragene Forderung, es müsse endlich absolute Klarheit über die Höhe der Verluste geschaffen werden, gar nicht erfüllbar ist. Die unzähligen Risiken, die die unternehmungslustig-leichtsinnige frühere Geschäftsführung der DAL eingegangen ist, müßten Jahr für Jahr neu bewertet werden. Niemand kann voraussagen, wie die Lage in ein paar Jahren sein wird. Das hängt unter anderem auch von der konjunkturellen Entwicklung im In- und Ausland, aber auch von politischen Ereignissen in Unruhegebieten oder steuerrechtlichen Veränderungen ab.

Ein Damoklesschwert schwebt also für die nächste Zeit über der Landesbank und indirekt auch über dem Landeshaushalt, der durch den auf das Land entfallenden zusätzlichen Kapitalbedarf der Bank in Höhe von 200 Millionen Mark zum ersten Mal nicht nur indirekt (durch den Wegfall der Dividende), sondern unmmittelbar belastet wird.

Die bisher auf die Landesbank Rheinland-Pfalz entfallenden DAL-Verluste in Höhe von 472 Millionen Mark hatte die gut verdienende Landesbank noch allein tragen können. Die jetzt erforderlichen zusätzlichen 200 Millionen Mark (plus ebensoviel von den Sparkassen) sollen nach realistischer Einschätzung die voraussehbaren Risiken der Zukunft abdecken. Garantien aber kann niemand abgeben. Manche Verträge laufen bis ins Jahr 2020.

Hinzu kommt bei der angestrebten Kapitalaufstockung, daß man endlich Ruhe schaffen will, un die Mainzer Landesbank auch gegen möglicherweise noch drohenden zusätzlichen Abschreibungsbedarf in Sachen DAL wappnen will. Die übrigen bei DAL beteiligten Landesbanken werden ihre Gewährträger nicht zur Kasse bitten. Die WestLB (Quote 30 Prozent) verkraftet die Belastung aus ihrem Betriebsgewinn (bei dem viel größeren Institut rund 1 Mrd. DM), die Bayerische Landesbank, ebenfalls wie die Hessische (mit jeweils 16,7 Prozent beteiligt) und die Dresdner Bank (10 Prozent).

Wieweit ist Finanzminister Carl-Ludwig Wagner als Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank für diese Entwicklung politisch mitverantwortlich? Ein Sachverständigengutachten hat ihm vor Monaten bescheinigt, eine solche Verantwortlichkeit sei „nicht erkennbar", da die Aufsichtsorgane der Landesbank nicht informiert worden seien. Dies hatte zunächst auch die SPD im zuständigen Ausschuß des Parlaments zustimmend zur Kenntnis genommen. Die neu bekanntgewordene Höhe der Verluste verändern jedoch nach Ansicht der Opposition die Lage grundlegend. Jetzt sei der Steuerzahler direkt in Mitleidenschaft gezogen.

Dem widerspricht die CDU entschieden. An der Tatsache, daß das Gutachten dem Minister kein Versäumnis und keine Verantwortung anlaste, könne auch die Höhe der DAL-Verluste und ihre Auswirkungen nichts ändern. Solange nicht neue Fakten auf dem Tisch lägen, sei das SPD-Gerede über einen Rücktritt unverantwortlich. Scharf wird von dem Vorstandsvorsitzenden der Landesbank, Paul Wieandt, übrigens auch die Behauptung von Oppositionsführer Scharping kritisiert, die Bank stecke in Liquiditätsschwierigkeiten. Dies treffe in keiner Weise zu.

Morgen tritt der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtages erneut zusammen, um endgültig über die Finanzspritze an die Bank zu entscheiden. Am selben Tag wird Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) aus China zurückerwartet.

Alleinverantwortung

Daß Vogel das DAL-Desaster im Gegensatz zu seinen Kollegen Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen), Holger Börner (Hessen) oder Franz Josef Strauß (Bayern) – deren Landesbanken ebenfalls heftig unter den DAL-Verlusten zu leiden haben – als einziger auch als landespolitischen Konflikt auf dem Tisch hat, wird hinter den Kulissen der Tatsache zugeschrieben, daß in Düsseldorf, Wiesbaden und München auch Oppositionsvertreter in die Landesbankverantwortung mit eingebunden sind.

Auch in Mainz saß mit dem SPD-Abgeordneten Werner Klein zunächst ein Mann der Opposition im Verwaltungsrat der Bank. Als er in diesem Frühjahr starb, verzichtete die SPD jedoch – vielleicht in weiser Voraussicht – auf die Neubesetzung.

Die nächste Steuerreform soll kräftiger ausfallen. „Offene Frage" Spitzensatz

Stoltenberg legt sich noch nicht auf höhere Mehrwertsteuer fest / Umschichtungen

HEINZ HECK, Bonn

Die von der Bonner Regierungskoalition für die nächste Legislaturperiode anvisierte Steuerreform sollte eine Nettoentlastung von mehr als 20 Milliarden Mark bringen, erklärte Finanzminister Stoltenberg in einem Deutschlandfunk-Interview. Die Steuersenkung 1986/88 erreicht in zwei Schritten knapp 20 Milliarden.

Der Minister rechnet vor der Wahl 1987 nicht mit Kabinettsbeschlüssen über die nächste Reform. „Wir haben als Regierung ein Mandat auf Zeit." Er begrüßt jedoch die steuerpolitische Diskussion: „Wir müssen in der Öffentlichkeit dafür werben, daß angesichts so unendlich vieler Wünsche nach Mehrausgaben die Entlastung bei den Steuern – vor allem Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer – vordringlich ist." Die am härtesten von der Progression betroffenen mittleren Einkommensgruppen – Facharbeiter sowie vergleichbare Angestellte und Beamte und kleine Selbständige – müßten bevorzugt entlastet werden.

Für die Bruttoentlastung nannte Stoltenberg die Größenordnung von 40 Milliarden Mark. Ein Teil müsse also umgeschichtet werden. „Da geht es in erster Linie um die Steuersubventionen. Ich bin in den letzten Jahren mit meinen Vorschlägen ... nicht erfolgreich gewesen". Zu dem FDP-Vorschlag eines Subventionsabbaus um 25 Milliarden Mark meinte er: „Das ist nicht nur nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre ein ungewöhnlich ehrgeiziges Ziel." Er selbst spricht von acht bis zehn Milliarden.

Mit der Umschichtung müßte sich „wohl eine leichte Anhebung im Saldo bei den indirekten Steuern ergeben". Wegen der geplanten europäischen Steuerharmonisierung will er sich noch nicht auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer festlegen. Die Bundesregierung wolle aber „an keiner dieser Operationen verdienen".

Ob bei der Reform auch der Spitzensatz der Einkommen- und Körperschaftsteuer gesenkt wird, ist für Stoltenberg noch eine „offene" Frage. Es gebe zwar wichtige Parteitagsbeschlüsse der CDU zum Steuertarif, jedoch keine abschließende Meinungsbildung zum Spitzensatz. „Er ist in jedem Fall nicht der Eckpunkt einer solchen Diskussion".

Auf die Frage, ob er die geplante Mineralölsteuerbefreiung für Privatflugzeuge für richtig halte, erwiderte er: „Ich halte sie für vertretbar." Falls die Koalition sie beschließen sollte, würde er sie „mitvertreten". 97 Prozent des Flugbenzins seien steuerfrei. Daraus ergäben sich Ungereimtheiten. Er hätte sich allerdings „im Grundsatz auch eine Gleichstellung vorstellen" können, bei der alle Steuern bezahlen müssen. Auf den Einwand, daß das im Subventionsbereich vorgesehen sei, erwiderte er, „daß wir dafür jetzt nicht die erforderliche Übereinstimmung erzielen."

Der Investitionsanteil im Haushalt sei zwar rückläufig; das habe aber auch positive Ursachen. Die Zuschüsse für notleidende Bundesunternehmen seien wegen der Gesundung einiger wichtiger (Salzgitter, Saarbergwerke) drastisch zurückgegangen. „Auf Wunsch aller Länder" sei ferner eine Aufgabenneuverteilung vorgenommen worden. Bei der Krankenhausfinanzierung habe der Bund eine Milliarde Investitionen gestrichen. Dafür habe er den Ländern nicht investive Aufgaben abgenommen. Schließlich seien die Investitionen bei Bahn und Post „erheblich erhöht" worden. Rechne man auch die Sondermaßnahmen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau hinzu, so „steigen die vom Bund zu vertretenden Investitionen ganz erheblich".

Jenninger von Moskau enttäuscht

dpa, Moskau

Die Delegation des Deutschen Bundestages unter Leitung von Parlamentspräsident Philipp Jenninger, die sich seit Freitag zu einem Besuch in der Sowjetunion aufhält, ist enttäuscht, daß ihr bisher von sowjetischer Seite keine hochrangigeren Gesprächspartner angeboten worden sind. So ist ein Gespräch mit Parteichef Michail Gorbatschow ebenso fraglich wie ein Termin bei Außenminister Eduard Schewardnadse, die Jenninger vor der Abreise als Gesprächspartner gewünscht hatte.

Von deutscher Seite wird deshalb in Erwägung gezogen, den ursprünglich bis Freitag geplanten Aufenthalt in der Sowjetunion um einen Tag zu verkürzen und bereits am Donnerstag abzureisen. Vor dem Abflug aus Bonn hatten der Chef der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, und der Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Konrad Porzner, sogar gemeint, man müsse die Frage stellen, ob die erste offizielle Reise von Abgeordneten in die Sowjetunion seit 12 Jahren nicht ganz abgesagt werden solle.

Von sowjetischer Seite ist lediglich ein Treffen mit Gurij Martschuk, einem der stellvertretenden Regierungschefs, verbindlich angeboten worden. Als einigermaßen sicher gilt ferner eine Zusammenkunft mit Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, obwohl dies noch nicht fest ins Programm aufgenommen worden ist.

DRK wendet sich an Gorbatschow

rtr, Bonn

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, sieht einen „dramatischen Rückgang" der Familienzusammenführung von Deutschen aus der Sowjetunion und hat deshalb an den sojwetischen Parteichef Michail Gorbatschow geschrieben. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sprach Sayn-Wittgenstein von einer „völlig negativen Entwicklung" der Ausreisegenehmigungen aus der Sowjetunion.

Nach Angaben des DRK waren im November nur noch 2462 Personen aus den Ländern Ost- und Südosteuropas im Rahmen der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik Deutschland eingereist, im Vormonat waren es noch 3516. Im November seien nur 38 Personen aus der UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, wo es nach dem Wissen des DRK rund 80 000 Ausreiseanträge gebe.

Der DRK-Präsident sagte in dem Interview, er habe in dem Schreiben an Gorbatschow nachdrücklich auf das Mißverhältnis zwischen genehmigten Ausreisen von Deutschen und berechtigten Ausreiseanträgen hingewiesen. Auch wünsche er Auskunft darüber, ob es in der Sowjetunion ein Generalregister über das ungeklärte Schicksal von noch immer Hunderttausenden von vermißten Deutschen aus dem Zweiten Weltkrieg gebe.

Lord Carrington mahnt Den Haag

htz. Den Haag

Zwischen der niederländischen Regierung und der NATO in Brüssel ist es zum Streit über die von der Haager Regierung einseitig angekündigten Reduzierung des holländischen Atomwaffenarsenals gekommen. NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat dem christdemokratischen holländischen Regierungschef Ruud Lubbers in der vergangenen Woche mitgeteilt, daß die NATO diesen von Den Haag angekündigten Schritt nicht akzeptieren könne und bat in dem Brief darum, diese Entscheidung zu revidieren.

Uneinigkeit herrscht zwischen Den Haag und der NATO vor allem über den von Holland beabsichtigten Abbau der mit Atomraketen bestückten Orion-Aufklärungsflugzeuge der niederländischen Marine und der F-16-Gefechtsflugzeuge der Luftwaffe. Diese sollen, so Den Haag, im Gegenzug einer positiven Entscheidung über die im Rahmen der NATO-Nachrüstung vorgesehene Stationierung von 48 amerikanischen Marschflugkörpern in Holland bei der Einsatzbereitschaft dieser Mittelstreckenraketen, also 1988, reduziert werden und keine Atomraketen mehr tragen. Premier Lubbers bekräftigte am Wochenende vor der Presse in Den Haag, daß sein Kabinett nicht daran denke, diesen an die Nachrüstung gekoppelten Beschluß wieder rückgängig zu machen.

Spionage: Reagan nennt nur die Sowjetunion beim Namen

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Reagan hat einen verstärkten Kampf gegen die internationale Spionagetätigkeit in seinem Lande angekündigt. Anlaß zu dieser Maßnahme sind drei Affären, die seit einer Woche die politischen Diskussionen in Washington beherrschen.

Nach einwöchigem Schweigen widmete Reagan am Samstag von seinem Urlaubsort Santa Barbara aus seine gesamte wöchentliche Rundfunkansprache an die Nation diesem Thema und erklärte: „Wir werden nicht zögern, die Spione jeder Nation auszumerzen und unter Anklage zu stellen. Die freie Welt ist heute mit den raffiniertesten und bestorganisierten Unternehmungen zum Diebstahl und zur Spionage in der modernen Geschichte konfrontiert. Dies ist ein Kampf, den wir gewinnen müssen, wenn wir unsere Freiheit und unseren ‚way of life' schützen wollen."

Verärgerung über Israel

Die drei Spionage-Affären betreffen den 63jährigen Wu Tai Chin, der angeklagt ist, 30 Jahre lang für Peking in Washington spioniert zu haben, den 44jährigen ehemaligen amerikanischen Geheimdienstbeamten Pelton, der angeblich seit fünf Jahren für Moskau arbeitet und den 31jährigen amerikanischen Marine-Angehörigen Pollard, der hochgeheimes amerikanisches Militärwissen an Israel geliefert haben soll.

Das bemerkenswerte an der Rede Reagans war, daß er zwar die Sowjetunion bei der Darstellung dieser Untergrundtätigkeit beim Namen nannte, nicht jedoch China und Israel. Tatsächlich hat die Affäre um den Agenten Pollard, der für Israel arbeitete, das Verhältnis zwischen Washington und Jerusalem schwer belastet. Es ist ganz ohne Zweifel eine Vertrauenskrise zwischen beiden Regierungen entstanden. Über das Ausmaß und die Qualität der Informationen, die Pollard an Israel lieferte, besteht zur Zeit noch Unklarheit, keinen Zweifel jedoch gibt es, daß die gesamte Angelegenheit von beiden Seiten nicht unbedingt mit einem Höchstmaß an diplomatischem Geschick behandelt wurde.

Im State Department herrscht spürbarer Zorn und man zeigt ihn deutlich nach außen hin. Charles Redman, der Sprecher des Außenministeriums, beklagte sich öffentlich: „Wir sind bestürzt, daß die israelische Regierung in dieser Affäre nicht so kooperativ ist, wie wir es erhofft und erwartet haben."

Redman bezog sich dabei offensichtlich auf zwei israelische Diplomaten aus Washington und New York, die unverzüglich nach Bekanntwerden der Affäre aus den USA abgezogen wurden. Beide operierten angeblich als Kontaktleute zu Pollard. Das State Department beklagt, daß Israel bis heute keine Erklärung über den Grund des Abzugs der beiden Diplomaten gegeben habe und hat wissen lassen, daß es mit beiden Kontakt aufnehmen möchte, um sie über ihre Zusammenarbeit mit Pollard zu befragen.

Aus Jerusalem war bisher inoffiziell zu erfahren, daß eine Rückkehr der Diplomaten in die USA nicht geplant sei, daß es dem State Department jedoch frei stünde, beide Diplomaten in Israel zur Rede zu stellen. Die USA bestehen ferner darauf, daß alle von Pollard an Israel gelieferten Dokumente wieder zurückerstattet werden.

Der Fall ist für beide Seiten peinlich. Wenn die Anklage gegen Pollard zutrifft, verstößt sein Verhalten gegen ein Abkommen aus dem Jahre 1983, in dem beide Regierungen zusagen, jede Spionagetätigkeit im Lande des anderen zu unterlassen. In diesem Fall wäre der Zorn des State Department begreiflich.

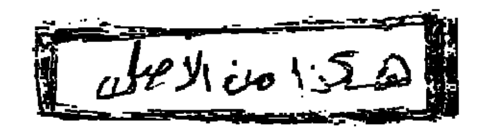
Weniger begreiflich jedoch ist die Handhabung dieser Affäre durch beide Regierungen in Washington und Jerusalem. Hier deutet vieles auf ein diplomatisches „Blackout" hin. Die Tatsache, daß man die Flucht in die Öffentlichkeit antrat, hat den politischen Schaden, den beide Seiten im Grunde eindämmen wollten, eher noch erhöht. Immerhin versichern leitende Beamte der Reagan-Administration über alle augenblickliche Verstimmung hinweg, daß das Fundament der amerikanisch-israelischen Beziehungen durch diese Affäre nicht erschüttert werden könne.

Tatsächlich scheinen in der Substanz die beiden anderen Spionage-Affären relevanter zu sein. Vor allem der verhaftete ehemalige CIA-Angestellte Larry Wu Tai Chin, der zunächst nur als „ein kleiner Fisch" dargestellt wurde, scheint in Wahrheit ein hochgradiger Agent für Peking gewesen zu sein. Die „New York Times" zitierte hohe amerikanische Geheimdienstbeamte mit der Vermutung, daß Wu Tai Chin Zugang zu hochgeheimen Dokumenten hatte und wahrscheinlich wichtige politische und militärische Geheimnisse während des Vietnamkrieges an Peking verraten habe. Das Blatt spricht davon, daß Wu Tai Chin über eine Million Dollar für seine Agententätigkeit von Peking kassiert habe.

Unterstützung im Kongreß

Die Demokratische Partei hat sich voll hinter die Initiative Reagans zum Kampf gegen Auslandsagenten gestellt. In einer Rundfunkansprache, die der Partei als Antwort auf die wöchentliche Rede Reagans zugestanden wird, erklärte der Abgeordnete Steny Hoyer: „Jede Regierung in der Welt sollte wissen, daß der Kongreß in dieser Frage voll hinter dem Präsidenten steht."

Reagan selbst hatte in seiner Rede darauf hingewiesen, daß in den bisherigen fünf Jahren seiner Amtszeit 34 Spione verhaftet worden seien im Vergleich zu nur 13 in den fünf Jahren zuvor.



Arbeitsstille

fu (London) – Ob arbeitgeberfreundliche oder arbeitgeberfeindliche Weihnachten: In der britischen Industrie hat sich in den letzten Jahren eingebürgert, die Produktion zwischen Weihnachten und Neujahr einzustellen. Still ruht der See.

Der britischen Wirtschaft gehen damit in diesem Jahr immerhin fünf volle Arbeitstage verloren (Heiligabend gibt es in Großbritannien nicht). Letzter Arbeitstag ist in den meisten Fällen der 20. Dezember, aufgenommen wird die Arbeit wieder am 2. Januar.

Natürlich gibt es in einigen wenigen Fällen handfeste Gründe für die weihnachtliche Betriebsruhe, etwa wenn die Zusatzkosten für das mehrmalige Ab- und Anschalten von Produktionsanlagen innerhalb weniger Tage nicht zu vertreten ist. Doch in der Masse der Fälle ist es die Kombination aus gewerkschaftlichem Druck und Management-Nachlässigkeit, die den Arbeitstage-Ausfall zur Regel macht. Diese laxe Einstellung paßt nicht so recht in die britische Wirtschaftslandschaft, die von erheblichen Wettbewerbsnachteilen gegenüber der Auslandskonkurrenz gezeichnet ist.

Auf der einen Seite setzt der Unternehmerverband die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit an die Spitze der Prioritätenliste, auf der anderen Seite gehen dessen Mitglieder so verschwenderisch mit wertvollen Arbeitstagen um.

Wahrscheinlich ist es auch einfach eine Frage der Mentalität. Denn mit welchem Beispiel geht etwa die britische Staatsbahn voran, die auch in diesem Jahr wieder den gesamten Bahnbetrieb an den beiden Weihnachtstagen einstellt – in Schottland sogar auch noch am Neujahrstag. Still ruht das Land.

Rohstoffmärkte ohne Elan

Von LEO FISCHER

Die Aussetzung der Zinn-Notiz am 24. Oktober, die jetzt schon mehr als einen Monat und damit weitaus länger als erwartet andauert, hat nicht nur den Handel bei den anderen an der London Metal Exchange notierten Metallen wie Kupfer, Zink, Blei und Aluminium beeinträchtigt. Es wird geschätzt, daß das Umsatzvolumen dieser Metalle inzwischen um rund 50 Prozent geschrumpft ist. Mittlerweile sind auch Befürchtungen aufgekommen, daß andere Rohstoffabkommen – auch bei den „soft commodities“ – ein ähnliches Schicksal erleiden könnten wie das gescheiterte Zinnabkommen. Konkret werden solche Befürchtungen über das Kautschukabkommen geäußert, daß „cum grano salis“ nach denselben Prinzipien arbeitet wie das Zinnabkommen: Ein Buffer-Stock-Manager kauft bei sinkender Preistendenz Ware auf und nimmt sie auf Lager, gibt sie bei einer Hausse an den Markt ab, um die Preisschwankungen zu glätten. Aber hier hört die gemeinsame Rohstoffphilosophie auch auf. Während der Zinn-Buffer-Stock-Manager offensichtlich das Ziel verfolgte, den Preis nur in eine Richtung zu beeinflussen, nämlich gegen die Marktkräfte in die Höhe zu treiben, praktizierte das Kautschukabkommen eine gemäßigtere Preispolitik. Bei einem niedrigeren Preisniveau ist das Rückschlagrisiko natürlich nicht so hoch, sollte das Kautschukabkommen in Schwierigkeiten geraten. Tatsächlich hat sich am Kautschukpreis bislang auch nichts bewegt.

Ähnliches läßt sich übrigens auch für die Metalle sagen. Zwar sind – wie erwähnt – die Umsätze beträchtlich geschrumpft, aber die Preise konnten sich einschließlich der Edelmetalle recht gut behaupten, wenn man vom Kupfer absieht, das mit 929 Pfund je Tonne auf einen Tiefstand für zwei Jahre fiel.

Was die Experten aber vor allem um den Kautschukpreis bangen läßt, ist die Tatsache, daß die Hauptproduzentenländer des Internationalen Zinnabkommens auch dem Kautschukabkommen als Hauptersteller angehören. Das Geld, das Malaysia, Indonesien und Thailand möglicherweise zur Rettung des Zinnabkommens zahlen müssen, könnte ihnen in nicht allzu ferner Zukunft für Kautschuk-Interventionen fehlen. Und der Indikatorpreis für Kautschuk befindet sich bereits ganz in der Nähe des Niveaus, bei dem der Buffer-Stock-Manager kaufen muß. Schon jetzt belaufen sich die Bestände des Ausgleichslagers auf 360 000 Tonnen, und die Schweizer Bankgesellschaft schätzt, daß schon bald 400 000 Tonnen erreicht sein werden. Das Abkommen sieht als Obergrenze 500 000 Tonnen vor.

Erstaunlich fest notierten die Edelmetalle Platin und Gold, wobei Platin aber eindeutig die dominierende Rolle spielte. Mit 356 Dollar je Unze erreichte Platin das höchste Preisniveau seit Juli letzten Jahres und konnte gegenüber dem gelben Metall einen Aufpreis von 25 Dollar erzielen. Dies ist nach Ansicht des „Terminmarktes“ des Brokerhauses Hornblower und Fischer insofern bemerkenswert, als Platin vorher fast ein Jahr lang unter dem Goldpreis gehandelt wurde. Weniger die Nachfrage von Verarbeitern als vielmehr Spekulanten sollen für den Preisauftrieb vor allem bei Platin verantwortlich sein.

Ansonsten dümpeln die Rohstoffpreise weiter auf einem niedrigen Niveau, ohne daß Ansätze zu einer Erholung zu sehen wären. Damit setzt sich der Trend der letzten Monate unvermindert fort. Der auf amerikanischen Notierungen beruhende Moody's-Index verbesserte sich leicht von 903,2 im Vormonat auf 921,6 und der nach Pfundpreisen berechnete Reuters-Index konnte gerade vier Punkte auf 1707,8 zulegen.

Die Lethargie an den Rohstoffmärkten wurde lediglich bei Kaffee durchbrochen. Die seit Wochen anhaltende Dürre in der für den Ernteertrag wichtigen Blütephase, die nur Ende Oktober und Anfang November durch einige Regentage unterbrochen wurde, haben der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Dies führte auch zu einem erheblichen Preisanstieg. In London kletterte die Notiz, die zum Monatsanfang bei 1833 Pfund lag, bis auf über 2100 Pfund. Mittlerweile hat der sogenannte Indikatorpreis die kritische Schwelle von 140 Cent überschritten, so daß die Exportmindestquote der Mitgliedsländer des Kaffee-Abkommens um eine Million Sack (je 60 Kilo) angehoben wird. Da die bis dahin gültige Exportquote aber zur Befriedigung der Nachfrage für dieses Quartal als ausreichend empfunden wurde, könnte es eher zu einem Preisdruck kommen, zumal sich die Mitgliedsländer verpflichtet haben, im Gegensatz zu früheren Jahren ihre Lieferverpflichtungen auch einzuhalten. Langfristig allerdings könnte die Dürre in Brasilien zu einem Preisauftrieb führen. Aber das würde erst das Kaffeejahr 1986/87 betreffen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Nov. 1985	Ende Oktober 1985	Hoch 1985	Tief 1985
Kupfer	L	£/t	943,00	932,50	1342,50	932,50
Zink	L	£/t	372,50	411,00	862,50	372,50
Zinn	L	£/t	–	–	10265,00	8543,00
Blei	L	£/t	255,50	265,25	395	255,50
Aluminium	L	£/t	645,50	655,75	1060,25	645,50
Nickel	L	£/t	2795	2722,50	4227,50	2722,50
Gold	L	$/Unze	325,75	326,75	339,30	285,00
Silber	L	p/Unze	425,55	416,35	576,90	416,35
Platin	L	£/Unze	229,10	236,40	252,40	191,05
Weizen	C	Cts/bu	323,87	328,00	373,37	267,12
Mais	C	Cts/bu	232,75	242,12	285,62	217,67
Kakao[1]	L	£/t	1667,50	1679,00	2266,50	1657,00
Kaffee[1]	L	£/t	2102,00	1833,00	2423,50	1427,50
Zucker	L	£/t	138,50	138,00	147,50	82,00
Sojaöl	C	Cts/lb	20,00	19,41	33,57	19,17
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	47,80	48,15	71,95	47,70
Schweißwolle	S	Cts/kg	591,00	578,50	650,50	555,00
Kautschuk	L	p/kg	57,50	57,50	73,75	56,75
Indices:						
Moody's (31.12.31=100)	New York		906,9	921,6	973,48	876,6
Reuter's (31. 9.31=100)	London		1719,3	1707,8	2101,4	1600,9

[1] Zweite Abladung
[2] A-Index-Preis
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

STAHLSTREIT / Washington beschließt neue Schikanen gegen die Gemeinschaft

EG-Lieferungen sollen vom US-Zoll zeitraubend überprüft werden

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Weisung des Handelsbevollmächtigten Clayton Yeutter an den US-Zoll, Stahllieferungen aus der EG nicht mehr sofort abzufertigen, zeigt, was Ungeduld, Rankünе und Unverständnis anrichten können. Statt einen neuen Brüsseler Anlauf zur Ratifizierung des kürzlich mit den Vereinigten Staaten geschlossenen Stahlabkommens abzuwarten, schlug die Administration hart zu – wohl wissend, wie schwierig Entscheidungsprozesse auch in Washington verlaufen. Hier fängt sich – wie im Nudelkrieg – der protektionistische Donner, der vom Kongreß herüberdröhnt.

Großbritannien hatte sich am Freitag bei einer Sondersitzung der EG-Botschafter in Brüssel erneut geweigert, das seit Ende Oktober vorliegende neue Stahlabkommen zwischen der EG und den USA zu unterzeichnen. Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen hat London seinen bereits am Dienstag im Rat der Außenminister eingelegten Vorbehalt im Zusammenhang mit den Halbzeug-Lieferungen der British Steel Corporation (BSC) bestätigt. Damit hat Großbritannien wenige Tage vor dem Luxemburger EG-Gipfeltreffen die in den Partnerländern und vor allem bei den Stahlunternehmen bestehende Verärgerung verstärkt. Nach Angaben aus Ratskreisen macht London die Zustimmung zu der bis 1989 befristeten Handelsvereinbarung für Massenstahl, „Konsultationsprodukte“ und Rohre von einer „vollständigen Klärung“ der nach britischer Auffassung im Halbzeug-Sektor verbleibenden Fragen mit den USA abhängig.

Nicht fair ist es, den Briten die Schuld für diese neue handelspolitische Entgleisung der USA zu geben. Denn ihr Verlangen nach einer Importquote, die groß genug ist, um den Bedarf eines neuen Stahlwerks in Tuscaloosa, Alabama, zu decken, scheint gerechtfertigt. So soll Yeutters Vorgänger William E. Brock den Bezug von Halbzeug in Form von Brammen aus England garantiert haben. Es muß im Stranggußverfahren hergestellt sein und ist in den USA nicht in ausreichenden Mengen verfügbar. Das Endprodukt sind hochwertige Stahlplatten, die für den Bau von Brücken, Schiffen und Tanks verwendet werden.

Man muß dem Präsidenten der Tuscaloosa Steel Corp., William Creighton glauben, wenn er darauf hinweist, daß das Stahlwerk, das 75 Mill. Dollar kostete, ohne das Washingtoner Importplazet nie errichtet worden wäre. Für die gerade in Betrieb genommenen modernen Anlagen werden im nächsten Jahr 300 000 Tonnen Brammen benötigt; treffen sie nicht ein, droht die Stillegung. Nach vergeblichen Anfragen bei den US-Konzernen schloß Creighton 1984 einen siebenjährigen Abnahmevertrag mit der British Steel Corp.

Die amerikanische Konkurrenz konnte Tuscaloosa eine regelmäßige Versorgung nicht zusichern. Der Grund dafür ist der mit 43 Prozent immer noch zu geringe Stranggußanteil an der US-Rohstahlproduktion. Creighton hat außerdem den Verdacht, daß Amerikas größtes Stahlunternehmen, die U. S. Steel Corp., ihm ein Bein gestellt hat. Denn vor zwei Jahren mußte der Marktführer, von der Gewerkschaft massiv unter Druck gesetzt, seinen Plan aufgeben, ebenfalls Brammen aus England zu beziehen.

Ein Ärgernis ist Tuscaloosa in den Augen der Stahlbosse vielleicht auch deshalb, weil die Anlagen in Alabama stark automatisiert sind und das Werk somit hochwertigen Stahl zu niedrigen Kosten anbieten kann. Einmal in der Gewinnzone will Creighton weitere 85 Mill. Dollar investieren, und zwar in einen Elektroofen mit Stranggußvorrichtung. Tuscaloosa wäre dann autark. Ob es dazu kommt, hängt nun von Washington ab.

Auslöser des neuen Streits sind 100 000 Tonnen Brammen, die London zusätzlich verlangt, um den Tuscaloosa-Vertrag erfüllen zu können. Yeutter will jedoch nur 200 000 Tonnen außerhalb der EG-Quote (400 000 Tonnen) genehmigen. Bis zur Einigung prüft der US-Zoll jetzt jede EG-Lieferung, ob sie der Quotenregelung entspricht. Das braucht Zeit und erhöht die Kosten der amerikanischen Importeure. Betroffen sind 21 Kohlenstoff-Stahlsorten aus Westeuropa.

US-AKTIENMÄRKTE

Anleger erhoffen sich neue Hochs vom Jahresend-Spurt

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Erntedankfest („Thanksgiving“), das die Amerikaner am Donnerstag feierten, hat die Hausse an den US-Aktienmärkten etwas gebremst. Bei fast halbierten Umsätzen sorgten Gewinnmitnahmen dafür, daß alle Barometer Freitag nach unten zeigten. Dennoch deutet noch nichts auf einen Beginn der langerwarteten Konsolidierung hin. Sie wird vermutlich auf das neue Jahr verschoben, da nun der traditionelle Dezember-Spurt, der ein zusätzliches Kaufklima schafft, vor der Tür steht.

Die Wall Street rechnet deshalb mit neuen Hochs, nachdem in der vergangenen Woche alle bisherigen Rekorde gebrochen wurden. So stieg der Dow-Jones-Industrie-Index um 7,80 (Freitag: minus 3,56) auf 1472,13, der umfassende Nyse-Index um 0,31 (0,13) auf 116,55 Punkte. Der „Dow“, der allein seit Anfang Januar 21,5 Prozent zulegte, wird schon bald, wie vorausgesagt, die 1500-Marke durchbrechen. Für 1986 schließen einige Analysten bereits 1800 Punkte nicht mehr aus.

Genannt werden immer neue Gründe für die inzwischen 38 Monate dauernde Hausse, die im September in den Schnellgang überwechselte. Am Freitag waren es die sinkenden Spotpreise am Rotterdamer Ölmarkt, die eine heftige Nachfrage nach Papieren der Fluggesellschaften auslösten. United Airlines, American, Northwest und TWA schossen nach oben.

Zu den Gewinnern zählte überdies Texaco. Die Börse geht jetzt davon aus, daß ein vernünftigeres Gericht das Houstoner Jury-Urteil, wonach Texaco einschließlich Zinsen rund zwölf Mrd. Dollar Schadenersatz an Pennzoil zahlen soll, für nichtig erklärt. Wahrscheinlicher ist indes ein Vergleich der beiden Kontrahenten.

Fusionsgerüchte wirken nach wie vor ebenfalls als starke Antriebsmotoren. Campbell Soup gewann beispielsweise nahezu drei Dollar.

Während „feindliche“ Übernahme-Angebote die Firmen zu Abwehrmaßnahmen zwingen, die den Wert ihrer Aktien erhöhen, gelten auch sogenannte Buybacks als Hausse-Zeichen. Immerhin kaufen die Unternehmen ihre eigenen unterbewerteten Papiere auf.

Aber ebenso wichtig bleibt der anhaltend positive Trend an den US-Rentenmärkten. Ohne größere Schwierigkeiten sind die letzten Auktionen der Treasury über die Bühne gegangen. Die Notierungen zogen an, obwohl seit dem 15. November mehr als 90 Mrd. Dollar an neuen Anleihen untergebracht wurden. Kräftiger als erwartet war die Auslandsnachfrage, vor allem der Japaner. Freitag brachten 30jährige Treasury Bonds nur noch 9,84 Prozent, verglichen mit 11,57 Prozent vor einem Jahr und 14 Prozent im Mai 1984. Dreimonatige Treasury Bills sackten auf 7,15 Prozent.

AUF EIN WORT

„Wer bessere Ergebnisse auf Kosten der Qualität erzielen will, der wird sehr schnell merken, daß dies nur ein Scheinerfolg ist.“

Wolfgang vom Hagen, Generaldirektor Mövenpick Unternehmungen Deutschland, Wuppertal FOTO: DIE WELT

NIEDERSACHSEN

Wirtschaftslage wird gut beurteilt

dos, Hannover

Ein günstiges Bild zeichnet die niedersächsische Landesregierung von der wirtschaftlichen Situation des Bundeslandes. Bei der Vorlage des Herbstberichts '85 meinte Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, sowohl die Stimmung wie die Lage sei „so positiv wie seit langem nicht mehr“. Die expansiven Kräfte hätten inzwischen eine starke Dynamik entwickelt. Sichtbares Zeichen dafür seien die Auftragseingänge bei den niedersächsischen Unternehmen. Sie lagen in den ersten acht Monaten um 14 Prozent über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit.

Auch auf dem Arbeitsmarkt wirke sich der wirtschaftliche Erholungsprozeß immer deutlicher aus. Seit Jahresbeginn seien von den Arbeitsämtern 155 000 Arbeitsuchende vermittelt worden, 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Obwohl im Sommer ein weiterer geburtenstarker Jahrgang auf den Arbeitsmarkt drängte, habe die Zahl der Arbeitslosen im Oktober um 0,8 Prozent unter dem Niveau von Oktober 1984 gelegen.

An der günstigen Entwicklung waren die verschiedenen Industriebereiche in unterschiedlichem Maße beteiligt. So erhöhte sich im Berichtszeitraum die Produktion der niedersächsischen Stahlindustrie um zwölf Prozent (Bundesdurchschnitt: sechs Prozent). Unter dem Wachstum bundesweit blieben die Gummiverarbeitung (sechs Prozent) und der Maschinenbau (vier Prozent).

EINZELHANDEL

Lahmes Geschäft am langen Samstag

J. G. Düsseldorf

Nach einem insgesamt sehr gut verlaufenen Novembergeschäft hat der deutsche Einzelhandel am ersten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten das Vorjahresergebnis fast durchweg nicht erreicht. Diesen typischen Eindruck vermitteln die Warenhauskonzerne Kaufhof („etwas unter Vorjahr“) und exakter Horten, wo der Tagesumsatz von 29,8 Mill. DM um 8,7 Prozent kleiner als im Vorjahr ausfiel.

Übereinstimmend erklären die Händler den lahmen Beginn des Weihnachtsgeschäfts vor allem mit zweierlei. Erstens damit, daß stets ein noch in den November fallender erster langer Samstag des Weihnachtsgeschäfts (1984 war es der 1. Dezember) umsatzschwächer als dann der zweite lange Samstag sei. Zweitens habe nach kaltem November-Wetter nun fast überall Dauerregen die Kauflust gedämpft.

Ungestört bleibt die Erwartung im Einzelhandel, daß nach relativ magerem Vorjahresergebnis das diesjährige Weihnachtsgeschäft etwa 18 Mrd. DM oder 3,8 Prozent des gesamten Jahresumsatzes ausmachen wird. Die positive Grundstimmung stützt sich besonders auf ein seit Frühherbst besser gewordenes Konsumklima; aber auch darauf, daß Jahresgratifikationen und Weihnachtsgeld anders als bei den 1984 zum Teil vorgezogenen Zahlungen diesmal voll erst zum Weihnachtsgeschäft als zusätzliche Kaufkraft wirken.

Staat muß Streikdrohung widerstehen

Der Verfasser ist Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Von OTTO ESSER

Seit dem 1984 in der Metallindustrie durchgeführten Arbeitskampf steht fest, daß die derzeitigen Bestimmungen über die staatliche Neutralität im Arbeitskampf nicht mehr halten. Die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie gerät dadurch aus den Fugen. Deshalb muß der Gesetzgeber handeln.

Worum geht es? Es muß verhindert werden, daß eine Gewerkschaft künftig – wie die IG Metall im letzten Jahr – einen Streik auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit durchführt. Die Gewerkschaft hatte bei ihrem Kampf um die 35-Stunden-Woche mit der sogenannten Mini-Max-Strategie (geringster Aufwand – größtmöglicher Druck) schwerpunktmäßig einige ausgewählte Zulieferbetriebe der Autoindustrie bestreikt. Wegen der engen Verflechtung zwischen Zuliefer- und Produktionsbetrieben kam innerhalb weniger Tage fast die gesamte deutsche Automobilproduktion zum Erliegen. Das war das Ziel der Gewerkschaftsstrategie. Nach ihrem Willen sollten auch die hierdurch außerhalb des eigentlichen Kampfgebietes arbeitslos gewordenen Metall-Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld erhalten. Der Präsident der Bundesanstalt lehnte dies von Rechts wegen ab. Einige Sozialgerichte zwangen die Bundesanstalt trotzdem dazu, für diese mittelbar betroffenen Arbeitnehmer Leistungen zu erbringen.

Die Folge dieser Entscheidungen war eine einseitige Bevorteilung der Gewerkschaft und eine Benachteiligung der Arbeitgeber. Während die IG Metall nur die an Streik und Aussperrung unmittelbar beteiligten Arbeitnehmer finanziell zu unterstützen hatte, die Mehrheit der durch ihre Kampfstrategie arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer aber Leistungen der Bundesanstalt von insgesamt 200 Millionen DM erhielt, mußten die Arbeitgeber nicht nur der bestreikten Betriebe, sondern auch aller darüber hinaus stillgelegten Unternehmen die Kosten des Arbeitsausfalls tragen. Das bedeutet, daß eine Gewerkschaft, wenn sie so vorgeht, die Kasse der Bundesanstalt praktisch zu ihrer Streikkasse macht und sich im Arbeitskampf von den Beitragszahlern und der Allgemeinheit subventionieren läßt.

Würden die Rechtsverhältnisse so bleiben, dann könnten die Gewerkschaften bei einer Tarifauseinandersetzung den Druck auf ihren Gegenspieler beliebig verstärken; denn sie hätten nur ein geringes eigenes Risiko. Das wäre das Ende des notwendigen Kräftegleichgewichts, das zum Ausgleich sozialer Spannungen unverzichtbar ist.

Die Problematik und die hieraus abzuleitenden Handlungsnotwendigkeiten, die wir seit dem Frühjahr 1984 immer wieder angesprochen haben, sind erst allmählich von der Politik aufgenommen worden. Die Bundesregierung hat dann die Tarifvertragsparteien zur Verständigung über

● Fortsetzung Seite 10

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Facheinzelhandel setzte mehr um

Köln (dpa/VWD) – Die Einzelhandelsfachgeschäfte in der Bundesrepublik setzten im Oktober nominal drei Prozent mehr um als im Vorjahresmonat. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), Köln, ergab sich eine reale Zunahme von knapp zwei Prozent. Über den Durchschnitt lagen der BAG zufolge Sportartikelmit plus sechs Prozent sowie der Textil-, Sortimentsbuch- und Drogeriehandel mit jeweils plus vier Prozent. Für die ersten zehn Monate ergab sich beim gesamten Facheinzelhandel nominal keine Veränderung, während preisbereinigt ein Rückgang von 1,3 Prozent zu verzeichnen war.

Vorzugsaktien von Boss

Stuttgart (VWD) – Nominal 7,35 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien des Herrenbekleidungs-Herstellers Hugo Boss AG, Metzingen, sollen ab 2. Januar 1986 an den Wertpapierbörsen in Stuttgart und Frankfurt amtlich notiert werden. Wie aus Veröffentlichungen der beiden Börsen hervorgeht, sind die neuen Boss-Aktien, deren Emissionskurs noch nicht feststeht, erstmals für das Geschäftsjahr 1986 voll gewinnberechtigt. Das Boss-Aktienkapital von 15 Mill. DM, das derzeit noch von den beiden Firmeninhabern Jochen und Uwe Holy gehalten wird, soll in 7,65 Mill. DM Stammaktien und 7,35 Mill. DM Vorzugsaktien aufgeteilt werden.

Bedingungen abgelehnt

Buenos Aires (VWD) – Argentinien wird die Vorbedingungen für die Qualifizierung für Kredite im Rahmen der von den USA initiierten internationalen Schuldenermäßigung nicht akzeptieren. Der argentinische Innenminister Antonio Troccoli hat sich gegen die geforderte Einführung der freien Marktwirtschaft gewandt. Er sagte, „es besteht nicht die geringste Chance, daß die argentinische Regierung Forderungen nach einer Öffnung der Wirtschaft, Senkung der Zölle oder Freigabe des Wechselkurses akzeptiert“.

Aktivitäten beschränkt

Amsterdam (VWD) – Als erste Zentralbank hat die der Niederlande Maßnahmen bekanntgegeben, mit denen das Volumen der bilanzunwirksamen Aktivitäten der Banken des Landes eingeschränkt werden. Wie die niederländische Bank mitteilte, hat sie den Umfang dieser Geschäfte auf den Gegenwert von 4,5 Prozent der liquiden Mittel beschränkt. Zentralbankpräsident Willem Duisenberg sagte, die Innovationen an den Finanzmärkten könnten dadurch, daß sie an der Bilanz vorbeigingen, weiteren Druck auf die bereits angespannten Zinsmargen der Banken ausüben. Zu den einzuschränkenden Geschäften gehören Fazilitäten zur Ausgabe von kurzfristigen Schuldverschreibungen, die Ausgabe von revolvierenden Underwriting-Fazilitäten und ähnliche Instrumente.

Streibl verlangt Auskunft

München (VWD) – Bayerns Finanzminister Max Streibl hat vom Chef der Bayerischen Landesbank, Ludwig Huber, „schnellstmöglich“ Auskunft über die Vorwürfe gegen das Kreditinstitut verlangt. In einem Gutachten des Kölner Wirtschaftsprüfers Bernd Schäfer wird der Landesbank vorgeworfen, sie habe in der Affäre um Mega Petrol sittenwidrig gehandelt, weil sie ohne ausreichende Prüfung der Bonität der Anleger hohe Kredite für die Mega Petrol Gesellschaften bewilligte, die in Nordamerika nach Öl suchen wollten.

Mehrfach überzeichnet

London (fu) – Die Nachfrage nach Aktien des Mode- und Design-Familienunternehmens Laura Ashley war derart groß, daß das Angebot zur Einführung von Laura-Ashley-Aktien an der Londoner Börse 34mal überzeichnet wurde. Insgesamt gingen 246 600 Zeichnungsangebote für 1512 Millionen Aktien ein. Erhältlich waren aber nur 46,5 Millionen. Voll berücksichtigt werden die Anträge, die von immerhin 70 Prozent der 5000 Mitarbeiter des Unternehmens gestellt wurden. Im Vorhandel werden für die Aktie, deren Zeichnungspreis 1,35 Pfund beträgt, bereits mehr als zwei Pfund geboten.

Nur kleines Defizit

Paris (J.Sch.) – Die französische Leistungsbilanz kann als praktisch ausgeglichen gelten. Saisonbereinigt entstand in den ersten neun Monaten dieses Jahres ein Defizit von nur noch 352 Mill. Franc. Die Handelsbilanz dagegen schloß für die ersten zehn Monate mit 19,7 Mrd. Franc Defizit ab.

Gespräche über Westland

London (AP) – Vertreter von drei Rüstungskonzernen aus der Bundesrepublik, Italien und Frankreich haben in London Gespräche über eine mögliche Sanierung des angeschlagenen britischen Hubschrauberherstellers Westland geführt. Die Gespräche waren auf Anregung des britischen Verteidigungsministers Michael Heseltine zustandegekommen. An den Gesprächen nahmen Vertreter der italienischen Firma Agusta, des französischen Staatskonzerns Aerospatial und des deutschen Luft- und Raumfahrtunternehmens Messerschmitt-Bölkow-Blohm teil.

BANKVEREIN

Neugründung in Frankfurt

cd. **Frankfurt**

Nach einer starken Anzeigenkampagne startet der Schweizerische Bankverein am 9. Dezember als erste schweizerische Großbank mit einer Bankneugründung in der Bundesrepublik. Die „Schweizerischer Bankverein (Deutschland) AG" beginnt mit einem Kapital von 100 Mill. DM und einer mehr als hundertköpfigen Mannschaft, für die, trotz Knappheit an qualifizierten Fachkräften, in Frankfurt durchaus im allgemeinen Rahmen liegende Bezüge gezahlt werden, wie Kurt H. Martin, Vorstandsvorsitzender der deutschen Tochter der weltweit operierenden Baseler Bank (über 150 Mrd. sfr Bilanzsumme) mit dem größten Auslandsgeschäft aller Schweizer Banken versicherte.

Mit Ausnahme des Mengengeschäfts wollen die Frankfurter Eidgenossen sämtliche Universalbankgeschäfte mit Schwerpunkten im D-Mark-Kreditgeschäft, im Wertpapiergeschäft – die Börsenzulassung in Frankfurt wurde beantragt – und im internationalen Emissionsgeschäft, anbieten. Schon im Januar, hofft die Bank, als Konsortialführer einer ausländischen D-Mark-Anleihe agieren zu können. Das Emissionsgeschäft will die Bank in Kooperation mit den deutschen Banken und nicht gegen sie entwickeln, betonte Martin. Auch im Wertpapiergeschäft will die Bank auf Kleingeschäft verzichten: ihren Managern schweben Vermögen in der Größenordnung ab 200 000 Mark vor.

Ihr Kreditgeschäft will die Bank in Frankfurt ohne Mitgift der Mutter selbst kreieren. Sie denkt auch daran, Unterbeteiligungen an Großkrediten in Basel unterzubringen. Im Franken-Kreditgeschäft ist lediglich die Vermittlung geplant.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Nachl. d. Peter Horst Ruscher; **Bochum:** Heinrich Dülger, Raesfeld-Erle; **Gütersloh 1:** Partner Hausbau Vertriebs- u. Verwaltungs-GmbH; **Hamburg:** Truppel GmbH & Co. KG; **Limburg:** Touristico Reisen GmbH, Bad Camberg; **Neuss:** Nachl. d. Helmut Stanossek, Dormagen-Hakkenbroich; **Wesel:** OBG Olympia Bauträger GmbH, Voerde 2.

Konkurs beantragt: Offenburg: Gastronomiebedarf Fischer & Hilberer GmbH, Wolfach.

FINANZPLATZ AMSTERDAM / Börsenindex auf Rekordniveau – Elektronisches Kommunikationssystem geplant

Reformpläne der Regierung beleben den Handel

HELMUT HETZEL, **Amsterdam**

„Als einen ersten wichtigen Schritt zu einer noch weitergehenden Liberalisierung" wertete der Vorsitzende der Amsterdamer Effektenbörse, Baron van Ittersum, die von der niederländischen Regierung kürzlich beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Internationalisierung des Amsterdamer Kapitalmarktes. Einen ganzen Maßnahmekatalog hatte der holländische Finanzminister Onno Ruding in der letzten Woche zusammengestellt, mit dem ab 1.Januar 1986 ausländischen Anlegern mehr Spielraum eingeräumt werden soll. Künftig können in den Niederlanden auch ausländische Banken bei Neuemissionen ein aktienplazierendes Konsortium leiten. Außerdem sollen in Amsterdam vom 5. Dezember anerstmals Optionen auf Dollar-Ecu-Basis (Ecu = Europäische Währungseinheit) ausgegeben werden. Damit will man vor allem für europäische Anleger der EG die Kursschwankungen und die damit verbundenen Risiken der amerikanischen Währung relativieren. Zeitgleich mit der Liberalisierung des Kapitalmarktes wollen die führenden Geschäftsbanken eine Amsterdam Interbank Offered Rate (Aibor) einführen, analog zu den in London bzw. Frankfurt ermittelten Referenzzinssätzen Libor und Fibor.

„Der Schritt der Haager Regierung", so Baron van Ittersum in einem Gespräch mit der WELT, „hat sich bereits positiv auf die Amsterdamer Effektenbörse ausgewirkt." Der Amsterdamer Börsenindex (mit 239.4 Punkten am Freitag) bewegt sich auf seinem Höchstniveau. Die Börsenumsätze werden 1985 in Amsterdam erstmals die 200-Milliarden-Gulden-Grenze (etwa 180 Mrd. DM) überschreiten. Zum Vergleich 1984: 154 Mrd. Gulden Umsatz. Insgesamt gehöre die Amsterdamer Effektenbörse zu den zehn größten Instituten der Welt und rangiere in der Relation Börsenumsatz-Bruttosozialprodukt nach einer Statistik des FIBV (Fédération Internationale des Bourses de Valeurs) sogar auf dem vierten Platz hinter New York, Tokio und London.

Vor allem das seit 1980 geltende Asa-System, bei dem die ausländischen Werte in der jeweiligen Landeswährung notiert werden und jeweils lediglich die Aktienanteile in Form eines Giralsystems bei Transaktionen administrativ erfaßt werden, habe in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, daß Währungsschwankungen so gut wie ausgeschlossen und zudem die Kosten für die Anleger reduziert werden konnten. Auch das habe die Attraktiviät des Finanzplatzes Amsterdam erhöht. Das Asa-System habe auch dazu geführt, daß Amsterdam seine Börsenfunktion für amerikanische Unternehmen weiter ausbauen konnte. 1985 wurde Asa anläßlich der Börsenplazierung von British American Tobacco (BAT) in Amsterdam auch auf die britischen Werte ausgedehnt. Ab 1986 soll es auch für japanische Papiere gelten.

Insgesamt, so betonte van Ittersum, bemühe man sich in Amsterdam darum, der wachsenden Bedeutung der Londoner Börse gegenzusteuern. Daher sei für 1988 die Anwendung eines IDIS-Systems geplant. Diese neuen „Eurobörsing", ein integriertes elektronisches europäisches Börsen-Kommunikationssystem, in dem Amsterdam, Paris, Brüssel und London zusammenarbeiten wollen, werde es beispielsweise möglich machen, daß Transaktionen auf dem Aktienmarkt dann an der jeweiligen Mutterbörse eines Unternehmens ausgeführt werden können, was zu einer einheitlicheren Kursentwicklung beitragen werde. Befremdet zeigte man sich darüber, daß von deutscher Seite bisher kein Interesse am „Eurobörsing"-System besteht.

MEXIKO / Die Halbzeitbilanz des Präsidenten de la Madrid gilt als mager

Die Krise ist schlimmer als je zuvor

dpa/VWD, **Mexiko-Stadt**

Drei Jahre nach seinem Regierungsantritt am 1. Dezember 1982, als sich Mexiko am Rande des finanziellen Kollapses befand, kann Präsident Miguel de la Madrid seinen 78 Millionen Landsleuten nur versprechen, daß alles besser wird. Spüren werden sie es während seiner Amtszeit nicht mehr.

Nach einem Zwischenhoch, das von 1983 bis in die erste Hälfte 1984 dauerte und mit der orthodoxen Medizin des Internationalen Währungsfonds (IWF) von Ausgabenkürzungen und Sparen erreicht wurde, hat sich die Krise wieder eingestellt. „Die Krise ist schlimmer, als viele denken", meint der 85jährige mächtige Arbeiterführer Fidel Velazquez. Er hat in seinen mehr als 40 Jahren als allmächtiger Boß der regierungstreuen Gewerkschaft CTM viel erlebt. Die jetzige Situation hält er für schwieriger als die von 1982.

Die Lage ist in keiner Weise ein Fehler der augenblicklichen Wirtschaftspolitik, „aber es ist notwendig, die Spielregeln zu ändern, um zu vermeiden, daß die Leute noch ärmer werden", springt Velazquez der Regierung bei.

Für den kleinen Mann ist keine Besserung in Sicht. Die Hoffnung nach den ersten amtlichen Erfolgsmeldungen, in absehbarer Zeit den Gürtel ein wenig lockern zu können, ist längst wieder geschwunden.

Angesichts dieser Lage ist Optimismus erste Regierungspflicht. De la Madrid versicherte Mitte November bei Vorlage des Haushalts für 1986, die Wirtschaft „hat ein großes Erholungspotential gezeigt, sogar mehr als vorgesehen". Er räumte aber ein, daß „innerhalb der im ganzen positiven Bilanz" Ungleichgewichte bestehen.

Für den Präsidenten sind drei Jahre Arbeit an der Regierungsspitze vergeblich gewesen. Die Krise, die er überwunden glaubte, ist wieder da. Die Regierung hat nach Meinung von Finanzexperten in Mexiko zu spät auf die sich Mitte 1984 abzeichnende Tendenz zum schlechteren reagiert. Rücksicht auf die Wahlen im Juli dieses Jahres allein kann es nicht gewesen sein.

Nach 18 Monaten des Sparens gaben die Regierungsbürokraten das Geld wieder mit vollen Händen aus. Die angesetzten Ausgaben wurden überschritten, Fälle von Korruption kamen wieder häufiger ans Tageslicht. Das Defizit des Staates, das eigentlich auf 5,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken sollte, wird in diesem Jahr wohl nicht unter neun Prozent liegen, wird in Finanzkreisen geschätzt.

Hausgemachte und externe Faktoren wirkten wechselseitig ein. Exportrückgang bei gleichzeitigem Anstieg der Einfuhren, der Ölpreisverfall und die Devisenflucht brachten das ausgeklügelte Sanierungswerk durcheinander. Hinzu kam Anfang Oktober das verheerende Erdbeben in der Hauptstadt. Die Devisenreserven sollen nach Angaben der Bank von Mexiko am Jahresende 4,5 Milliarden Dollar betragen, die Hälfte der Vorjahresziffer. Das reicht gerade für die Importe von drei Monaten.

Am 1. Dezember 1982 kostete der Dollar 70 Peso, jetzt 500. Die Abwertung hat für die Bürger einen greifbaren Effekt. Die Zentralbank hat neue Münzen prägen lassen. Sie sind kleiner und leichter. Die heutigen Münzen im Wert von fünf, 20, 50 und 100 Peso gleichen in Größe und Gewicht den Stücken im Wert von 20 oder 50 Centavos (Pfennig). Die Krise hat den Bürger auch im Geldbeutel erleichtert.

TRAUB / Mit Werkzeugmaschinen im Aufschwung

Nächstes Jahr an die Börse

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Zum Jahreswechsel wandelt sich das seit 1938 existierende Familienunternehmen Traub GmbH, Reichenbach/Fils, in eine Aktiengesellschaft. In 1986, voraussichtlich zur Jahresmitte, will man mit einer Kapitalerhöhung an die Börse gehen. Dies wurde nun der Belegschaft mit der Vorstellung eines bereits 1985 wirksamen Mitarbeiter-Beteiligungsmodells eröffnet, das ihr den künftigen Aktienerwerb erleichtern soll.

Die bisher alleinregierende Familie van Kempen wolle die Mehrheit behalten. Mehr als das wird zur Eigenkapitalzufuhr durch Publikumsaktionäre noch nicht mitgeteilt. Andeutungsweise gibt die Geschäftsleitung zu erkennen, daß die 1984er Bilanz reichlich 26 Mill. DM Eigenmittel (davon 12,4 Mill. DM Stammkapital) aufwies, die rund 20 Prozent Bilanzanteil ausmachten. Die Rendite sei „befriedigend" gewesen, aber verbesserungsbedürftig und werde auch besser. Beredter äußert man sich bei dieser bislang im Verborgenen arbeitenden Firma zum laufenden Geschäft. Ebenso wie die gesamte Werkzeugmaschinenbranche hat Traub die hier Anfang der 80er Jahre tiefe Flaute mit neuer Blüte überwunden. Mit der Produktion „modernster" CNC-Drehmaschinen und flexibler Fertigungs-Systeme werde der Umsatz 1985 im Stammhaus auf circa 200 (158) und in der Gruppe auf rund 300 (230) Mill. DM mit etwa 60 Prozent Auslandsanteil wachsen. Der Auftragseingang liege 40 Prozent über Vorjahr, der Auftragsbestand reiche zum Teil bis in 1987 hinein.

Die Gruppenbelegschaft wurde 1985 bisher um 193 auf reichlich 1900 (ohne Lehrlinge) aufgestockt und soll 1986 allein im Stammhaus um weitere 140 Leute wachsen. Die Marke von 1900 Beschäftigten freilich hatte die Gruppe auch 1978 schon einmal erreicht. Danach folgte nicht nur der branchentypische Einbruch daheim; auch die größte Auslandstochter (Brasilien) erlebte 1983 einen Absturz von 800 auf 250 Beschäftigte, erholte sich aber wieder auf fast 530 Leute.

Dywidag: Die Bauleistung sinkt

sz, **München**

Die schlechte Baukonjunktur hat auch die Dyckerhoff & Widmann AG (Dywidag), München, in den ersten neun Monaten 1985 zu spüren bekommen. Wie der Vorstand in einem Aktionärsbrief mitteilt, sank die Gesamtleistung des fünftgrößten deutschen Baukonzerns gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit um 16,9 Prozent auf 1,42 Mrd. DM. Einen erheblichen Anteil hatte daran auch der strenge Winter zum Jahresanfang, so daß bis Ende 1985 noch immer ein Minus von zehn Prozent verbleiben wird. Im Auslandsbau ergab sich sogar per Ende September ein Minus von 25,9 Prozent auf 401 Mill. DM.

Eine leichte Verbesserung ergab sich dagegen beim Auftragseingang mit plus 3,5 Prozent auf 11,6 Mrd. DM. Im Inland verzeichnete man dabei für den Baubereich ein Plus von beachtlichen 30 Prozent. Diesen Erfolg führt der Vorstand darauf zurück, daß Dywidag technisch anspruchsvolle Vorschläge unterbreiten konnte. Im Ausland dagegen ergab sich ein Rückgang auf 284 (456) Mill. DM. Insgesamt stagnierte der Auftragsbestand dadurch bei knapp 2,7 Mrd. DM. Die Abrechnung früherer Aufträge in 1985 wird, so der Vorstand, zu einem positiven Bilanzergebnis führen.

Streikdrohung widerstehen

● Fortsetzung von Seite 9

praktikable Spielregeln aufgerufen, die den jetzigen Stand korrigieren sollen. In einer offenen Gesellschaft haben Gespräche einen hohen Stellenwert, weil sie häufig eine klarstellende, manchmal eine bereinigende und gelegentlich auch eine problemlösende Wirkung haben.

Aber die Gewerkschaften haben sich bisher einem substantiellen Gespräch über die Klarstellung der gesetzlichen Regelung versagt. Sie sehen auch keinen Handlungsbedarf, weil sie den gegenwärtigen Zustand zu ihren Gunsten erhalten wollen. „Hände weg von § 116 AFG" ist ihre Parole. Ein Beschluß des DGB-Bundesvorstandes enthält zwar die Erklärung, daß man grundsätzlich nicht gegen Gespräche sei, sich aber gegen eine für die Gewerkschaften nachteilige Änderung „mit allen zu Gebote stehenden Mittel wehren" würde. Und für diesen Fall droht die IG Metall sogar mit „demonstrativen Arbeitsniederlegungen".

Bei dieser Sachlage ist der Gesetzgeber gefordert; nur er allein kann auch die staatliche Neutralität in Arbeitskämpfen verbindlich regeln. Die gesellschaftlichen Gruppen können dieses nicht. Der Staat kann sich davon auch nicht von der unverhohlenen gewerkschaftlichen Drohung mit rechtswidrigen politischen Streiks abbringen lassen.

Im übrigen geht es entgegen der gewerkschaftlichen Behauptung bei der notwendigen Klarstellung nicht um „einen Angriff auf das Streikrecht". Die gewerkschaftliche Streikfreiheit wird hiervon weder berührt noch angetastet. Streik und Aussperrung bleiben die im Rahmen der Verfassung anerkannten Arbeitskampfmittel. Es geht auch nicht um die Erfüllung eines Arbeitgeberwunsches, sondern allein darum, daß der Staat sein in Schieflage geratenes Verhältnis zu den Tarifvertragsparteien aus ordnungspolitischen und verfassungsrechtlichen Gründen wieder in Ordnung bringt.

Darüber hinaus soll es auch künftig bei den Arbeitskämpfen Ausnahmeregelungen für drittbetroffene Arbeitnehmer geben. Sie sollen aber nicht für Arbeitnehmer gelten, die außerhalb des unmittelbaren Kampfgebiets zum gleichen fachlichen Geltungsbereich gehören, für den der Konflikt ausgetragen wird. Denn sie profitieren vom Ergebnis eines Arbeitskampfes.

Die Zeit drängt. Die Entscheidung des Gesetzgebers duldet keinen weiteren Aufschub mehr. Die Arbeitgeber würden sich an den notwendigen Beratungen zu Einzelfragen beteiligen. Sie wehren sich jedoch dagegen, daß solche Beratungen nur geführt werden, um die notwendige Regelung hinauszuzögern.

NAMEN

Dr. **Dieter Vogel,** Vorstandsvorsitzender der Pegulan-Werke AG, Frankenthal, und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg, wird zum 1. April 1986 die Batig-Gruppe verlassen. Er wird Vorstandsvorsitzender der Thyssen Handels Union AG. Sein Nachfolger bei Pegulan soll dem Vernehmen nach Dr. **Thomas Ries** werden.

Bergassessor a. D. Dr. **Rudolf Lenhartz,** Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes Saarbergbau, wurde zum Präsidenten der Wirtschaftsvereinigung Bergbau als Nachfolger von Dr. Dr. **Karlheinz Bund** gewählt.

Hans Westphal (52), Vorsitzender der Geschäftsführung der SKF GmbH, Schweinfurt, wird per 1. Januar 1986 Vorsitzender der Geschäftsführung Werner & Pfleiderer Maschinenfabrik, Stuttgart. Der bisherige Vorsitzende Dr. **Helmut J. Kinz** (55), beendet im beiderseitigen Einvernehmen seine Tätigkeit am 31. Dezember 1985.

Dr. **Karl Gutbrod** (55) wurde vom 1. Januar 1987 an zum Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, bestellt. Er tritt dann die Nachfolge von Dr. **Paul A. Stein** (66) an.

Dr. **Franz Josef Mayer,** Vorstandsmitglied der Hüls AG, Marl, ist im Alter von 56 Jahren gestorben.

RENTENMARKT / Geschäfte in ruhiger Gangart

Renditen blieben stabil

Das Rentengeschäft bewegt sich auf einem stabilen Renditenniveau in sehr ruhiger Gangart. Vor dem Jahresende wird nicht mehr mit nennenswerten Veränderungen im Renditengefüge gerechnet, weil die meisten institutionellen Marktteilnehmer ihre Dispositionen für dieses Jahr schon abgeschlossen haben. In dieser Woche ist noch mit einer Postanleihe zu rechnen, für die ein 6,5prozentiger Kupon mit einem Verkaufskurs von 99,50 bis 99,75 Prozent gerechnet wird. Die letzte Bundesemission, eine Anleihe der Bahn, kam mit sieben Prozent. Die in der letzten Woche mit einem 6,75prozentigen Kupon aufgelegte Baden-Württemberg-Anleihe wurde ebenso wie die vorangegangenen Länderanleihen ein Flop, weil ihre Rendite nicht genügend über der von Bundesanleihen liegt und somit derzeit keine Absatzchancen im Inland bestehen. (cd

Emissionen	29.11. 85	22.11. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,05	6,04	6,58	7,86	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,35	6,37	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,18	6,16	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,53	6,27	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,20	6,20	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,81	5,79	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,90	6,90	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,20	6,19	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,95	6,95	7,20	8,68	8,45

Wochenschlußkurse

New York

	29.11.	22.11.
Adv. Micro Dev.	27,875	26,875
Aetna Life	52,5	52,25
Alcan Aluminium	26,375	27
Alcoa	35,875	35,75
Allied Chemical	44,125	45,625
AMR Corp.	42,375	40,5
Amax	11,625	11,75
Am. Cyanamid	58,25	58
Am. Express	48,875	49,25
Am. Motors	2,625	2,875
Am. Tel. & Telegr.	23,375	23,25
Amoco Corp.	67,125	67,625
Asarco	17,875	18,125
Atlantic Richfield	67	66,75
Avon Products	27,75	27,625
Bally	15,375	16,25
Bk. of America	14,25	14,75
Bethlehem Steel	16,125	15,5
Black & Decker	20,5	20,125
Boeing	49,125	48,125
Brunswick	41,875	41,125
Burroughs	58,125	59,5
Caterpillar	39,875	39,625
Celanese	136,625	136,25
Chase Manhattan	64,375	64
Chrysler	42,5	45,625
Citicorp	46,875	46,25
City Investing	–	–
Clorox	48,125	46
Coca-Cola	83,125	82,125
Colgate	29,75	30,75
Commodore	10,625	10,375
Commwth. Edison	28,875	29,125
Comm. Satellite	31,875	31,625
Control Data	18,625	18,25
CPC Int.	51,625	53,125
Curtiss Wright	39,125	38,5
Deere	28,75	28
Delta Airlines	37,75	37,125
Digital Equipm.	120,875	118,375
Dow Chemical	38,875	38,375
Du Pont	63,375	65,75
Eastern Gas-Fuel	25,375	24,875
Eastman Kodak	49,625	49,125
Exxon	53,375	52,875
Firestone	20,125	20
Fluor	15,25	15,875
Ford	53,875	55,25
Foster Wheeler	12	12
Fruehauf	25,75	25
GAF Corp.	47,875	46,875
General Dynamics	68,375	69
General Electric	65,625	65,875
General Foods	–	–
General Motors	70,125	70,375
Gen. T. & E.	42,875	43,25
Goodrich	32,875	33,125
Goodyeartire	28,75	28,875
Grace	48,875	48,875
Halliburton	26,625	27,75
Heinz	32,625	33,375
Hewlett Packard	35,875	35,125
Homestake	23	23,875
Honeywell	69	68,125
IBM	139,75	139,5
Int. Tel. & Tel.	34,625	33,625
Int. Harvester	7,5	7,75
Int. Paper	47,875	47,875
Int. North. Inc.	44,5	47,5
Jim Walter	39,625	39,5
Litton Industries	81,5	80,75
Lockheed Corp.	47,875	49
Loew's Corp.	52,5	50
Lone Star	38,25	33,5
Louisiana Land	36	34,75
LTV Corp.	6,625	6,125
Mc Dermott	19,125	19,75
Mc Donnel Doug.	72,25	71,25
Merck & Co.	129,875	125,875
Merrill Lynch	33,625	32,25
Mesa Petroleum	17	16,625
MGM (Film)	25,25	25,5
Minnesota M.	84,375	82,625
Mobil Oil	31,375	31,875
Monsanto	46	44,875
Morgan J.P.	56,875	57,5
Nat. Semiconductor	12,625	12,625
National Steel	27,375	26,875
NCR	37,25	38
Newmont	47,875	45,5
PanAm World	7,875	8
Pfizer	53,75	50,25
Phibro	43,625	43,375
Philip Morris	79,5	76
Phillips Petroleum	13,125	15,125
Pittston	12,625	12,625
Polaroid	38,375	38,125
Prime Computer	22,25	20,25
Procter & Gamble	67,125	67
RCA	47,5	48,125
Revlon	57,5	57,5
Reynolds Ind.	29	27,25
Rockwell Int.	36	35,625
Rorer Group	35	39,625
Schlumberger	35,625	35,375
Sears. Roebuck	37	38,125
Singer	42,375	39
Sperry Corp.	49,75	49,25
Stand. Oil Calif.	38,125	38,375
Storage Techn.	1,75	1,875
Tandy	37,125	38
Teledyne	279,375	279
Telex Corp.	54,375	52,625
Tesoro	11,25	11,625
Texaco	32,375	34,125
Texas Instrum.	102,5	104,125
Tosco	3,875	4
Trans World Corp.	40,875	40
Transamerica	33,75	33,75
Travelers	47,625	46,75
UAL	48,75	47,375
Uccel Corp.	15,375	14,125
Union Carbide	63,5	61,875
Union Oil of Calif.	30	30,625
US Gypsum	45	44,625
US Steel	26,25	26
United Technologies	41,875	42,75
Walt Disney	99	97,875
Warner Comm.	32,625	34,5
Westinghouse El.	45,5	46,5
Weyerhaeuser	30,875	29,5
Whittaker	20,125	19,875
Woolworth	58,125	57,25
Xerox	60,125	57,5
Zenith Radio	18,375	18,25
Dow Jones Index	1471,90	1464,33
Stand. & Poors	202,17	201,52

Toronto

	29.11.	22.11.
Abitibi-Price	17,75	17,25
Alcan Alu.	34,5	37,125
Bk. of Montreal	33,875	33,125
Bk. of Nova Scotia	14,5	14,25
Bell Cda Enterprises	42,875	43,25
[illegible] Oil	3,75	3,7
Bow Valley Ind.	14,125	16,375
Brenda Mines	–	8,25
Brunswick M & Sm.	12,25	12,25
Cdn. Imperial Bk.	42,75	42,875
Cdn. Pacif. Enterpr.	29	29
Cdn. Pacific Ltd.	17,5	17,625
Cominco	11	10,875
[illegible] Res.	2,75	2,81
Denison Mines	14,875	13,5
Dome Petroleum	3,35	3,4
Domtar	20,375	19,625
Falconbridge Ltd.	17,375	17,375
Great Lakes Forest	17,25	17
Gulf Canada	20,125	20,5
Gulfstream Res.	1,25	1,35
Hiram Walker Res.	33,25	33,625
Hudson Bay Mng. Sm.	5,75	4,25
Husky Oil	9,625	9,875
Imperial Oil -A-	54,75	53,5
Inco	14,75	14,875
Inter City Gas Ltd.	17,125	17,5
Interprov. Pipeline	44,625	44,25
Kerr Addison	15,5	15,125
Lac Minerals	34,25	36,25
Massey Ferguson	3,7	3,35
Moore Corp.	27,75	28,375
Noranda Mines	14,125	14,75
Norcen Energy Res.	16	16,25
Northgate Expl.	4,7	4,6
Northern Telecom.	45,25	45,25
Nova An Alberta 'A'	6,75	6,75
Nu West Group	0,43	0,44
Oakwood Petrol	8,625	8,5
Placer Development	24,625	24
Provigo Inc.	15	15,75
Ranger Oil	5,25	5,75
Revenue Properties	2	2
Rio Algom	22	21,625
Royal Bk. of Can.	34,875	34,125
Seagram	67,75	68,5
Shell Canada	24,5	22,75
Sherritt Gordon	7,375	7,375
Stelco -A-	23,125	22,375
TransCdn. PipeLines	23,125	33,75
Westcoast Transm.	17,5	17,5
Index: TSE 300	2857,16	2851,70

Tokio

	30.11.	22.11.
Alps	1650	1700
Bank of Tokyo	726	725
Banyu Pharma	684	690
Bridgestone Tire	525	532
Canon	1090	1130
Daikin Kogyo	674	640
Daiwa House	891	892
Daiwa Sec.	775	772
Eisai	1280	1250
Fuji Bank	1440	1440
Fuji Photo	1990	2070
Fuji Radio	2840	2000
Hitachi	706	729
Honda	1180	1150
[illegible] Iron	360	350
Isetan	780	759
Ito Yokado	1570	3810
Japan Air	6700	4260
Japan Met.	325	325
Japan Syn. Rubber	332	337
Kajima	480	475
Kansai Elec.P.	1820	1910
Kao Soap	979	971
Kawasaki H	173	175
Kawasaki S	134	138
Kirin Brewery	716	735
Komatsu	506	510
Kubota Iron	343	350
Kyocera	4040	4140
Makita El.	1010	975
Marui	1550	1530
Matsushita El. Ind.	1190	1220
Matsushita El. Wks.	900	915
Mitsubishi CP	572	574
Mitsubishi El.	346	356
Mitsubishi Estate	1010	1150
Mitsubishi Heavy I.	365	377
Mitsui Co. Ltd	405	420
Mitsukoshi	657	657
Mitsumi El	820	850
Nichicon	–	829
Nihon Cement	315	299
Nikko Sec.	725	770
Nippon El.	1240	1260
Nippon Kokan	138	134
Nippon Oil	772	776
Nippon St.	155	160
Nippon Yusen	340	355
Nissan Motor	574	576
Nomura Sec.	1050	1100
Olympus	1000	1040
Penta-Ocean	346	348
Pioneer	1590	1630
Renown	750	750
Ricoh	1130	1160
Sankyo	1040	1070
Seiyu Stores	975	728
Sekisui Pref.	858	860
Sharp	895	890
Shiseido	1310	1240
Sony	3850	3900
Sumitomo Bank	1600	1620
Taisei Corp.	331	330
Taisho Marine	535	550
Takeda Chem.	887	881
Teijin	475	477
Tokyo Elec.	1300	1310
Tokyo Gas	289	299
Tokio Marine	887	910
Tokyo El. Power	2340	2430
Toray Ind.	515	519
Toshiba Elec.	356	376
Toto	875	879
Toyo Kogyo	395	392
Toyota Motor	1160	1160
Yamaichi	716	710
Yamanouchi	3000	2900
Yamaha	642	645
Yamazaki	980	897
Index	1008,40	1006,52

DSG / Schlafwagen sind in diesem Jahr besser belegt

Hotel-Sparte wird ausgebaut

adh. Frankfurt

Unverkennbar aufwärts geht es im Jubiläumsjahr der Bundesbahn bei ihrer Tochter DSG, der Deutschen Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft, die in den letzten Jahren bei Angebot und Werbung neue Wege gegangen ist. In diesem Jahr erwartet die DSG einen Umsatz von knapp 491 (452) Mill. DM; das sind fast neun Prozent mehr als im Vorjahr. Dafür sorgt nicht nur die immer beliebtere Kombination von Reisen und Speisen, auch bei den Schlafwagen legte die Gesellschaft zu, rund 515 000 Reisende (plus zwölf Prozent) werden in diesem Jahr eine Auslastung der Fahrzeuge von 70 (62) Prozent bringen, in den Liegewagen steigt die Belegung auf 60 (53) Prozent. Insgesamt werden die Einnahmen im Fahrbetrieb auf gut 170 (159) Mill. DM steigen, ein Plus von sieben Prozent.

Deutlich stärker fiel mit 13 Prozent das Plus im Bereich Restaurants, Kioske, Hotels aus, die 125 (110,5) Mill. DM zum diesjährigen Umsatz beitragen werden. Kräftig stieg auch der mit den beiden Fährschiffen erzielte Umsatz auf 77 (70) Mill. DM; sie erweisen sich übrigens immer mehr als besonders erfreuliches „drittes Bein", bestätigte die DSG-Geschäftsführung in Frankfurt.

Investiert wurden in diesem Jahr 32 (22) Mill. DM, davon allein 25 (17) Mill. DM bei den Tochtergesellschaften (Hotels, Restaurants und Fährschiffe). Erfreulich für die DSG, die ihren Bilanzgewinn in diesem Jahr auf 0,5 (0,4) Mill. DM steigern wird: Sie finanziert ihre Investitionen aus Abschreibungen und Gewinn. Da das Schienengeschäft im übrigen durch die Erfolge mit Hotels und Restaurants alimentiert wird, will die DSG in diesem Sektor weiter wachsen. Fernziel sind rund 40 Hotels, nämlich eines auf jedem Intercity-Bahnhof.

Zur Zeit beschäftigt die DSG rund 5400 Mitarbeiter, davon 3500 im Fahrbetrieb.

SEL / Im nächsten Jahr sollen 100 000 Geräte auf den Markt kommen / Kostenvorteile durch Produktionsverbund

Videorecorder-Fertigung zusammen mit Blaupunkt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nicht trotz, sondern gerade wegen der schwierigen Situation auf dem Markt für Videorecorder steige die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, nach Worten von Vorstandsmitglied Ludwig Orth in die Eigenfertigung von Videorecordern ein. Die ersten Geräte dieser neuen Generation sollen in diesen Tagen ausgeliefert werden. Das technische Grundkonzept für diesen VHS-Recorder „Digicontrol", der mit einer neuartigen digitalen Steuerung ausgerüstet ist, wurde gemeinsam mit der zur Bosch-Gruppe gehörenden Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, entwickelt.

Zugleich kooperieren SEL und Blaupunkt auf diesem Sektor in einem Fertigungsverbund. Dazu liefert Blaupunkt die in Hildesheim entwickelten und gefertigten Baugruppen, das ist die nach „außen" (Anschlußbuchsen, Leuchtanzeigen, Bedienungstasten) wirksame Technik, die komplettiert wird durch die von SEL realisierte Laufwerksteuerung (die Laufwerke selbst werden weiterhin vom japanischen Hersteller JVC bezogen) und gesamte Signalverarbeitung, an das zentrale Videogeräte-Werk der SEL in Bochum. Arbeitsteilung und Produktionsverbund sollen größere Stückzahlen und damit Kostenvorteile ermöglichen. Für das Jahr 1986 geht Orth von einer Produktion von 100 000 Videorecordern des Bochumer Werks aus, die in Design und Ausstattung differenziert unter der Marke „Blaupunkt" und unter den SEL-Marken „ITT" und „Graetz" auf den Markt kommen.

Mit dieser Kooperation (ein Spezialisierungskartell wurde nicht angemeldet), der allerdings keine kapitalmäßige Verflechtung zugrundeliegt, geht das Zusammenrücken in der europäischen Unterhaltungselektronik weiter. Erst kürzlich hatten Blaupunkt und Grundig (Philips-Konzern) eine Zusammenarbeit bei Autoradios und Farbfernsehgeräten vereinbart.

Zu den Gründen für die Aufnahme der Eigenfertigung von Videorecordern – bisher basierten sie auf japanischem Standardangebot – sagte Orth, man wolle sich mit dem alternativen Produktionskonzept „aus den Preiskämpfen unter weitgehend vereinheitlichten und daher beliebig austauschbaren Wettbewerbsprodukten heraushalten". Zugleich sichere sich SEL die Möglichkeit, ihre Erfahrungen in der Digitaltechnik in einen für die Zukunft des Unternehmens wichtigen Produktbereich einzubringen. Der inländische Marktanteil von SEL bei Videorecordern dürfte bei knapp unter zehn Prozent liegen.

In Italien hat SEL inzwischen mit einer Beteiligungsquote von 51 Prozent zusammen mit der dortigen REL (Ristrutturazione Elettronica) – 49 Prozent – die Vidital S. p. A. zu einer Videorecorder-Produktion aufgezogen, die in den Produktionsverbund mit Bochum einbezogen ist und den italienischen Markt bedient.

Molltöne hört man von Orth hinsichtlich der Ergebnisentwicklung der Sparte Unterhaltungselektronik der SEL im bisherigen Verlauf dieses Jahres. In den ersten neun Monaten seien rote Zahlen geschrieben worden, doch sei man im Oktober und November in der Gewinnzone gewesen. Alles hänge nunmehr vom Dezembergeschäft ab. Im Farbfernsehgerätegeschäft liege man stückzahlmäßig bisher leicht über dem Vorjahr, doch gebe es hier einen Preisverfall um durchschnittlich fünf Prozent. Der HiFi-Absatz werde um zwei bis drei Prozent über dem Vorjahr liegen. 1984 erreichte der Umsatz der Unterhaltungselektronik der SEL wenig verändert 1,2 Mrd. DM. Es wurden schwarze Zahlen geschrieben.

ZUCKERINDUSTRIE

Pfeiffer & Langen kauft zwei Werke

dos, Hannover

Die Pfeiffer & Langen KG, Köln, mit einem Umsatz von rund 380 Mill. DM hinter der Südzucker AG größter deutscher Zucker-Hersteller, will die Lippe-Weser AG mit den beiden Zuckerfabriken in Lage und Emmerthal übernehmen. Eine außerordentliche Aktionärsversammlung am 16. Dezember wird darüber entscheiden, ob das Vorhaben realisiert wird. Der Lippe-Weser AG sind etwa 1600 Rübenanbauer angeschlossen; die Gesellschaft erzielte zuletzt mit 200 Mitarbeitern 132 Mill. DM Umsatz.

Wie es heißt, hat Pfeiffer & Langen den bäuerlichen Aktionären für die 100-DM-Aktie ein Angebot von 750 DM unterbreitet. In der niedersächsischen Rüben- und Zuckerwirtschaft wird das Vorhaben kritisiert: Die Zuckerindustrie wandere immer mehr von bäuerlicher Hand in nichtlandwirtschaftliche Bereiche.

Am 28. November 1985 verstarb, für uns alle völlig unerwartet,

Dr. rer. nat. Franz Josef Meyer

Mitglied des Vorstandes der Hüls AG

Dr. Meyer hat uns viele Jahre als Mitglied unseres Aufsichtsrates mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen zur Seite gestanden. Wir erinnern uns gern der vertrauensvollen Zusammenarbeit und der freundschaftlichen Verbundenheit, die er unserem Unternehmen stets bewiesen hat.

Aufsichtsrat **Geschäftsführung** **Betriebsrat**

Salzgitter Industriebau GmbH



An alle Freunde Kolumbiens

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Bogotá
die Deutsch-Kolumbianische Industrie- und Handelskammer, Bogotá
die katholische Pfarrei deutscher Sprache „St. Michael", Bogotá
die evangelische Gemeinde deutscher Sprache „San Mateo", Bogotá
das deutsch-kolumbianische Sozialwerk „Scalas", Bogotá
der deutsch-kolumbianische Freundeskreis e. V., Düsseldorf und Bogotá

haben in Anbetracht der tragischen Naturkatastrophe, hervorgerufen durch den Ausbruch des „Nevado del Ruiz" in den mittleren Kordilleren Zentralkolumbiens, beschlossen, dem Land mit einer gemeinsamen Aktion zu helfen und gleichzeitig die zahlreichen Hilfeleistungen des Handels, der Industrie und des privaten Bereichs in einem zu diesem Zweck gegründeten Komitee zu koordinieren.

Im Rahmen des Wiederaufbaues der zum Teil völlig zerstörten Städte und Gemeinden soll die Finanzierung und Verantwortung für den Neubau einer Ausbildungsstätte übernommen werden.

Geldspenden werden erbeten auf das Konto Nr. 1 347 der Darlehnskasse im Bistum Essen, BLZ 360 602 95.

Entsprechende Spendenbescheinigungen werden nach Eingang der Beträge auf obigem Konto ausgestellt.

Präsidium des Deutsch-Kolumbianischen Freundeskreises e. V.
Feldstraße 63, 4000 Düsseldorf 30
FS-Nr. 8 584 253 dyco d
Telefon 02 11 – 49 20 39 oder 0 61 31 – 3 31 42
Dr. Klaus Dyckerhoff
Prof. P. Konder
Weihbischof E. Stehle

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Meinungen: Enno von Loewenstern
[illegible]

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106
4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

[illegible]

FINANZANZEIGEN

ROLINCO

ROLINCO N.V.
Rotterdam
Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 29. November 1985 hat u.a. beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984/85 eine Dividende in Höhe von hfl 1,64 auf jede Stammaktie zu nom. hfl 10,— auszuschütten.

Die Dividende kann vom 10. Dezember 1985 an gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 27 entgegengenommen werden. Der Gegenwert der Dividende wird in Deutscher Mark zum Tageskurs oder auf Wunsch in holländischen Gulden gutgeschrieben oder ausgezahlt. Zahlstellen sind im Bundesgebiet und in Berlin (West) sämtliche Niederlassungen der nachstehend genannten Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank AG
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG.

Die Aktien unserer Gesellschaft werden ab 2. Dezember 1985 an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg und München "ex Dividende" gehandelt und amtlich notiert.

Besteuerung der Erträge in Deutschland
In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind die Erträge gemäß § 17 des Auslands-Investmentgesetzes zu versteuern.
Von der Dividende in Höhe von hfl 1,64 je Stammaktie über hfl 10,— unterliegen hfl 1,51 d.h. hfl 1,64 abzüglich hfl 0,13 die bereits früher als ausschüttungsgleicher Ertrag versteuert wurden, der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

Besteuerung in den Niederlanden
Die Dividende wird grundsätzlich unter Abzug einer niederländischen Dividendensteuer (Quellensteuer) von zur Zeit 25 % ausgezahlt.
Nach dem deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 16. Juni 1959 (BGBl 1960 II. S. 1781) haben in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) ansässige Aktionäre auf Antrag einen Anspruch auf Ermäßigung der niederländischen Dividendensteuer auf 15 %. Der diesbezügliche Ermäßigungsantrag ist grundsätzlich zusammen mit den Dividendenscheinen einzureichen bzw. nach den niederländischen Ausführungsbestimmungen innerhalb einer vertretbaren Zeit nach dem Fälligkeitstermin der Dividende nachzureichen. Bei der gegenwärtigen Praxis der niederländischen Stellen empfiehlt es sich in diesem Falle jedoch, eine Frist von etwa 3 - 4 Wochen einzuhalten. Der Ermäßigungsantrag ist auf dem vorgeschriebenen Vordruck zu stellen und mit einer Wohnsitzbestätigung des für den Aktionär zuständigen Finanzamtes versehen zu lassen.

Demnach wird von der Dividende von	hfl 1,64
25 % in den Niederlanden einbehalten	hfl 0,41
worauf auf Antrag 2/5 erstattet werden	hfl 0,16

Wiederanlage der Dividende in Rolinco-Aktien
Den Aktionären bieten wir an, die Dividende (nach Abzug von 25 % niederländischer Dividendensteuer) spesenfrei wieder in Aktien unserer Gesellschaft zu einem Vorzugskurs anzulegen. Der Kurs, zu dem die Wiederanlage vorgenommen werden kann, wird am 10. Dezember 1985 — dem Tag der Dividendenzahlung — bekanntgegeben werden. Dieser Kurs wird ungefähr 1 % unter dem an der Amsterdamer Börse am 10. Dezember 1985 notierten Kurs liegen. Die aus der Dividendenzahlung zu erwerbenden Aktien können zum gleichen Kurs auf volle Anteile aufgerundet werden. Aktionäre, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, werden gebeten, bis zum 10. Dezember 1985 ihrer Depotbank einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Bilanz zum 31. August 1985

Aktiva	hfl	Passiva	hfl
Wertpapiere:			
Europa	1.463.915.977	Stammaktienkapital	603.058.940
Amerika	1.382.502.456	Agiorücklage	316.878.936
Japan	829.519.273	Sonstige Rücklagen	3.159.879.454
Übrige Gebiete	256.831.452	Gewinnvortrag	131.424
	3.932.769.158	Den Stammaktionären zustehendes Vermögen	4.079.948.754
		5 1/2 % kumulatives Vorzugsaktienkapital	5.000.000
Festgelder u. andere flüssige Mittel	223.105.711	6 1/2 % kumulatives Vorzugsaktienkapital	6.928.700
Forderungen:			4.091.877.454
Forderungen aus Dividenden u. Zinsen	5.069.464		
Forderungen aus Wertpapiergeschäften	12.816.510	6 1/2 Wandelanleihe	21.741.300
Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	1.068.905		4.113.618.754
Sonstige Forderungen	65.144.915	Ausschüttungen für das Geschäftsjahr	99.837.633
		Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften	8.125.286
		Sonstige Verbindlichkeiten	18.392.990
	4.239.974.663		4.239.974.663

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. September 1984 bis 31. August 1985

Aufwendungen	hfl	Erträge	hfl
Verwaltungskosten	7.958.559	Erträge aus Anlagen	100.232.437
Zinslasten	1.413.834		
Reingewinn	90.860.044		
	100.232.437		100.232.437

Der Aufsichtsrat
H. H. Nauta, H. J. E. van Beuningen, The Earl of Cromer, J. M. Goudswaard, J. Kremers, J.-M. Lévêque, B. Pruijt, W. Scheel, S. Veil, J.-Ch. Velge, H. J. Witteveen, J. Zijlstra

Der Vorstand
Th. M. Scholten, A. J. van Oostveen, W. M. Engelberts, N. J. H. van der Meer, N. W. Veer

Prüfungsvermerk
Wir haben den Jahresabschluß 1984/85 der Rolinco N.V. geprüft. Aufgrund dieser Prüfung bestätigen wir, daß dieser Jahresabschluß einen getreuen Einblick in den Umfang und die Gliederung des Vermögens der Gesellschaft zum 31. August 1985 und des Ergebnisses des Geschäftsjahres 1984/85 vermittelt.

Rotterdam, den 4. Oktober 1985 — Dijker en Doornbos/accountants

Die Hauptversammlung vom 29. November 1985 hat folgende Gewinnverwendung beschlossen (Art 39, 40, 41 der Satzung):

Reingewinn des Geschäftsjahres		hfl 90.860.044
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		hfl 728.189
		hfl 91.588.233
Nicht-ausgeschüttete Dividende für das vorige Geschäftsjahr		hfl 1.380.824
		hfl 92.969.057
der allgemeinen Rücklage entnommen		hfl 7.000.000
zur Ausschüttung verfügbar		hfl 99.969.057
wie folgt zu verteilen:		
Dividende auf Stammaktien	hfl 98.901.667	
Dividende auf 5 1/2 % kumulative Vorzugsaktien	hfl 275.000	
Dividende auf 6 1/2 % kumulative Vorzugsaktien	hfl 449.716	
Feste Gehälter für 12 (13) Aufsichtsratsmitglieder*)	hfl 211.250	hfl 99.837.633
Vortag auf neue Rechnung		hfl 131.424
		hfl 99.969.057

Rotterdam, im November 1985 — Der Vorstand

*) für ein Aufsichtsratsmitglied nur anteilig für das abgelaufene Geschäftsjahr.

FUSSBALL / Mönchengladbach ist die Elf der Stunde: Nach Real auch München besiegt

ERGEBNISSE

Bremen – Stuttgart	6:0	(3:0)
Düsseldorf – Uerdingen	1:1	(0:1)
Leverkusen – Schalke	2:0	(1:0)
Dortmund – Hannover	2:0	(1:0)
K'lautern – Saarbrücken	1:1	(0:0)
M'gladbach – München	4:2	(2:0)
Frankfurt – Hamburg	ausgefallen	
Bochum – 1. FC Köln	ausgefallen	
Mannheim – Nürnberg	ausgefallen	

DIE SPIELE

Düsseldorf – Uerdingen 1:1 (0:1)

Düsseldorf: Schmadtke – Zewe – Bunte, Kuczinski – Bockenfeld, Weikl, Fach, Demandt (46. Jakobs), Kremers (46. Dusend) – Del'Haye, Holmquist. – **Uerdingen:** Bäger – Klinger – Dämgen, Wöhrlin – Bommer, W. Funkel, Feilzer (86. Kirchhoff), Edvaldsson, Buttgereit – Schäfer, Gudmundsson (77. Brinkmann). – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 W. Funkel (15.), 1:1 Bockenfeld (47.). – **Zuschauer:** 4500. – **Gelbe Karten:** Weikl (3), Bockenfeld (4/2), Jakobs, Bommer (3).

Leverkusen – Schalke 2:0 (1:0)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Zanter (76. Hielscher), Hinterberger (59. Geschlecht) – Götz, Zechel, Reinhardt, Patzke, Drews – Waas, Tscha. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Jakobs, Roth – Kleppinger, Dierßen, Kruse (71. Skibbe), Thon, Opitz (63. Regenbogen) – Hartmann, Täuber. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Waas (24.), 2:0 Waas (86.). – **Zuschauer:** 8500. – **Gelbe Karte:** Jakobs (2).

Dortmund – Hannover 2:0 (1:0)

Dortmund: Immel – Pagelsdorf – Storck, Hupe – Zorc, Bittcher, Raducanu, Anderbrügge (74. Loose), Kutowski – Wegmann, Schüler (63. Simmes). – **Hannover:** Raps – Hellberg – Kuhlmey, Vjetrovic – Surmann, Gerber, Giesel, Heidenreich (63. Fleer), Baier – Reich, Schaub (68. Gue). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 1:0 Zorc (31.), 2:0 Zorc (68.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Hupe (3), Kuhlmey (4), Surmann (3).

K'lautern – Saarbrücken 1:1 (0:0)

K'lautern: Ehrmann – Dusek – Wolf, Majewski – Geye, Ellenfeldt, Brehme, Schupp – Wuttke, Allofs, Roos (33. Trunk). – **Saarbrücken:** Hallmann – Boysen – Foda (52. Berge), W. Müller, Kruszynski – Muntubila, Jambo, Blättel, Jusufi – D. Müller (77. Schnier), Seel. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 Allofs (48.), 1:1 Blättel (53.). – **Zuschauer:** 16 193. – **Gelbe Karten:** Trunk (4), Wuttke (2), Kruszynski (2).

M'gladbach – München 4:2 (2:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Borowka – Drehsen, Herlovsen (56. Krisp), Rahn, Lienen, Frontzeck – Mill, Criens (70. Pinkall). – **München:** Aumann – Augenthaler – Eder, Pflügler – Flick (27. Hartmann), Nachtweih, Rummenigge, Lerby, Willmer – Mathy (46. Kögl), Hoeneß. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 1:0 Criens (7.), 2:0 Criens (25.), 3:0 Rahn (57.), 3:1 Rummenigge (70., Foulelfmeter), 3:2 Nachtweih (76.), 4:2 Drehsen (79.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karten:** Rahn (2), Lerby (4/2), Willmer.

Bremen – Stuttgart 6:0 (3:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop – Hermann, Ruländer, Votava, Meier, Okudera – Burgsmüller, Neubarth (46. Ordenewitz). – **Stuttgart:** Roleder – K.-H. Förster – Buchwald, Nushöhr (65. Zietsch) – Schäfer, Hartmann, Allgöwer, Müller, Sigurvinsson – Schlegel (46. Klinsmann), Pasic. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 1:0 Burgsmüller (19.), 2:0 Kutzop (34.), 3:0 Kutzop (43., Foulelfmeter), 4:0 Ordenewitz (57.), 5:0 Ordenewitz (74.), 6:0 Burgsmüller (86.). – **Zuschauer:** 21 653. – **Gelbe Karten:** Meier (3), Schäfer (3).

VORSCHAU

Nachholspiele:

Dienstag, 3. 12., 19.30 Uhr:

Stuttgart – Leverkusen (4:1)

Dienstag, 3. 12., 20 Uhr:

Hannover – K'lautern (–:–)
Köln – Mannheim (0:0)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Start in die Rückrunde

Freitag, 6. 12., 19.30 Uhr:

Leverkusen – Hannover (1:1)

Freitag, 6. 12., 20 Uhr:

Mannheim – Düsseldorf (1:4)
Dortmund – Saarbrücken (1:1)

Samstag, 7. 12., 15.30 Uhr:

Bochum – Nürnberg (0:1)
Frankfurt – Köln (1:1)
K'lautern – Hamburg (1:4)
Bremen – Schalke (1:0)
M'gladbach – Stuttgart (0:0)
München – Uerdingen (0:1)

In Klammern Hinspiel-Ergebnisse.

Zuschauerzahlen steigen leicht an

Der Rückgang der Zuschauerzahlen wurde gestoppt. Nachdem in der letzten Saison der Besucher-Schnitt unter die Marke von 20 000 (exakt 18 961) gesunken war, ist die Bilanz trotz der noch ausstehenden acht Nachholspiele in dieser Saison besser. Insgesamt kamen zu 145 Spielen 2 964 597 Fans. Das entspricht einem Schnitt von 20 446. Bayern München führt die Statistik (Schnitt: 36 375) an, gefolgt von Hannover (32 948), das sein Plansoll von 15 000 um mehr als hundert Prozent übertraf. Die schwächsten Bilanzen haben Uerdingen (12 868), Leverkusen (11 087) und Düsseldorf (9398).

Sechs Spieler trafen zweimal ins Tor

Sechs Spieler traten am letzten Spieltag der Hinrunde gleich zweimal als Torschützen in Aktion. Die drei Bremer Burgsmüller, Ordenewitz und Kutzop sowie Zorc (Dortmund), Waas (Leverkusen) und Criens (Mönchengladbach). Die Torschützenliste zeigt, warum Bremen den Ausfall des Torjägers Rudi Völler so gut verkraftet hat: Unter den acht besten Torschützen der Bundesliga sind die Norddeutschen gleich mit drei Spielern vertreten. Neubarth erzielte 10 Tore, Völler und Kutzop je neun. Es führt weiterhin Kuntz (Bochum) mit 14 Treffern vor dem Mannheimer Remark (12).

Bremen zur Saison-Halbzeit vorn

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	17	11	3	3	50:27	25:9	34:8	15:1	16:19	10:8
2. M'gladbach	16	9	4	3	37:22	22:10	24:8	14:4	13:14	8:6
3. München	17	10	2	5	32:20	22:12	23:5	14:2	9:15	8:10
4. Hamburg	16	9	3	4	27:13	21:11	19:5	13:3	8:8	8:8
5. Leverkusen	16	7	5	4	32:21	19:13	23:11	14:4	9:10	5:9
6. Bochum	16	8	1	7	33:26	17:15	23:12	11:5	10:14	6:10
7. Mannheim	15	6	4	5	27:22	16:14	21:8	13:5	6:14	3:11
8. Köln	15	5	6	4	25:24	16:14	17:9	11:3	8:15	5:11
9. K'lautern	16	6	4	6	22:21	16:16	16:4	14:4	6:17	2:12
10. Stuttgart	16	7	2	7	28:28	16:16	15:6	9:5	13:22	7:11
11. Uerdingen	16	6	4	6	25:39	16:16	13:15	9:5	12:24	7:11
12. Schalke	16	5	4	7	20:24	14:18	11:6	9:5	9:18	5:13
13. Dortmund	16	5	4	7	25:32	14:18	18:13	11:7	7:19	3:11
14. Saarbrücken	17	3	7	7	22:30	13:21	15:10	11:5	7:20	2:16
15. Frankfurt	16	2	8	6	15:27	12:20	7:8	8:8	8:19	4:12
16. Hannover	16	4	4	8	25:43	12:20	11:10	7:7	14:33	5:13
17. Nürnberg	16	4	2	10	23:31	10:22	15:17	7:11	8:14	3:11
18. Düsseldorf	17	3	3	11	25:43	9:25	18:15	9:9	7:28	0:16

Hymne auf Werder wird schon gesungen

„Dreimal ist Bremer Recht" – so lautet seit Jahrhunderten der Zunftspruch der hanseatischen Kaufleute von der Weser. Die Fußball-Profis von Werder Bremen könnten an die Tradition anknüpfen. Nach zwei Vize-Meisterschaften 1983 und 1985 steuern sie zum dritten Mal auf Meisterkurs. Dreimal ist Bremer Recht – wenn die Tradition gewahrt wird, kann Bremen am Saisonende erstmals nach 21 Jahren zur Meisterfeier laden. Das Blödel-Duo Klaus und Klaus hat schon einen Reim darauf gemacht: „Ja bei Werder Bremen, da wackelt die Wand, denn der deutsche Meister kommt vom Weserstrand."

Skandinavier jubeln über Spitzenspiel

Begeisterungsstürme hat das Schlagerspiel zwischen Mönchengladbach und München in Skandinavien entfacht. Wie in der Vorwoche die Begegnung München gegen Bremen wurde das Spiel in Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island direkt übertragen. „Unser bestes Spiel seit dem Start unserer Sendung," urteilte der dänische Sportschau-Moderator Claus Borre. Die Kopenhagener Zeitung „Politiken" bezeichnete es als „unglaublich unterhaltsam. Die Zuschauer hatten vor lauter Spannung keine Zeit, die vorhandenen spielerischen Schwächen zu registrieren."



Der Kampf um die Spitze ist rauh: Mönchengladbachs Mittelfeldspieler Ulli Borowka – Bein und Arm voraus – im fliegenden Angriff auf den ebenfalls nicht zimperlichen Münchner Klaus Augenthaler. FOTO: HORSTMÜLLER



Jubelnder Torschütze im Netz: Hans-Jörg Criens. FOTO: MÜLLER

Criens feierte lieber mit der Freundin zu Hause als im ZDF-Sportstudio

U. SCHRÖDER, M'gladbach

Unter der Dusche verteilten sie die Tore. Sie hatten ja genug davon. „Ich war noch mit der Stirn dran, ganz leicht, aber ich war dran", sagt Uwe Rahn zu Hans-Jörg Criens. Sie redeten vom zweiten Tor, dem 2:0 in der 24. Minute nach einem Stoß von Ewald Lienen. Der Lautsprecher hatte Rahn als Torschützen gemeldet.

„Okay, dann ist es dein Tor", sagte Criens, und die Freigebigkeit fiel ihm leicht. „Am Mittwoch, beim 5:1 gegen Real", sagt er, „wurde Rahn als Schütze benannt. Aber da war ich noch dran am Ball." Unterm Strich bleibt sich's also gleich, Criens oder Rahn. Und unterm Strich standen diese beiden auch als Hauptfiguren des doppelten Mönchengladbacher Spektakels.

● Uwe Rahn, 23 Jahre alt, seit über vier Jahren in Mönchengladbach, einer aus Klaus Schlappners Mannheimer Talent-Truppe, Typ Spielmacher. Einer, den Schlappner verkannt hatte.

● Hans-Jörg Criens, 25 Jahre alt, ein Junge aus Neuss, aus der Nachbarschaft also. Typ Torjäger. Mit einem unverschämten Kopfballspiel. Die Borussen hatten ihn entdeckt und noch als Amateuer vom VfR Neuss herübergeholt.

Beide haben gerade den besten Teil ihrer Karriere begonnen. Das Mittelstück. Sie sind sozusagen im besten Alter, und das tut der Branche gut. Jedenfalls bieten die Borussen ein Kontrastprogramm zu Werder Bremens Wiedergeburt der Veteranen. Statt kühler Abschätzung der Möglichkeiten betreiben die beiden ihren Job eher idealistisch hingebungsvoll. Rahn hätte eigentlich gar nicht spielen dürfen. Er war stark erkältet. Nach dem Spiel war die Stimme weg. Und Criens reizte die Frage, wie müde er nun sei nach zwei solchen Spielen, nur zum Lachen. „Wenn's gegen die Bayern geht, kann ich drei Spiele pro Woche machen und bin nicht müde."

Die jungen Herren mußten nicht gebeten werden. Und als reine Pflichterfüllung werteten sie ihre Arbeitsleistung auch nicht. Das Gegenteil von Null-Bock also. Und zum Genuß des frischen Ruhms hatten sie auch die richtige Einstellung. Rahn hätte sich in Köln bei einem Hallenfest feiern lassen können. Und Criens war im Sportstudio des ZDF eingeladen. „Ach nein", sagt er, „ich möchte lieber nicht kommen. Wissen Sie, meine Freundin und ich wollen uns einen gemütlichen Abend machen. Und sie hat gekocht. Schweinenierchen."

Vielleicht sind das die Typen, die der Branche fehlen. Statt bundesweit und in Farbe auf dem Schirm lieber Schweinenierchen. Und wenn der Teamchef Franz Beckenbauer Mönchengladbachs Stopper Hannes „immer noch ein Thema für Mexiko" nennt, so ist Criens gewiß auch eines.

Ohnehin, die Bundesliga läuft zur Zeit auf der Borussen-Schiene. 5:1 gegen Real Madrid, 4:2 gegen Bayern München. Den spanischen Spitzenreiter demontiert, dem Top-Team der Bundesliga eine volle Gerade vor das feine Hemd geknallt. Da kommt Lob von allen Seiten. „Gratulation, für beide Spiele", sagte Lattek. „Heute hätten wir hier auch mit Pfaff, Matthäus und Winklhofer nicht gewonnen." Die Medien kleideten die beiden Borussen-Triumphe sogleich in ein „Schlagwort": Mönchengladbachs Fußball-Werbe-Woche. Sich selber loben die Borussen natürlich auch. Jupp Heynckes jedenfalls fühlt sich an 1971 erinnert: „Da schlugen wir Inter Mailand und Schalke hintereinander 7:1."

Freilich, die sogenannte Motivation stimmte. Vor dem Spiel gegen Real die Erinnerungen an den Betrug von damals. Und vor dem Spiel gegen die Bayern deren Knochenpartie mit Werder Bremen. Und Augenthalers Foul an Völler. Der Bayer lief Spießruten auf dem Bökelberg. Geifernd hingen die Fans am Zaun. Nach dem Spiel schob Augenthaler die TV-Kameras weg: „Von wegen Brutalo-Fußball. Die ganze Woche über habt ihr mich ständig madig gemacht." Der Ärger war doppelt und dreifach. Denn Münchens Trainer Lattek hatte bei „komplexen Abwehrsituationen" entscheidende Fehler seines Teams erkannt. Bei drei Kopfballtreffern Borussias versagte Bayerns komplette Abwehr, und die wird immerhin vom Libero Augenthaler organisiert und dirigiert.

In solchen Szenen aber drückte sich nur die totale Überlegenheit der Borussen aus. „Die kämpferische, die spielerische, die läuferische", wie Heynckes sagte. Die Borussen waren noch stärker als im Spiel gegen Real Madrid. Weil die Bayern auch stärker als die Spanier spielten. In parallelen Situationen verhielten sich die Borussen gleich. Wie sie Stück für Stück Bayerns von Lerby geführtes Spiel lähmten. Und wie sie, als die Bayern Druck und zwei Tore machten, die Kontrolle und den Kopf behielten und das Spiel nicht kippen ließen, das waren Situationen, wie sie schon vier Tage zuvor im Rheinstadion zu erleben waren. Dergleichen schaffen nur Mannschaften von Klasse, und womöglich sind die Borussen dabei, eine solche Mannschaft zu werden. Das Geld, um die vielen auslaufenden Spielerverträge zu verlängern, haben sie nun. Aber was nützt das auf lange Sicht, wenn das großräumige Denken fehlt.

Mönchengladbach befindet sich nun wieder am Anfang eines Weges, der schon ein paarmal vor ihnen lag und ostwärts über den Rhein, nach Düsseldorf, führt. Es ist nur eine Idee, die Mut verlangt, aber gewiß keine utopische Idee: Falls die Düsseldorfer Fortunen absteigen, liegt riesiges Bundesliga-Brachland vor den Herren vom Bökelberg. Sie müssen es nur besetzen. Sie müssen von ihrem Berg herabsteigen und sich im Düsseldorfer Rheinstadtion niederlassen, neues Publikum, neue Fans gewinnen und das Wachstum riskieren, das sie seit Jahrzehnten scheuen.

Erich Ribbecks Schlankheitskur für Herbert Waas

Von HEINZ STUMM

Unter **Franz Beckenbauers** (40) Sängerknaben, die gestern in Köln ihre Stimmbänder zur Aufbesserung ihrer Bezüge bemühten (siehe nächste Seite), war einer besonders lustvoll bei der Sache: **Herbert Waas** (22), vom Naturell her eher zurückhaltend, hatten zwei Tore gegen Schalke 04 in entsprechende Stimmung versetzt. Nach 365 Minuten Sendepause meldete sich der Junggeselle aus Passau als Torjäger zurück. Das Überraschende an seinen beiden Treffern, gegen die sich der gewiß gute Schalker Torhüter **Walter Junghans** (27) vergeblich streckte, war, daß Waas mit dem rechten Fuß zum Erfolge kam.

Länger als ein Jahr hatten sich die Mediziner mit diesem Fuß beschäftigt, der für sie nach einem Foul des Frankfurter Vorstoppers **Karl-Heinz Körbel** (31) an dem Leverkusener Stürmer zum Problemfall geworden war. Erst nach monatelanger Behandlung wurde man fündig: Ein Haarriß am Verbindungsstück zwischen Schienbein und Knöchel.

In dieser Zeit büßte Waas seine Spritzigkeit ein und nahm auch sichtlich zu, was den Gladbacher Erfolgstrainer **Jupp Heynckes** (40) zu der respektlosen Bemerkung provozierte: „Der Waas ist zu satt (Anspielung auf die Ausnahmegage des Spielers, etwa 400 000 Mark). Der bewegt sich ja kaum noch."

Das war zu Zeiten von Trainer **Dettmar Cramer** (65), der einst den jungen Mann nach Leverkusen holte und ihn zu einem zweiten **Karl-Heinz Rummenigge** (30) aufpäppeln wollte. Noch heute geht das Bonmot von Cramer um, er habe Rummenigge in den Hintern getreten und so zum Nationalspieler gemacht. Und Waas habe daraufhin geantwortet: „Dann treten Sie mich auch, Trainer." Nach Trennung vom Fußball-Professor fürchteten viele, Waas werde ohne seinen Ziehvater im Umfeld der Werksmannschaft seelisch verkommen, zumal auch sein bayerischer Kumpel **Helmut Winklhofer** (24) Leverkusen wieder verließ. Doch Waas kam auch unter **Erich Ribbeck** (48) zurecht. Und die Nestwärme bezieht er von Freundin **Evi**, die aus München stammt.

Ribbeck gelang es in aller Stille, Waas wieder spritzig und schlank zu machen, was seinen Kollegen **Thomas Hörster** (29) gar nicht verwundert. Denn für den angelernten Libero ist es unmöglich, vom Training des früheren DFB-Trainers nicht angetan zu sein. Auf die Frage, wer von seinen bisherigen Trainern wohl für ihn der wertvollste gewesen sei, antwortet Hörster, beim 2:0 gegen Schalke ein exzellenter Abwehrchef, spontan: „Erich Ribbeck natürlich." Gründe für seine Begeisterung hat Hörster, sonst auch nicht gerade einer der Redefreudigsten, zur Hand: „Erich Ribbeck kann schnell und klar seine Gedanken vermitteln und trainiert ganz und gar praxisbezogen und phantasiereich. Bei ihm gelang es uns, schnell das gewiß nicht leichte Raumdeckungsspiel zu begreifen." Er selbst kann sich als Nutznießer der Umstellung – bei Cramer wurde noch die altmodische Manndeckung praktiziert – fühlen. „Die erste Zeit zahlte ich ein bißchen Lehrgeld, bekam sechs gelbe Karten, weil ich noch nicht das richtige Gefühl für das richtige Eingreifen hatte. Doch jetzt habe ich es kapiert", freut sich Hörster. Ihm ist es gelungen, den um einen Kopf kleineren **Dieter Bast** (34), der jetzt auf der Ersatzbank schmort, endgültig zu verdrängen.

Waas und Hörster stimmen darüber überein, daß es wichtig und richtig war, endlich einmal auf die unter Dettmar Cramer permanent betriebene Personalaufstockung zu hohen Preisen zu verzichten. „Wir sind heute schon ein eingespieltes Team, und das muß man auch sein, wenn man Raumdeckung spielt. Denn bei diesem System muß jeder Spieler wissen, wie der andere reagiert", sagt Hörster, der jetzt schon die Zukunft plant. Beim Bayer-Werk will der gelernte Radio-Fernmeldetechniker im neuen Jahr sich zum Kaufmann ausbilden lassen und gleichzeitig den A-Schein als Trainer erwerben.

Waas wie Hörster, aber auch Erich Ribbeck halten Leverkusen noch nicht für stark genug, in den Meisterschaftskampf einzugreifen. „Aber einen Platz im UEFA-Cup müßten wir schaffen", sieht Hörster die jahrelang im Schwebezustand befindliche Werksmannschaft des Chemie-Giganten auf Stabilisationskurs.

*

Mit einem UEFA-Cup-Platz gibt sich der FC Bayern München auch nach dem 2:4 auf dem Gladbacher Bökelberg nicht zufrieden. „Wir stecken nicht auf und haben auch keinen Grund", sagte gestern in Köln „Chorknabe" **Klaus Augenthaler** (26). Die Niederlage hat ihn keineswegs deprimiert. Nur meint er, daß Bayern zum falschen Augenblick zur Heynckes-Mannschaft gekommen sei. „Die Borussia spielte noch im Sog des großartigen UEFA-Pokalspiels gegen Real Madrid. Die Moral aus diesem 5:1-Sieg und die übliche Motivation gegen den FC Bayern haben verhindert, daß es einen Rückschlag gab", meinte Augenthaler.

Bayern-Trainer **Udo Lattek** (50) nahm ihn von Kritik nicht aus, wenn er offen von haarsträubenden Abwehrfehlern sprach. Und Augenthaler steckte diese Kritik auch weg. Energisch aber wehrte er sich gegen den Einwand, seine Leistung habe darunter gelitten, daß ihn das Publikum in Gladbach sozusagen als Blitzableiter mißbrauchte. „Daß die mich auspfeifen werden, nachdem sich die Medien so lange an meinem unglücklichen Foul gegen Rudi Völler aufgehalten haben, war mir klar. Deshalb habe ich mich darauf einstellen können. Wir haben, und das muß ich wirklich betonen, nicht verloren, weil wir schlecht gespielt haben, sondern weil Gladbach mit Begeisterung den besseren Fußball geboten hatte."

*

Zum Jahresende sollte **Wolfgang Kleff** (39) seine vorübergehende Profi-Tätigkeit beim VfL Bochum eigentlich wieder einstellen, doch Bochums Trainer **Rolf Schafstall** (48) will „Otto", früher Held vieler Gladbacher Europapokalschlachten, unbedingt behalten:

Erstens, weil Kleff, und das ist neu in der Branche, mit seinem heiteren Gemüt fürs Betriebsklima so förderlich sei. Und zweitens, weil Kleff gerade im Winter als zweiter Torhüter hinter **Ralf Zumdick** (27) äußerst wertvoll sei. Nur so, also mit Kleff, könne sich Bochum durchaus berechtigte Hoffnungen auf einen UEFA-Pokalplatz machen.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Rehhagel: „Ich will totalen Erfolg, aber doch nicht als Marktschreier"

Wird Werder Bremen deutscher Meister? 17mal seit Einführung der Bundesliga vor 22 Jahren hat die Mannschaft, die nach der Hinspielserie an der Tabellenspitze stand, auch den Titel gewonnen, gibt Ihnen das Mut, Herr Rehagel?

Rehhagel: Das zählt für mich überhaupt nicht, denn kein Mensch kann mir die Garantie geben, daß wir am Ende der Saison ganz oben stehen werden.

WELT: Die Aussage ist wohl typisch für Sie. Bei Ihnen, so hat man jedenfalls oft den Eindruck, gehört das Tiefstapeln zum Geschäft.

Rehhagel: Das ist eine absolut blödsinnige Interpretation. Richtig ist, daß ich Realist bin. Ich weiß, daß wir noch 17 Spiele vor der Brust und daß wir, wenn Mönchengladbach die Nachholbegegnung in Uerdingen gewinnen sollte, gerade mal einen Punkt Vorsprung vor den Borussen haben. Also bei solch einer Konstellation wäre ich doch geradezu ein Spinner, wenn ich es zuließe, daß unsere Mannschaft bereits jetzt als Meister gefeiert würde. Ich rechne mit einem Vierkampf bis zum Schluß, denn auch Bayern München und der HSV können das Rennen machen.

WELT: Viele glauben, daß Werder Bremen 1983 und 1985 nur deswegen den Titel verpaßt hat und jeweils knapp abgeschlagen nur Zweiter wurde, weil Sie durch Ihr Tiefstapeln der Mannschaft nicht genügend Selbstvertrauen gegeben haben.

Rehhagel: Das ist ganz einfach falsch. Ich strebe immer den totalen Erfolg an, und ich maloche rund um die Uhr, um den zu erreichen. Diese Einstellung vermittle ich natürlich auch meinen Spielern. Das kann aber doch nicht heißen, daß ich mich als Marktschreier betätigen muß und Dinge verspreche, die ich vielleicht gar nicht einhalten kann.

WELT: Dennoch, haben Sie nicht das Gefühl, daß die Bremer so allmählich eine Meisterschaft von Ihnen verlangen?

Rehhagel: Ich bin nicht blind und nicht taub. Ich sehe und höre, daß die Fans und auch manche Medien die Ansprüche so hoch geschraubt haben. Aber Gott sei Dank bin ich nicht denen, sondern ausschließlich dem Verein und das ganz speziell dem Werder-Präsidium verpflichtet.

WELT: Und das stellt keine Forderungen?

Rehhagel: Klar wollen auch die Herren, daß wir Meister werden. Aber sie setzen mich nicht unter Druck. Sie werten, daß ich hier seit Jahren engagierte und gute Arbeit leiste. Ich bin sicher, daß unsere optimale Zusammenarbeit auch dann störungsfrei fortgesetzt würde, wenn wir den Titel nicht holen. Aber um das noch einmal ganz deutlich zu machen: Wir alle wollen ihn, und die Voraussetzungen, das große Ziel zu schaffen, sind günstig wie lange nicht mehr.

WELT: Für Sie ganz persönlich wäre der Gewinn der Meisterschaft aber doch ziemlich wichtig, denn er würde Sie von dem Image befreien, daß Sie das Zeug zum richtigen Meistermacher vielleicht nicht haben.

Rehhagel: Sie können mir keinen Komplex einreden. Ich weiß, was ich kann. Meine Spieler wissen es mit Sicherheit auch. Aber es ist nun einmal so, und dieses Gesetz kann der beste Trainer der Welt nicht außer Kraft setzen: zum Titelgewinn gehört neben aller fachlichen Qualität auch eine gehörige Portion Glück. Und dieses Glück kann niemand erzwingen.

WELT: In der letzten Zeit ist sehr oft sehr positiv vermerkt worden, daß Sie niemals in dieser Saison gejammert haben, als das große Verletzungspech über ihre Mannschaft hereinbrach. Wie sah es denn in Ihnen selbst aus?

Rehhagel: Ich sagte es ja, ich bin Realist, und lamentieren hilft nicht weiter. Aber daß Rudi Völler oder Johnny Otten, daß mein Kapitän Benno Möhlmann, daß Wolfgang Sidka, Günter Herrmann und Thomas Schaaf über Wochen ausgefallen sind oder im Moment noch ausfallen, das hat mich im stillen Kämmerlein ganz schön mitgenommen. Da brauchst du Nerven wie Drahtseile, um das wegzustecken.

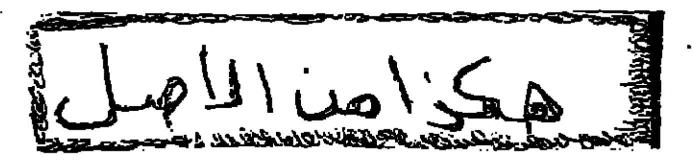
WELT: Und, womit wird dann wieder beim Glück wären, eine glückliche Hand bei Neueinkäufen. Ich spreche die Verpflichtung des 35jährigen Manfred Burgsmüller an.

Rehhagel: Daß die ein Volltreffer werden würde, war mir von vornherein klar. Der Manni ist ein Instinktfußballer, wie es nur wenige gibt. Und er ist körperlich hundertprozentig fit. Deswegen habe ich ihn quasi im Alleingang geholt. Ich bin unserem Vorstand dankbar, daß er mir so viel freie Hand läßt.

WELT: Daß viele nach Burgsmüllers Kommen von der Werder-Rentnerband sprechen, stört Sie nicht?

Rehhagel: Wer unsere Mannschaft so darstellt, kennt die Wahrheit nicht. Natürlich ist es in jeder großen Firma so, daß die älteren, die erfahreneren Leute den Ton angeben. Aber ohne die jungen Nachwuchskräfte wäre unser Erfolg doch gar nicht möglich gewesen. Ich habe am letzten Freitag abend beim 6:0 über den VfB Stuttgart mit Frank Neubarth, Matthias Ruländer und Frank Orde-newitz drei Leute gebracht, die erst 20 Jahre alt oder nicht weit darüber sind. Daß sie so gut mitgezogen haben, und das nicht nur in diesem Spiel, gibt mir Mut.

Das Interview mit dem Trainer von Werder Bremen führte Bernd Weber.



2. Liga

Fortuna Köln verteidigte seine Spitzenstellung in der zweiten Fußball-Liga mit einem glücklichen 5:3-Erfolg über den Karlsruher SC. Die Stuttgarter Kickers und der FC Homburg halten den Anschluß.

DIE ERGEBNISSE

Oberhausen – Osnabrück	0:1	(0:0)
Stuttgart – Aschaffenb.	2:1	(1:0)
Braunschweig – Duisburg	3:0	(1:0)
Homburg – Darmstadt	2:1	(0:0)
Hertha BSC – Aachen	0:0	
Köln – Karlsruhe	5:3	(2:2)
Kassel – Bayreuth	ausgefallen	
Bielefeld – Wattenscheid	ausgefallen	
Solingen – Freiburg	ausgefallen	

DIE TABELLE

1.Köln	19	11	4	4	36:26	26:12
2.Homburg	18	11	2	5	42:21	24:12
3.Stuttgart	19	9	6	4	37:28	24:14
4.Aachen	19	8	7	4	31:19	23:15
5.Bielefeld	17	9	3	5	30:20	21:13
6.BW Berlin	19	7	7	5	38:25	21:17
7.Darmstadt	19	7	7	5	32:23	21:17
8.Karlsruhe	18	8	4	6	30:25	20:16
9.Kassel	18	9	2	7	28:26	20:16
10.Wattenscheid	17	8	3	6	28:31	19:15
11.Osnabrück	19	6	7	6	27:30	19:19
12.Solingen	19	7	4	8	25:34	18:20
13.Braunschweig	19	5	7	7	34:34	17:21
14.Aschaffenb.	19	8	1	10	31:34	17:21
15.Hertha BSC	20	4	8	8	27:38	16:24
16.Freiburg	18	5	5	8	24:29	15:21
17.Oberhausen	18	5	4	9	24:30	14:22
18.Bayreuth	18	6	2	10	23:41	14:22
19.TB Berlin	19	3	6	10	28:42	12:26
20.Duisburg	18	3	3	12	15:35	9:27

DIE VORSCHAU

Mittwoch, 4. 12., 19.30 Uhr: Wattenscheid – Homburg, BW Berlin – Aachen; **20.00 Uhr:** Duisburg – Oberhausen. – **Freitag, 6. 12., 19.30 Uhr:** Bielefeld – Darmstadt. – **Samstag, 7. 12., 14 Uhr:** Stuttgart – Freiburg, TB Berlin – Bayreuth; **15.30 Uhr:** Köln – Wattenscheid, Braunschweig – Osnabrück. – **Sonntag, 8. 12., 14.00 Uhr:** Kassel – Karlsruhe, Homburg – Duisburg; **15.00 Uhr:** Oberhausen – Aschaffenburg.

WASSERBALL / Spandau Berlin zum zweiten Mal Europacup-Sieger

„Mit den Spielern ist es wie mit dem Wein: je älter, desto besser“

DIETER DOSE, Berlin

Deutsche Siege in europäischen Cup-Wettbewerben sind derzeit Raritäten. Noch seltener ist, daß ein Pokalgewinner aus Berlin kommt. Um so größer ist deshalb jetzt der Jubel über die erfolgreichen Wasserballspieler von Spandau 04. Zum zweiten Mal gewannen sie den Europacup der Landesmeister, diesmal mit 7:4 (2:1, 0:1, 3:1, 2:1) gegen BVSC Budapest.

Erst acht Sekunden vor Schluß war das Spiel mit dem siebten Spandauer Treffer entschieden. Bis dahin stand es 6:4 und eine Verlängerung drohte, denn nach der 7:9-Niederlage im Hinspiel in Budapest brauchte Spandau einen Sieg mit drei Toren Vorsprung. Der jüngste Spieler der Mannschaft mit einem Durchschnittsalter von 27,2 Jahren, der 20 Jahre alte Andreas Ehrl, stellte den Sieg sicher.

1450 Zuschauer – Rekordkulisse und Rekordeinnahme für den Verein (rund 17 000 Mark) – klatschten stehend Beifall, ließen die Sportschwimmhalle im Stadtteil Schöneberg regelrecht erbeben. Un.. Trainer Alfred Bahlen (55), seit 1969 Spandaus Betreuer, wartete nach dem Schlußpfiff – ein Spandauer Ritual nach großen Siegen – nicht darauf, ins Wasser geworfen zu werden – er sprang von alleine.

„Es war kein gutes Spiel, es war eine Nervenschlacht“, sagte der gebürtige Jugoslawe, der sieben Sprachen beherrscht und als der beste Wasserball-Trainer der Welt gilt. Die Ungarn vom Klub der Eisenbahner legten es in erster Linie darauf an, die Spandauer Angriffe zu bremsen, um den Vorsprung aus dem ersten Spiel über die Zeit zu bringen. Fast wäre es ihnen gelungen, denn erst im letzten Viertel schaffte Spandau einen notwendigen Drei-Tore-Vorsprung.

In der Wahl ihrer Mittel waren die Budapester nicht zimperlich. Blaue Flecke am ganzen Körper, rote Striemen an Hals und Brust – auf Spandaus Torjäger Hagen Stamm (100 Tore in der letzten Bundesligasaison, insgesamt sechs in den beiden Spielen gegen Budapest) hatten sie es besonders abgesehen. Stamm (25) ertrug die Tritte (unter Wasser) und Knüffe geduldig. „Hauptsache, wir haben den Pokal. Revanchefouls hätten uns nur geschadet“, sagte er nach dem Spiel.

„Eine Mannschaft kann – und was eine richtige Mannschaft ist: muß – desto besser werden, je länger sie zusammen ist“, schrieb schon vor über 50 Jahren Friedrich Torberg („Die Mannschaft“) in seinem berühmten Sportroman über eine Wasserball-Mannschaft. Auf Spandau trifft das zu. Denn fünf Spieler des Europapokalsiegers (die Nationalspieler Röhle, Fernandez, Loebb, Stamm und Freund) sind Dauerbrenner im Team. Sie waren bei sieben deutschen Meisterschaften und sieben deutschen Pokalsiegen hintereinander und beim Europapokalsieg 1982 gegen die sowjetische Mannschaft von Alma Ata dabei. Drei sind sogar im neuen „Guinness-Buch der Rekorde“ vertreten: Der 96 Kilo schwere Torwart Peter Röhle als Rekord-Nationalspieler mit 264 Einsätzen, der angehende Arzt Roland Freund (238) und der in diesem Jahr zum „Wasserballer des Jahres“ gewählte 1,97 m große Thomas Loebb (236).

Spandaus Triumph ist um so höher einzuschätzen, weil die Mannschaft, die auch den Stamm der Nationalmannschaft bildet, ihren Torjäger Frank Otto, von 1979 bis 1984 hintereinander Torschützenkönig der Bundesliga, an den italienischen Klub Camogli verlor. Otto kassiert in Italien pro Saison rund 60 000 Mark netto, während es bei Spandau 04 außer Sporthilfe nur kleine finanzielle Zuwendungen, aber großzügige berufliche Förderung gibt.

Trainer Balen ist es glänzend gelungen, seine alte Truppe aufzufrischen. Zum Beispiel mit Andreas Ehrl, der beim 7:4 gegen Budapest ebenso wie Stamm und Fernandez zwei Tore schoß. Und vier Jugendnationalspieler (auch Spandaus A-Jugend wurde deutscher Meister) hat Balen noch in der Hinterhand.

„So ein Quatsch“, wehrt Balen temperamentvoll ab, wenn seine Truppe als überaltert bezeichnet wird, „mit Wasserballspielern ist es wie mit dem Wein, je älter, desto besser.“

NACHRICHTEN

Anja Wilhelm überlegen

Erlensee (sid) – Die Kunstturnerinnen aus Niedersachsen gewanneh den Deutschland-Pokal der Landesverbände mit 177,55 Punkten vor dem Bayerischen Turnvereband (165,70). Ungefährdet war der Erfolg von Anja Wilhelm in der inoffiziellen Einzelwertung (38,05) vor Christine Wetzel (35,90).

Thurau gab auf

Zürich (dpa) – Der Däne Gerd Frank und der Niederländer Rene Pijnen gewannen das 33. Züricher Sechstagerennen mit einer Runde Vorsprung vor Urs Freuler/Daniel Gisiger (Schweiz). Dietrich Thurau, der mit seinem Partner Josef Kristen schon in der Nacht zuvor auf den sechsten Rang zurückgefallen war, gab das Rennen im Finale auf.

Tischtennis: Dritter Platz

Landskrona (sid) – Die Männer des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) belegten bei den internationalen Meisterschaften von Schweden in Landskrona zusammen mit Polen Platz drei. Im Viertelfinale hatten Georg Böhm (Saarbrücken) und der Düsseldorfer Ralf Wosik gegen Europameister Frankreich mit 3:2 gewonnen, im Halbfinale gegen Schweden 0:3 verloren. Das Finale gewann China gegen die Schweden mit 3:0.

USA Weltcupsieger

Tokio (sid) – Olympiasieger USA steht beim Volleyball-Weltcup in Tokio bereits nach sechs von sieben Spielen als vorzeitiger Turniergewinner fest. Nach dem 3:0 über Japan können die Nordamerikaner selbst bei einer 0:3-Niederlage zum Abschluß gegen die CSSR nicht mehr von Platz eins verdrängt werden.

Handball-Sieg über China

Haßloch (sid) – Elf Tage vor Beginn der B-Weltmeisterschaft (10. bis 21. Dezember) gewannen die deutschen Handballerinnen in Haßloch das erste von drei Länderspielen gegen China mit 18:16 (10:7).

Tanzen: Doppelsiege

Berlin (sid) – Mit den erwarteten Doppelsiegen für die überlegenen deutschen Favoriten endeten die Weltmeisterschaften im Formationstanzen. In der ausverkauften Berliner Deutschlandhalle siegte in den Standardtänzen der 1. TC Ludwigshaburg vor PSV Blau-Gelb Braunschweig. Weltmeister in den lateinamerikanischen Tänzen wurde die TSG Bremerhaven vor TSZ Velbert.

Porsche exklusiv

Essen (sid) – Porsche wird seinen Formel-1-Turbomotor bis einschließlich 1988 exklusiv dem McLaren-Team zur Verfügung stellen. Das gab Ron Denis, Teamchef des britischen Rennstalles, mit dessen Auto Niki Lauda (Österreich) und Alain Prost (Frankreich) 1984 und 1985 Formel-1-Weltmeister wurden, in Essen bekannt.

Irak bei Fußball-WM

Taif (sid) – Irak hat sich erstmals für eine Endrunde der Fußball-Weltmeisterschaft qualifiziert. Die Iraker gewannen in Taif (Saudi-Arabien) 3:1 ggen Syrien (Hinspiel 0:0). Die letzte Entscheidung fällt am 4. Dezember in Melbourne beim Spiel Australien gegen Schottland, das das Hinspiel 2:0 gewonnen hatte.

Erfolg für Thaler

München (sid) – Querfeldein-Weltmeister Klaus-Peter Thaler (36) gewann neun Monate nach seinem WM-Sieg auch die Revanche im Münchner Olympiapark. Er siegte souverän in 52:16,97 Minuten vor den Schweizern Albert Zweifel (53:17,39) und Bruno d'Arsie (53:22,85).

Zweimal Wessinghage

Basel (sid) – Für das Ehepaar Thomas und Ellen Wessinghage gab es beim 3. Basler Stadtlauf der Leichtathleten zweite Plätze. Thomas Wessinghage (Mainz) mußte sich über 8,75 km in 25:30 Minuten dem Schweizer Pierre Deleze nur um eine Sekunde geschlagen geben. Bei den Frauen siegte Cornelia Bürki aus der Schweiz in 23:07 Minuten vor Ellen Wessinghage (23:19).

Wildförster ausgeschieden

Dülmen (sid) – Mit Thomas Wildförster schied im Viertelfinale der Billard-Europameisterschaften im Einband in Dülmen der letzte deutsche Teilnehmer aus. Er unterlag dem siebenmaligen Europameister Ludo Dielis aus Belgien mit 99:150 Punkten.

Titel für Klauser

Ruhpolding (sid) – Thomas Klauser aus Reit im Winkl wurde mit Weiten von 110 und 105 Metern am Zirmberg in Ruhpolding deutsche Meister im Skispringen auf der Großschance. Platz zwei belegte Andreas Bauer.

SPORTPOLITIK

Bei 80 000 Mark Spende 60 000 Mark Steuern

sid, Frankfurt

Strittige Steuerfragen für Vereine und Verbände, das Problem des sportfreien Sonntags und die Rolle des Sports in der Medienpolitik prägten die 30. Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Sportbundes (DSB) in Frankfurt.

Günter Lingnau vom Präsidium des Deutschen Schwimm-Verbandes forderte eine baldige Gesetzesänderung bei der Besteuerung von Geldern, die von Sponsoren im Zusammenhang mit Großveranstaltungen gezahlt werden. „Kein Sponsor zahlt mehr Gelder, wenn zuviel davon weggesteuert wird“, sagte Lingnau und nannte als Beispiel das Arena-Schwimm-Meeting. Bei dieser Veranstaltung sollen nach Angaben des DSB-Steuerexperten Wolfgang Hemberger von 80 000 Mark Sponsorgeld 60 000 Mark an die Finanzämter geflossen sein.

Wilfried Gerhard, Generalsekretär des DFB, forderte, daß die bisher im Fußball bestehende Regelung bei einer Steuergesetzänderung nicht angetastet werden dürfe. Die Bundesliga-Vereine werden bisher so behandelt, daß Überschüsse aus dem Profifußball den Amateurabteilungen zugeführt werden können, ohne daß sie steuerlich belastet werden.

In der Frage des sportfreien oder mindestens teilweise sportfreien Sonntags besteht keine klare Übereinstimmung zwischen den Kirchen und großen Teilen des DSB. Keinesfalls sollte bei der Forderung der Deutschen Bischofskonferenz „Rettet den Sonntag“ der Sport generell verboten werden. Die Kritik der Kirchen richtet sich gegen einen Sonntag „des Kommerzes, der Arbeit und des Drucks“.

Zur Medienpolitik des DSB sagte Graf Landsberg-Velen, Vize-Präsident des DSB, von der Fernsehgesellschaft 3SAT läge das Angebot vor, ein „Sportfenster“ wöchentlich oder täglich zu gestalten. Wegen der Bindung an den Global-Vertrag, den der DSB mit ARD und ZDF abgeschlossen hat, sei das Augenmerk auf die Zweitrechte zu richten. Eine Verwertung von Zweitrechten könne über einen Global-Vertrag geregelt werden. Nach Auskunft des Initiators dieser Regelung, Roland Mader (Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes), fallen in den nächsten Wochen die Entscheidungen.

Vor dem Mexiko-Singen nur kurze „Zeit der Besinnung“

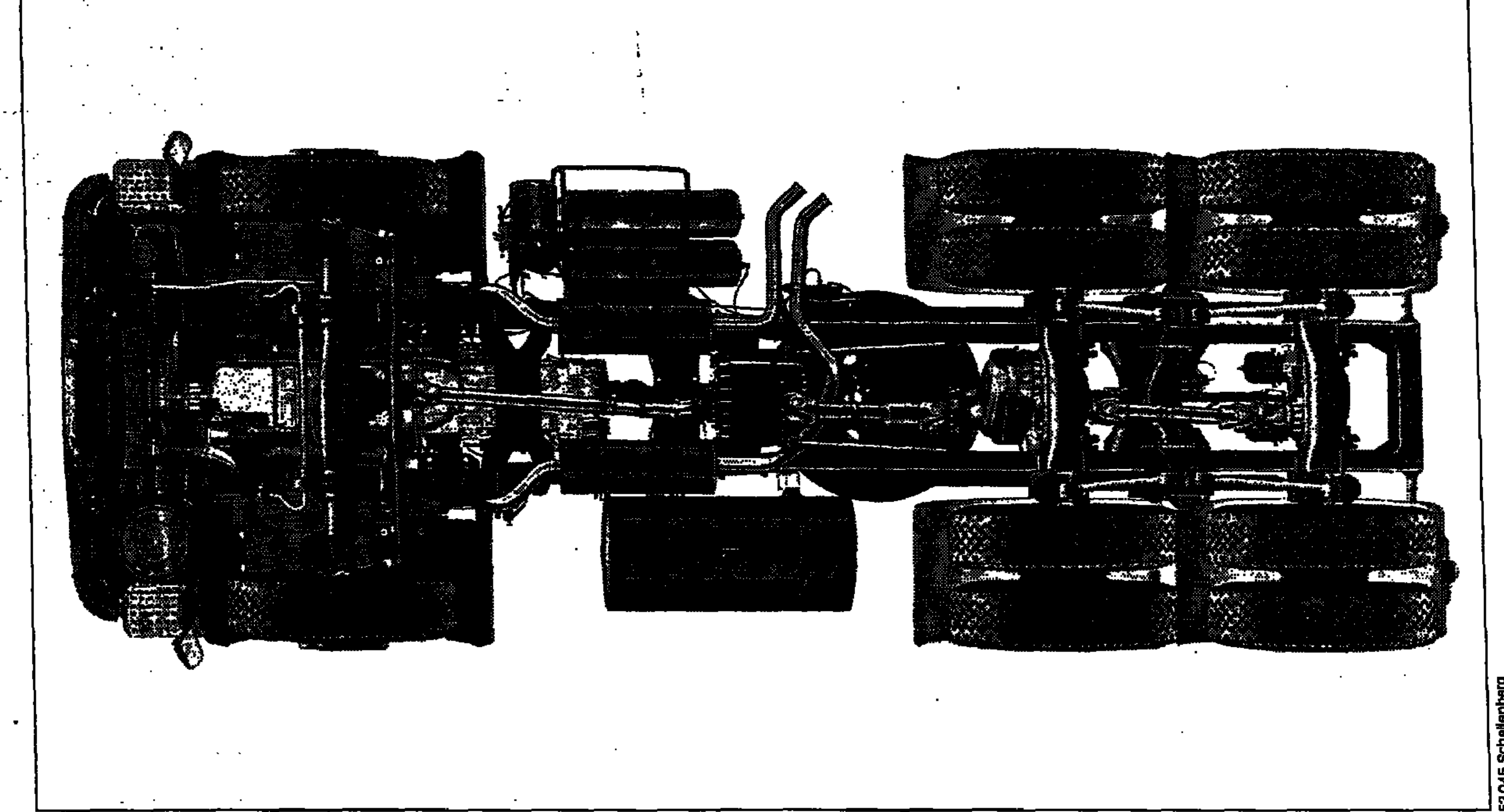
Franz Beckenbauer schaute auf die Kerze mit dem Tannengrün. „Heute ist erster Advent“, sagte er, „Zeit der Besinnung. Zeit, darüber nachzudenken, was man Gutes und Schlechtes getan hat.“ So salbungsvoll spricht der Teamchef öfter und durchaus im Ernst. Und so mag er auch mit seinen Spielern geredet haben, gestern morgen, im Kölner Klubhaus „Zum Geißbock“. Denn genug Gutes und Schleches hatten sie ja getan.

Deswegen waren sie allerdings nicht nach Köln gekommen. Zumindest nicht allein zum, wie es vorher hieß, „Aufarbeiten des jüngsten Länderspiels gegen die CSRR“. Aufgearbeitet wurde ohnehin sehr kurz. Nur zehn Minuten lang. „Was soll ich noch reden, es ist genug geredet worden“, sagte Beckenbauer. Nach dem Spiel gegen die Portugiesen hätten sie in Herzogenaurach „zwei Tage lang geredet, und was ist dabei herausgekommen? Dieses Spiel gegen die Tschechen.“

Und überhaupt: Nicht reden, sondern singen war der Grund des Kölner Meetings. Hastig mußte gegessen werden, denn Peter Alexander war für mittags um eins im Tonstudio angesagt. „Mexico, mi amor“, Mexiko, meine Liebe, trällerten sie, aber einige wußten keineswegs, ob Mexiko im Mai das Land ihrer Liebe sein werde. Denn mitsingen, sagte Beckenbauer, schließe durchaus nicht das Mitspielen ein.

Für die letzten Monate vor der Weltmeisterschaft und für das letzte Ausleseverfahren hatte er ein neues Motto ausgegeben. „Durchsetzungsvermögen“ heißt das Wort, und wer das nicht habe, eben Durchsetzungsvermögen, sagte der Chef, müsse zu Hause bleiben. Deswegen zum Beispiel fehlte Bremens Norbert Meier. Beckenbauer: „Es gibt etliche Spieler, die sich in der Bundesliga durchsetzen, aber international schaffen sie das nicht. Dazu gehört dann mehr.“ Wen er damit meinte, mochte Beckenbauer nicht sagen.

Wer die 22 Glücklichen am Ende sind, will Beckenbauer erst im wirklich allerletzten Augenblick entscheiden. Er hat sogar vor, den Abschlußlehrgang vor dem Start nach Mexiko mit 24, 25 oder gar 26 Spielern zu bestreiten. „Dann muß ich halt“, sagt er, „vor dem Abflug zwei, drei oder vier Mann heimschicken. Das ist bitter. Aber so ist's halt.“ us



TENNIS / Claudia Kohde bereits im Viertelfinale

Sieg über Durie: „Eines meiner besten Spiele"

sid/dpa, Melbourne

Claudia Kohde hält in Australien das, was Boris Becker vor seinem Ausscheiden bei den 74. Internationalen Tennismeisterschaften versprach. Die Saarbrückerin erreichte durch ein 3:6, 6:1, 6:2 gegen die Engländerin Jo Durie das Viertelfinale der mit 1,48 Millionen Dollar dotierten Titelkämpfe und trifft nun auf Catarina Lindqvist.

Die 22jährige Schwedin sorgte als Nummer zehn der Setzliste für die einzige bisherige Überraschung im Damen-Einzel. In der Revanche für das Filderstadt-Finale schlug sie die an Nummer vier eingestufte Amerikanerin Pam Shriver mit 3:6, 6:3, 6:2.

„Ich mußte einige Geduld aufbringen, denn Jo spielte im ersten Satz großartig", sagte Claudia Kohde nach ihrem zuletzt sicheren Sieg auf dem nur 2000 Zuschauer fassenden Platz eins, „aber ich wußte, daß sie beim ersten Break ihr Selbstvertrauen verlieren würde, und genau so kam es." Die Weltranglisten-Fünfte präsentierte sich in den beiden Schlußsätzen in hervorragender Verfassung. Claudia Kohde: „Eine Angstgegnerin habe ich hinter mir, gegen die zweite sollte mir auf Gras wohl nicht dasselbe wie in Filderstadt passieren."

„Die beste Claudia Kohde, die ich je gesehen habe", sagte Trainer Olaf Merkel, und Stiefvater Jürgen Kilsch meinte: „In der Form wie heute spielt keine besser als Claudia, auch die Navratilova nicht. Ich habe selten ein so gutes Tennisspiel bei Frauen gesehen." Die Euphorie war berechtigt. Claudia Kohde: „Ich komme immer besser in Form. Das war eines meiner besten Spiele überhaupt."

Erstmals in ihrer Laufbahn überschritt sie nun in einem Kalenderjahr die Millionengrenze an Preisgeldern. Durch den Einzug ins Viertelfinale in Australien, durch den Claudia Kohde bereits 41 000 Mark sicher hat, kommt sie 1985 auf bisher 1 001 000 Mark.

Bei den Herren schied nach der überraschenden Niederlage Boris Beckers auch der Stuttgarter Damir Keretic mit 2:6, 2:6, 2:6 gegen den Amerikaner Mike Depalmer aus, der nun auf Boris Beckers Doppelpartner Slobodan Zivojinovic (22) trifft. Becker/Zivojinovic erreichten im Doppel gegen Ben Testerman/Kelly Evernden (USA/Neuseeland) die dritte Runde durch Aufgabe Testermans bei einer 7:6, 2:2-Führung.

Der Amerikaner, der nur eine Stunde zuvor ein viertstündiges Match gegen seinen Landsmann Brian Teacher 6:1, 6:7, 7:6, 7:6 gewonnen hatte, klemmte sich bei einem Schmetterball einen Nerv im linken Schlagarm ein, ließ dann seinen Doppelpartner lange Zeit im unklaren und gab schließlich nach Konsultierung des Turnierarztes auf.

Becker und Zivojinovic gingen daraufhin sofort auf den Trainingsplatz, bis der Jugoslawe erschöpft aufhörte und Boris Becker mit seinem Manager Ion Tiriac weitermachte.

SKI ALPIN / Favorit Bürgler verlor den Stock

Jugoslawiens Triumph: Rok Petrovic vor Krizaj

sid, Sestriere

Thomas Bürgler schimpfte wie ein Rohrspatz, warf wütend seine Handschuhe in den Schnee: Als Schnellster des ersten Laufes war der Schweizer in das Finale des ersten Weltcups-Slaloms des Skiwinters gegangen, ehe ihm schon am Start ein Mißgeschick passierte. Bürgler verlor beim Abstoßen aus dem Starthäuschen seinen rechten Stock und damit alle Chancen auf den Sieg. Das Pech des Schweizers war das Glück der beiden Jugoslawen Rok Petrovic und Bojan Krizaj, die den ersten jugoslawischen Doppelsieg im alpinen Ski-Weltcup feierten.

Nachdem Krizaj, der seine Karriere eigentlich schon beenden wollte, am Donnerstag den zu den World Series zählenden Slalom gewonnen hatte, trug sich nun erstmals der 19 Jahre alte Petrovic in die Siegerliste eines Weltcup-Slaloms ein. Sestriere ist überhaupt ein gutes Pflaster für den Laibacher: An gleicher Stelle war das mit ungeheuer großem Kraftaufwand fahrende Talent schon Junioren-Weltmeister im Slalom geworden.

Die Starter des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) waren hingegen wenig erfolgreich. Frank Wörndl aus Sonthofen, bei den World Series gestürzt, ergatterte als 14. immerhin noch zwei Weltcup-Punkte, die Florian Beck als 16. knapp verpaßte. Viel schlechter erging es so prominenten Fahrern wie dem für Luxemburg startenden Weltcup-Sieger Marc Girardelli, der nach sechs Sekunden im ersten Lauf die Segel streichen mußte, und Doppel-Weltmeister Pirmin Zurbriggen aus der Schweiz, der ebenfalls im ersten Durchgang ausschied.

Die zahlreichen Ausfälle schürten natürlich wieder die Diskussion um die neue Startregelung, bei der im Finale der besten 30 aus dem ersten Durchgang in umgekehrter Reihenfolge gestartet wird. „Den einzigen Vorteil haben die Berichterstatter, die bis elf Uhr frühstücken und dann gemütlich zum Hang spazieren können", schimpfte Helmut Girardelli, Vater und Trainer des Weltcup-Siegers. Allerdings herrscht unter den Aktiven auch keine einheitliche Linie. „Es gibt keinen Kontakt unter den Rennläufern. Auch ich habe mein Engagement eingestellt, weil keine Resonanz da war. Dabei müßten wir uns mehr engagieren, weil es doch um unsere Existenz geht", erklärte der Liechtensteiner Andreas Wenzel als dienstältester Fahrer im Weltcup-Zirkus.

In der Tat: Das österreichische Fernsehen ORF zum Beispiel stoppt seine Übertragungen von den Weltcup-Rennen. Nachdem in den vergangenen Jahren fast sämtliche Weltcup-Rennen direkt übertragen wurden, halbiert das ORF in diesem Winter die Anzahl seiner Live-Berichterstattung. „Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Sportfreunde durch die vielen Ski-Übertragungen überfordert werden", heißt es in einer offiziellen ORF-Erklärung.

Anmerkungen zur ARD-Serie „Marktplatz der Sensationen" nach Egon E. Kisch

Das „Glück" des Genossen Egonek

Nur wenige Tage nachdem im Februar 1948 in Prag die Kommunisten die Macht an sich rissen, starb in einer Prager Vorortvilla der „rasende Reporter" Egon Erwin Kisch. Die Gottwald-Regierung ordnete für Kisch, den „vorbildlichen kommunistischen Journalisten", ein Staatsbegräbnis an. An seinem Sarg verabschiedete sich von seinem „besten Freund und Genossen" auch der bekannte Parteipropagandist André Simone.

Vier Jahre später, 1952, stand André Simone vor dem „Staatsgericht" und mußte sich als „Mitglied eines Verschwörerzentrums" für seine angeblichen Verbrechen gegen den Sozialismus verantworten und starb – am Galgen. Die wenigen damals noch in Freiheit lebenden Freunde des „rasenden Reporters", des „Egonek", wie sie ihn liebevoll nannten, machten keinen Hehl daraus, daß Kisch mit seinem Tod eigentlich Glück gehabt hätte, denn er wäre rechtzeitig gestorben. Den „Kosmopoliten" Kisch hätte man sicher, so wie seinen Freund Simone, in einem Schauprozeß nach einer entwürdigenden Selbstbesudelung, wenn nicht zum Tod, so doch für lange Jahre Gefängnis verurteilt.

Nun beginnt die ARD mit der Ausstrahlung einer fünfteiligen Serie nach Reportagen von Kisch. Sie wurde von der Wiesbadener „TV 2000" in Prag überwiegend mit tschechischen Künstlern und Technikern gedreht. Pikant dabei sind gleich zwei Tatsachen: Das Drehbuch schrieb zusammen mit Jaroslav Vokřál Kamil Pixa.

Genosse Pixa ist kein Unbekannter: Als Offizier des Staatssicherheitsdienstes war er aktiv an den Verhören vieler der später hingerichteten „Staatsfeinde" beteiligt. Schon damals schrieb Pixa Drehbücher – für die Schauprozesse. Als nach Stalins Tod die Hauptverantwortlichen für den Mißbrauch der Macht den

Marktplatz der Sensationen (1) – 20.15 Uhr, ARD

Staatssicherheitsdienst verlassen mußten, wurde Pixa als „Drehbuchautor" zum Tschechoslowakischen Film und Fernsehen versetzt.

Der Dank der Partei und der Genossen vom Innenministerium ließ nicht auf sich warten, und erst unlängst gedachte Kamil Pixa persönlich Staats- und Parteichef Dr. Gustav Husak, der ihm, dem erfolgreichen Drehbuchautor, zu seinem 60. Geburtstag eine der höchsten Auszeichnungen, den „Orden der Republik", verliehen hatte. Außerdem darf er sich „verdienter Künstler" nennen – was nicht nur den höchstmöglichen Honorarsatz bedeutet. Er hat jetzt auch Zutritt zu den Sonderläden für privilegierte Funktionäre, wo es Mangelware zu Billigpreisen gibt.

Die zweite Pikanterie: Die Rolle des „rasenden Reporters" spielt Josef Laufer, und auch der ist kein unbeschriebenes Blatt. Nachdem sich im Januar 1977 die Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" erstmals zu Wort gemeldet hatte, gehörte Laufer zu denen, die die Charta-Unterzeichner öffentlich beschimpften. „Verdienste" hat sich Laufer auch erworben, als der „Kundschafter des Friedens" Minařík, der im Münchner Sender Radio Freies Europa spionierte, nach Prag zurückbeordert wurde. Laufer schrieb den Text eines Lobliedes auf Minařík, das er als Sänger auch im Funk und Fernsehen der Bevölkerung präsentierte.

Der „arme Egonek" würde sich sicherlich im Grabe umdrehen, wenn er das alles, was um seine Reportagen herum geschieht, wüßte. Und was für eine Ironie: Der erste Teil der Serie heißt – „Eine schöne Vorweihnachtsbescherung". In der Tat – es ist eine!

RUDOLF STRÖBINGER

Zauber und Spaß für große und kleine Menschen: Die Augsburger Puppenkiste

Aus tiefer Not geborenes Vergnügen

„Das Geheimnis eines erfolgreichen Puppenspielers ist, in seinen Figuren die Seele zu erkennen." Das sagt Lutz Werner von Bille, vor über 70 Jahren in Sachsen als Nachkomme einer alten Puppenspielerfamilie geboren.

Lutz von Bille gehört einer Zunft an, die stolz ist auf eine uralte Tradition, für die das Theater noch die große Welt bedeutet, die es ablehnt, „Tingeltangel zu fabrizieren". Aber die moderne Technik scheint auch das Puppenspiel eingeholt zu haben. Während Bille selbst noch an den Fäden zieht, gibt es auch Puppen, die nur durch technische Gags zum Leben erwachen und deren Heimat nicht die Bühne, sondern das Fernsehen ist. Da albern sie herum, die Miss Piggys und Kermits, das Krümelmonster und Grobi – aber Puppenspieler wie Lutz von Bille lehnen derlei als Schickschnack ab.

Doch immerhin habe, gibt von Bille („Vater" von mehr als 200 Puppen) zu, das Fernsehen das Puppenspiel wieder weithin populär gemacht. Er denkt dabei vor allem an die „Augsburger Puppenkiste", auf deren Programm in der diesjährigen Vorweihnachtszeit die Abenteuer des Kater Mikesch stehen.

Nicht nur Kinder lieben die Inszenierungen der „Puppenkiste". Auch Erwachsene freuen sich über die Märchen der Augsburger. Ja, es scheinen vor allem die Erwachsenen zu sein, die den Zauber des Marionettentheaters neu entdeckt haben. Für sie war diese Form des Theaters auch einst entwickelt worden, um den Dreißigjährigen Krieg herum, als es kaum mehr Schauspieler gab, die Menschen aber hungrig waren nach Unterhaltung, nach Theater. Da ersetzten die Puppen immer mehr die Schauspieler aus Fleisch und Blut, und als die Wunden des Krieges zu heilen begannen, hatte sich das

Kater Mikesch – 17.20 Uhr, ARD

Marionettentheater längst verselbständigt. Allerdings mußte es Zeiten durchleben, da man es auf Jahrmärkte abschob, aus den Theatern verbannte und schließlich als „Kindertheater" herabzuwürdigen versuchte. Doch durch die Kinder begannen auch die Erwachsenen wieder zurück zu den „Puppen mit Seele" zu finden.

Es werden also gewiß heute nachmittag nicht nur Kinder gebannt vor dem Bildschirm sitzen, wenn Hannelore und Hanns Joachim Marschall, die die künstlerischen Leiter der „Augsburger Puppenkiste" sind, ihre selbstgeschnitzten Figuren am Faden herumführen. Hannelore Marschall ist die Tochter von Walter Oehmichen, der 1948 die „Augsburger Puppenkiste" ins Leben rief. Und sie ist es auch, die die Figuren alle selber anfertigt und ihnen dabei den ein für allemal festgelegten Charakter verleiht. So wie Lutz von Billes Faust stets finster dreinblickt und sein Hanswurst dämlich, aber freundlich grinst, sehen Hannelore Marschalls Teufel teuflisch, die Schönen schön aus.

Seltsamerweise aber kommt in diese statischen Gesichter, die nicht den Mund bewegen, die Augen rollen können wie manche Figur aus der „Muppet Show", Leben, wenn Hanns Joachim Marschall oder seine Frau am Faden ziehen. Dann scheint der Böse plötzlich hinterhältig zu grinsen, der gute Held gar tapfer dreinzuschauen, der Teufel hämisch zu lächeln. Daß dies so wirkt, darin liegt die wahre Kunst des Puppenspiels. Es genüge nicht, sagt Bille, ein paar Fäden zu ziehen und die Puppen festzuhalten. Das Geheimnis sei es eben, sich hinübergleiten zu lassen in die Puppe, mit ihr zu verschmelzen.

MARGARETE v.SCHWARZKOPF

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 19. Spieltag: Arsenal – Birmingham 0:0, Aston – Tottenham 1:2, Ipswich – Sheffield 2:1, Liverpool – Chelsea 1:1, Luton – Manchestr City 2:1, Manchester United – Watford 1:1, Newcastle – Leicester 2:1, Queens Park – Coventry 0:2, Southampton – Everton 2:3, West Ham – Bromwich 4:0. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 36:11 Tore/43 Punkte, 2. Liverpool 42:18/41, 3. West Ham 35:19/38, 4. Chelsea 31:20/37. – **„DDR"-Oberliga,** 12. Spieltag: Erfurt – Zwickau 3:0, Karl-Marx-Stadt – Magdeburg 0:2, Rostock – Aue 1:0, Lok Leipzig – Union Berlin 2:1, Dresden – Riesa 2:1, Dynamo Berlin – Jena 1:1, Brandenburg – Frankfurt 1:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 18:6, 2. Dresden 17:7, 3. Jena 15:9, 4. Lok Leipzig 14:10. – **WM-Qualifikation,** Asiengruppe in Taif/Saudi-Arabien: Irak – Syrien 3:1 – Hinspiel 0:0, damit Irak für WM qualifiziert.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, vom 10. Spieltag: Göppingen – Schwabing 27:31. – 11. Spieltag: Dankersen – Günzburg 27:22. – **Frauen:** Nachholspiel vom 4. Spieltag: Oldenburg – Frankfurt 19:15. – **Länderspiel der Frauen:** Deutschland – China 23:20.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Gladbach – Braunschweig 10:12, SW Köln – Hannover 8:8. – Gruppe Süd: München – Mannheim 6:6, Bad Dürkheim – Limburg 4:7. – **Damen,** Gruppe Nord: Berlin – Braunschweig 8:8, UHC Hamburg – Club an der Alster 7:4, Brandenburg – HC Hannover 6:7, DHC Hannover – Klipper Hamburg 3:8. – Gruppe Süd: Düsseldorf – Frankfurt 8:8, BW Köln – Leverkusen 9:10, Frankenthal – Bad Kreuznach 9:4, Raffelberg – Hanau 5:4.

RINGEN

Endrunde DM, Gruppe A: Aschaffenburg Damm – Wiesental 15:23,5, Reilingen – Schifferstadt 17,5:20. – Gruppe B: Urloffen – Aldenhoven 20,5:15, Witten – Aalen 24,5:14,5.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Celle – Dachau 0:3, Berlin – Gießen 1:3, Hamburg – Paderborn 3:0, Fort. Bonn – Friedrichshafen 3:2. – **Damen:** Stuttgart – Augsburg 0:3, Rüsselsheim – Lohhof 1:3, Vilsbiburg – Oythe 2:3, Berlin – Münster 0:3.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Australien in Melbourne, 2. Runde: Depalmer (USA) – Keretic (Deutschland) 6:2, 6:2, 6:2. 3. Runde: Lendl (CSSR) – Testerman (USA) 6:3, 1:6, 6:3, 6:2, Steyn (Südafrika) – Gilbert (USA) 2:6, 6:4, 6:4, 7:5, Lloyd (England) – Hlasek (Schweiz) 6:3, 6:4, 6:3, Nystroem (Schweden) – Frawley (Australien) 4:6, 7:5, 6:3, 6:4, Schapers – van Boeckel (beide Holland) 6:2, 6:4, 7:6, Gullikson (USA) – Cahill (Australien) 6:4, 6:3, 3:6, 6:4, Masur – Dyke (beide Australien) 4:6, 6:3, 6:2, 6:2, Edberg (Schweden) – Anger (USA) 5:7, 7:6, 6:4, 7:5, Kriek (USA) – Doohan (Australien) 7:5, 6:4, 6:0, Lapidus (USA) – Woodforde (Australien) 6:7, 6:3, 6:4, 2:6, 7:5, Wilkison – Annacone (beide USA) 7:5, 6:3, 6:3, Wilander (Schweden) – Shiras (USA) 6:2, 6:3, 6:2, Mayotte (USA) – Saad (Argentinien) 7:6, 6:7, 6:4, 6:4, Zivojinovic (Jugoslawien) – Depalmer (USA) 6:7, 6:3, 6:2, 6:2, Leconte (Frankreich) – Sadri (USA) 7:6, 6:3, 7:6, McEnroe (USA) – Odizor (Nigeria) 6:4, 2:6, 6:4, 6:2. – Doppel, 2. Runde: Becker/Zivojinovic (Deutschland/Jugoslawien) – Evernden/Testerman (Neuseeland/USA) 7:6, 2:2, Evernden/Testermann aufgegeben. – Damen, 2. Runde: Mandlikova (CSSR) – Wade (England) 6:2, 7:6, Navratilova (USA) – Provis (Australien) 6:2, 6:1, Turnbull – Smylie (beide Australien) 6:0, 6:0; 3. Runde: Kohde – Durie (England) 3:6, 6:1, 6:2, Evert-Lloyd (USA) – Balestrat (Australien) 6:4, 6:1, Navratilova – Hobbs (England) 6:3, 6:1, M. Maleeva – K. Maleeva (beide Bulgarien) 6:2, 6:1, Lindqvist (Schweden) – Shriver (USA) 3:6, 6:3, 6:2, Garrison – Henricksson (beide USA) 4:6, 6:3, 6:1, Mandlikova (CSSR) – Turnbull (Australien) 6:3, 6:4, Sukova (CSSR) – Tobin-Dingwall (Australien) 6:3, 6:1. – Doppel, 1. Runde: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Crowe/Steinmetz (USA) 6:2, 6:1, Mesker/Paradis (Holland/Frankreich) – Betzner/-Schropp (Deutschland) 7:6, 6:1.

REITEN

CSI in Brüssel, Mächtigkeitsspringen: 1. Frühmann mit Ferdl und Simon (beide Österreich) mit Gräfin, beide im vierten Stechen 4 Fehlerpunkte, 3. Whitaker (England) mit Act Master im vierten Stechen aufgegeben, 4. Wiltfang (Deutschland) mit Wieland, Smith (England) mit Vista und Dominici (Italien) mit Archimedes, alle 4 Fehlerpunkte im dritten Stechen.

WASSERBALL

Europacup-Finale, Landesmeister, Rückspiel: Spandau – Budapest 7:4, Hinspiel 7:9, Spandau Europacupsieger.

BOXEN

Kampftag in Frankfurt, Halbschwer: G. Rocchigiani (Deutschland) K.o. 2. Rd. Alcantara (Frankreich), Leichtschwer: R. Rocchigiani (Deutschland) PS – Collins (England), **DM** im Schwergewicht: Claßen (Düsseldorf) PS – Graf (Mannheim).

RAD

Querfeldein-Rennen im Münchner Olympiapark, **Profis:** 1. Thaler (Deutschland) 52:16,97 Min., 2. Zweifel 53:17,39, 3. Russenberger (beide Schweiz) 54:24,90, ... 5. Uebing (Deutschland) 55:31,89. – **Amateure:** 1. d'Arsie (Schweiz) 53:22,85, ... 6. Redomski (Deutschland) 54:17,00. – **Züricher Sechstage-Rennen,** Endstand: 1. Pijnen/Frank (Holland/Dänemark) 78 Punkte, eine Rd. zur., 2. Freuler/-Gisiger (Schweiz) 187, 3. R. und S. Hermann (Liechtenstein) 116, ... 11. Schlaphoff/Schröpfer (Deutschland) 24.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Porz/Hennef – Düsseldorf 72:89, Leverkusen – Heidenheim 77:69, München – Barmen 83:60, Osterfeld – Köln 81:68.

EISSCHNELLAUF

Weltcup-Meeting der Sprinter, 500 m, Herren: 1. Mey („DDR") 37,67 Sek., 2. Schelesowsky (UdSSR) 37,81, 3. Kuroiwa (Japan) 37,97, ... 12. Semler 38,76, ... 17. Streb 39,20, ... Oberhuber (alle Deutschland) 39,35. – 1000 m: 1. Schelesowsky 1:16,19 Min., 2. Bakhawlow (UdSSR) 1:16,97, 3. Boucher (Kanada) 1:17,16, ... 11. Semler 1:18,30, ... 16. Streb 1:18,74. – **Damen:** 1. Rothenburger 41,23 Sek., 2. Enke-Kania (beide „DDR") 41,59, 3. Hoyseth (Norwegen) 41,76, ... 20. Mischke (Deutschland) 43,87. – 1000 m: 1. Rothenburger 1:22,48, 2. Enke-Kania 1:22,48, ... 18. Fröschl-Smuda 1:28,48, ... 20. Mischke (beide Deutschland) 1:29,09.

MOTOR

800-km-Rennen von Kuala Lumpur, 10. und letzter Lauf der Endurance-WM: 1. Mass/Ickx (Deutschland/Belgien) Werks-Porsche 962, 2. Thackwell/Nielsen/Lammers (Neuseeland/-Dänemark/Holland) Jaguar XJR7, 3. Schuppan/Weaver (Australien/England) Werks-Porsche 956. – WM-Endstand: 1. Stuck/Bell (Deutschland/England) 117 Punkte, 2. Mass/Ickx 101.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 15, 22, 30, 36, 48, Zusatzzahl: 7. – **Spiel 77:** 0 7 4 0 3 8 4. – **Rennquintett:** Rennen A: 15, 12, 9. – Rennen B: 32, 31, 27. – **Glücksspirale,** Endziffern: 6, 25, 222, 4889, 84 333, 571 750. – Los-Nummer: 9 223 125, 3 982 168, 8 218 628. – Prämienziehung: 057 362, 191 453, 448 176. (Ohne Gewähr).

RODELN

Schettel: Sieg über „DDR"

sid/dpa, Königssee

Erstmals seit 1977, als der spätere Olympia-Dritte Toni Winkler Europameister wurde, gab es auf der Kunsteisbahn am Königssee wieder einen Erfolg für die Rodler aus der Bundesrepublik Deutschland. Johannes Schettel aus Bigge-Olsberg gewann den Auftakt der Internationalen Drei-Bahnen-Tournee.

Der 26 Jahre alte Metzger, der bei den Olympischen Spielen in Sarajevo gestürzt war, behielt diesmal kühlen Kopf. „Ich hatte die Befürchtung, daß er den dritten Lauf wieder einmal nicht runter bringt", meinte Sepp Fendt, Ex-Weltmeister und jetzt Sportdirektor des Deutschen Bob- und Schlittensport-Verbandes (DBSV). Doch Schettel wehrte mit Laufbestzeit im dritten Durchgang den Angriff von Weltmeister Michael Walter („DDR") ab. Schettel: „Ich hoffe, daß mir jetzt der Durchbruch gelungen ist."

Den Erfolg rundete der sechste Platz von Junioren-Europameister Georg Hackl (Berchtesgaden) ab. „Ich führe das auf unsere Vorbereitung zurück", sagte Lenz, der wegen der vorzeitigen Vereisung der Königsseer Bahn vier Wochen früher als sonst mit dem Training beginnen konnte. Fendt: „Es wäre wünschenswert, wenn dies immer so wäre, aber das scheitert an den hohen Kosten." Erfolge sind da das beste Argument. Lenz: „Schettel müßte in allen großen Rennen unter die ersten fünf kommen."

Aus der Sicht des Bundestrainers war der zwölfte Platz der 18jährigen Veronika Bilgeri (Gaißach) zufriedenstellend. „Man muß bedenken, daß sie noch Juniorin ist und ihre erste Saison bei den Damen fährt." Ansonsten dreifacher Triumph für die „DDR": Hinter Cerstin Schmidt belegte Weltmeisterin Steffi Martin den zweiten Platz vor Ute Oberhoffner.

BOXEN / Charly Graf trat zurück – Claßen neuer Meister der Profis

„Mir hat es die Sprache verschlagen"

sid/dpa, Frankfurt

Erst wenige Stunden vor dem Meisterschaftskampf hatte Charly Graf den Namen seines Gegners aus der Zeitung erfahren. Thomas Claßen sprang kurzfristig und ohne Vorbereitung für den angeblich verletzten Manfred Jassmann ein. Am Abend wurde der Ersatzmann zum deutschen Schwergewichts-Meister der Berufsboxer gekürt.

Mit 2:1 Stimmen ernannten ihn die Punktrichter zum Sieger eines enttäuschenden Zehn-Runden-Kampfes, in dem beide Boxer nur durchschnittliche Leistungen boten. Trotzdem entschieden die Kampfrichter für den jungen Thomas Claßen (22) aus Düsseldorf, der als Amateur zweimal gegen den Rekordmeister Peter Hussing gewonnen hatte, dieser Empfehlung aber als Profi noch nicht entsprechen konnte.

„Mir hat es die Sprache verschlagen", kommentierte der ehemalige Schwergewichtsmeister Bernd August (Berlin) das Urteil, das heftige Diskussionen auslöste. „Ich fühle mich verschaukelt", beklagte sich auch Charly Graf, der trotz der Niederlage 13 000 Mark Gage erhielt. Seine Karriere aber scheint damit beendet zu sein, zumal auch sein Vertrag mit dem Mannheimer Manager Willi Stein erlosch. Er galt nur, solange Graf als Meister amtierte. Schon ein Unentschieden hätte ihm gereicht, seinen Titel zu verteidigen. Er war auch der aggressivere Boxer, scheiterte aber offensichtlich an Verbandsinteressen. „Der Claßen hat halt die bessere Lobby", sagte Graf.

Das Urteil entsprach eher dem Wunschdenken der Funktionäre im Bund Deutscher Berufsboxer als dem Kampfverlauf. Sie wollen das ramponierte Ansehen der Branche aufpolieren, wobei der farbige Charly Graf als störend empfunden wird: Er ist vorbestraft, 34 Jahre alt und mit 112 kg deutlich übergewichtig. Claßen ist 24 Pfund leichter und 12 Jahre jünger.

Theoretisch ist Claßen ein Mann für die Zukunft. Aber er gilt als ängstlich und hat einschließlich des Meisterschaftskampfes erst drei Profikämpfe bestritten, darunter eine K.-o.-Niederlage gegen den Holländer van Oetelar und ein umstrittener Punktsieg über den Jugoslawen Radanovic. Jetzt wurde er zum Meister ernannt. Und die Herausforderer stehen bereits Schlange: Ex-Meister Reiner Hartmann (Frankfurt), dessen Vorgänger Bernd August (Berlin), Halbschwergewichts-Meister Manfred Jassman (Korbach) und sogar Amateur-Meister Peter Hussing (Brachbach) werden als mögliche Gegner gehandelt. Hussing muß zwar wegen der Altersbestimmung zum Jahresende seine Karriere beenden und soll nach dem Willen des Verbandes keine Profi-Lizenz erhalten, doch die Veranstalter suchen nach Auswegen, weil sie einen Kampf zwischen Hussing und Claßen als zuschauerträchtige Attraktion ansehen.

Und Zuschauer sind rar geworden. Nur knapp 1000 Besucher verfolgten den Kampftag in der Frankfurter Festhalle. Obwohl im Rahmenprogramm dank der Gebrüder Rocchigiani (Berlin) guter Sport geboten wurde. Im neu geschaffenen Leichtschwergewicht punktete Ralf Rocchigiani den englischen Europaranglisten-Vierten Tom Collins aus, während Bruder Garciano den farbigen Franzosen Antoine Alcantara in der zweiten Runde durch K. o. besiegte.

Pech hatte Weltergewichtsmeister José Varela, der sich vor zehn Monaten den Daumen der linken Schlaghand abgetrennt hatte und in Frankfurt ein Comeback starten wollte. Sein Kampf fiel aus, weil er sich im Abschlußtraining einen Bänderanriß in der rechten Hand zuzog.

EISSCHNELLAUF

Jens-Uwe Mey ein neuer Stern

dpa, Berlin

Das erste Ost-West-Duell der schnellsten Eissprinter Europas und Nordamerikas im neuen Weltcup brachte in Berlin den Triumph der „DDR"-Olympiasiegerinnen und der sowjetischen Männer. Den Sowjets war nur der 21jährige Ost-Berliner Diplomatensohn Jens-Uwe Mey mit dem 500-m-Bahnrekord von 37,67 Sekunden ebenbürtig.

Dem Erfolg des neuen „DDR"-Weltklassesprinters Mey folgten ein sowjetischer Doppelsieg über 500 m durch Olympiasieger Fokitschew und Repnin vor Mey, sowie ein dreifacher Triumph von Weltmeister Shelezowski, Repnin und Bachwalow über 1000 m. Amerikas Stars Jansen und Henriksen hatten keine Chance.

Christa Rothenburger aus Dresden war in Berlin wieder einmal zu schnell für alle Konkurrentinnen. 41,23 und 41,31 Sekunden über 500 m und im direkten Duell mit ihrer Vereinskameradin, der Doppel-Olympiasiegerin Karin Kania-Enke, über eine Sekunde schneller sowie ein Bahnrekord von 1:22,48 Minuten über 1000 m bestätigten ihre Rolle als schnellste Frau der Welt auf Kufen.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.03 Bocuse à la carte
10.30 Die Schwarzwaldklinik (9)
11.15 La Strada
Italienischer Spielfilm (1954)
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Allerhand Leute
Reportagen landauf, landab
Von Franz X. Gerstl, Hans-Peter Fischer
17.20 Kater Mikesch
Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
1. Teil: Ein Kater lernt sprechen
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Marktplatz der Sensationen
Serie nach Egon Erwin Kisch
1. Folge: Eine schöne Vorweihnachtsbescherung
Mit Josef Laufer, Rosemarie Fendel, Suzanne von Borsody u. a.
Regie: Martin Holly
21.15 Gewerkschaft der Ausgeschlossenen
Arbeitslose helfen Arbeitslosen
Unter diesem Motto steht „Le Syndicat des Chômeurs", die Gewerkschaft der Arbeitslosen in Frankreich. Konrad Falter berichtet über diese Initiative.
22.00 Sketchup
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die Spitzenklöpplerin
Französischer Spielfilm (1977)
Mit Isabelle Huppert, Annemarie Düringer u. a.
Regie: Claude Goretta
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Jürgen Donges vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
19.00 heute
19.30 Mord im Spiel
Kriminalfilm nach dem Roman „Nachtaufnahme" von Herbert Lichtenfeld
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Moderation: Hans-Ulrich Spree
1984/85 spendeten bundesdeutsche Bürger Millionen Mark für die Hungernden in Afrika. Udo van Kampen suchte nun in Äthiopien und Niger nach Ergebnissen dieser Hilfeleistungen. Außerdem zeigt WISO noch einen Bericht über das Hilfswerk „Andheri e. V."
21.45 heute-journal
Anschl. Politbarometer
22.10 Die Zehn
Europa unterm Texashut
Wird die EG ein Anhängsel der USA?
22.55 Theaterwerkstatt
Shakespeare 1984
Einblicke in drei Inszenierungen
0.45 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Hilferufe
Wege aus der Krise
21.15 Medizin-Magazin
21.45 Landesspiegel
Handballdörfer
22.15 Thema des Monats
Eingesperrt und ruhiggestellt
10 Jahre Psychiatrie-Reform
23.15 Der Sternenhimmel im Dezember
23.30 Die gestohlenen Kinder
Reportage aus Argentinien
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Streng geheim (4)
Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg
20.00 Tagesschau
20.15 Schauplatz
Ein Markt für Kapital
21.00 Das Montagsthema
22.00 Die blaue Dahlie
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Alan Ladd u. a.
Regie: George Marshall
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.50 Wie der erste Brief geschrieben wurde
19.00 Drei – D
20.00 Horizonte
Ein ökumenisches Magazin
20.45 Die Sprechstunde
Aids
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Blackout
22.30 Im Brennpunkt: Kultur
Ereignisse und Streitfragen

SÜDWEST
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Tödliche Kälte
20.15 Mann im blauen Kittel
Der Maler Johannes Itten
21.05 Flash Gordons Flug zum Mars
Das Bombengeschwader
21.20 Rückblende
21.35 Maryvonne
Der ungewöhnliche Weg einer französischen Arbeitslosen
22.20 Jazz am Montagabend
„Feuerwerxmusik"
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
Jugendprogramm
20.45 Über das Wunder, daß wir die anderen Sprache verstehen
Bericht über Psycholinguistik
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Ein Sommertag
Fotografien von Joel Meyerowitz
22.50 Der Spion (1)
Schwedischer Fernsehfilm in vier Teilen
Von Rolf Börjlind
23.50 Rundschau

SAT 1

16.30 Bis ans Ende der Welt
Die Freundschaft
17.00 Ufo
Die Siamkatze
18.00 Westlich von Santa Fé
Fred zahlt seine Schuld
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Hardcastle & McCormick
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick
Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Apachenschlacht am schwarzen Berg
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Regie: Joseph Kane
23.40 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

19.00 heute
19.30 Sportreport
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Rendezvous zum fröhlichen Tod
Françoise, Marc und ihre Kinder beziehen ein schloßähnliches Haus, in dem es bald zu spuken anfängt.
Franz.-ital. Spielfilm (1972)
Regie: Juan Buñuel
23.05 Kennwort: Kino
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.30 Die schwarze Serie
Der Wochenendkiller
Französischer Film (1984)
22.10 RTL-Spiel
22.20 Das Kind im Manne
22.53 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Pankraz, A. Ignatow und die Politzyniker

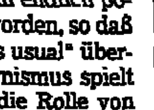
Ist der Zynismus eine politische Tugend? Fast könnte man es glauben, liest man Assen Ignatows Studie über die „Psychologie des Kommunismus" (erschienen im Münchner Johannes Berchmans Verlag). Der exilbulgarische Sowjetologe analysiert dort die gegenwärtige Mentalität der kommunistischen Führungsschichten und konstatiert einen Übergang „vom Fanatismus zum Zynismus". Kein Apparatschik glaube mehr an die marxistischen Lehrsätze. Dennoch führe man sie weiterhin ununterbrochen im Munde, das Verhältnis zu ihnen sei rein zynisch geworden, man benutze sie als Karriereleiter und zur Machtsicherung, obwohl man genau wisse, daß sie von der Wirklichkeit widerlegt seien.

Der neue Zynismus, so Ignatow, wirke sich fürs erste systemstabilisierend aus. Zyniker seien im allgemeinen geschickter und konkurrenzfähiger als Fanatiker, auch etwas liberaler. Es falle ihnen leichter, das System nach technokratischen Gesichtspunkten zu reformieren und den Standards des Westens anzupassen. Freilich, *à la longue* werde der Zynismus politisch gefährlich. Er korrumpiere die Intelligenz und die Jugend, erzeuge ein Klima des permanenten Verrats, verwandle das politische Leben in eine einzige Schauspielerei. Ein System, an dessen Wert niemand mehr glaube, müsse zugrunde gehen.

So einleuchtend das klingen mag, Pankraz möchte doch zunächst einmal fragen, wie es sich mit dem Zynismus im Westen und in der Politik überhaupt verhält. Auch außerhalb des Kommunismus sind die Politiker ja im allgemeinen große Schauspieler, die ihren Part gebetsmühlenhaft und ohne innere Anteilnahme herunterzuleiern verstehen, weil sie ihn eben „drauf" haben. Auch im Westen wird bekanntlich fast nichts so heiß gegessen, wie man es kocht, sprich: wie man es rhetorisch aufbereitet und „verkauft". Auch die Demokratie wird nicht „rein" verwirklicht, sondern nur mit Abstrichen, und das ist sogar ein Glück, denn wenn man sie fanatisch aufbliese und alles und jedes „demokratisieren" wollte, würde das Leben schnell unerträglich.

Es gibt in der Politik wohl eine zynische Grundausstattung, die *systemneutral* und für den *Erfolg* einfach notwendig ist. Gerade der demokratisch gewählte Politiker wäre schlecht beraten, wollte er etwa den zynischen Ratschlag Machiavellis mißachten, daß man die „Grausamkeiten", die Absetzungen und Einschnitte und Preisgaben von Wahlversprechen, „schnell, möglichst unmittelbar nach Machtantritt" begehen müsse. Und der die Politik begleitende Reporter oder Kommentator machte sich nur lächerlich, wenn er Politikerreden zum Nennwert nähme, statt sie „auf ihren wahren Gehalt hin" zu untersuchen. Jedermann begreift das, es gehört einfach „zum Geschäft".

Insofern will es beinahe so scheinen, als signalisiere das Zynischwerden der kommunistischen Führungsschicht einen Übergang zur Normalität, ein Herauswachsen aus den revolutionären Eierschalen, eine Art Zivilisationsprozeß. Viele Medien des Westens stellen das auch so dar. Sie tun so, als sei der zynisch operierende kommunistische Funktionär nun endlich politisch erwachsen geworden, so daß man zum „business as usual" übergehen könne. Der Zynismus spielt hier gewissermaßen die Rolle von Schlips und Kragen, die der Apparatschik gegen Trotzki-Litewka oder Mao-Look eingetauscht hat, um Wohlanständigkeit und Kreditwürdigkeit zu demonstrieren.



Aber wie Schlips und Kragen im Grunde nur äußerliche Accessoires sind, mit denen man eventuell sogar „junge Lords" à la Wilhelm Hauff ausstaffieren kann, so klafft, bei Lichte besehen, doch auch ein himmelweiter Unterschied zwischen dem Zynismus-Ost und dem Zynismus West. Der letztere erschöpft sich vollständig in einem gemäßigten Machiavellismus, d. h. er verschafft sich zwischen den Fugen des auf Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus gebauten Systems einige wenige Freiräume purer Machtausübung, ohne die es in der Politik nun einmal nicht geht. Sein Zynismus ist die berühmte Prise Salz in einer milden Suppe.

Ganz anders der Zynismus der spätkommunistischen Apparatschiks. Er gedeiht von vornherein im Humus einer selber zynischen, nämlich menschenverachtenden, auf Rechtlosigkeit und Lebensfeindlichkeit aufgebauten Doktrin. So muß er sich keine Fugen und Ritzen suchen, sondern breitet sich wie glitschiger Pilz über die Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens aus. Es gibt keine Rettung vor ihm. Die Theorie, zu der er sich verbal ja noch bekennt und an der er deshalb gemessen werden könnte, ist längst bis auf die Knochen blamiert. Und alternative, transformierende Theorien dürfen nicht angeboten werden.

Die herrschenden Zyniker dulden trotz vorgespielter Liberalität keine kritische Einsprache, höchstens das Gemümmel einiger „verdienter Genossen", die über den Verfall der revolutionären Sitten barmen, obwohl sie doch selbst tief im Sumpf des Unrechts stecken. Mit solchen „Veteranen" als Ideal läßt sich keine antizynische Gegenposition aufrichten und halten. So tropft der Zynismus, genau wie Ignatow schreibt, tatsächlich allmählich von oben nach unten durch, vergiftet jegliche intellektuelle Diskussion, deformiert jede öffentliche Manifestation zur Karikatur, dringt in den Alltag des Volkes ein und macht jeden einzelnen über kurz oder lang, so oder so zum Komplizen der Partei.

Assen Ignatow meint, nur ein bonapartistischer Staatsstreich, eine idealistische vaterländische Offiziersverschwörung werde eines Tages diesen Orkus aus Zynismus und Korruption beenden können. Seine Prognose lautet: Vom Kommunismus zum „Faschismus". Pankraz hingegen glaubt bisher immer noch an menschenfreundlichere Möglichkeiten, an machtvolle Bewegungen von unten im Stile der polnischen „Solidarność", die den zynischen Kommunismus ohne große Umwege in rechtsstaatliche, freiheitliche Verhältnisse überführen werden.

Pankraz

Der Schöpfer des „Journals des Luxus und der Moden" – Mainz feiert den großen Verleger Bertuch

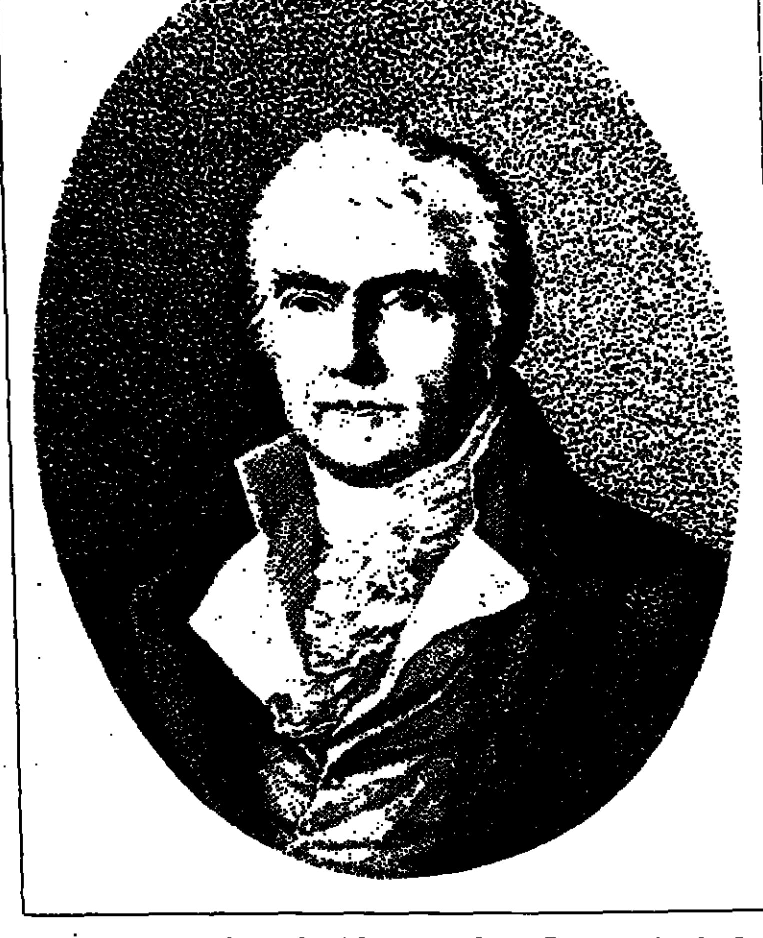
In Weimar sämtliche Genies gefüttert

Herder hat ihn gehaßt. Schiller konnte ihn nicht leiden; er nannte ihn eine „merkantilische Seele". Aber er war auf ihn angewiesen und ließ sich von ihm unterstützen. Denn Friedrich Justin Bertuch verwaltete die Schatulle des Herzogs von Weimar; Grund genug auch für Herder, seine Gesellschaft zu suchen. Goethes Verhältnis zu Bertuch, sozusagen von Geheimrat zu Geheimrat, war zwiespältig. Nur Wieland liebte ihn; er hielt ihn für einen Dichter, womit er ihn maßlos überschätzte. Das wurde Bertuch früher klar als seinem alten Mentor und Mitherausgeber des „Teutschen Merkur". Er hatte entschieden mehr Talent zum Unternehmer, aber das wußte er weidlich auszunützen.

Friedrich Justin Bertuch (1747–1822) war wahrscheinlich der tüchtigste Mann im ganzen Herzogtum, „bewundert, beneidet, umstritten". Diese drei Epitheta führt denn auch die Ausstellung des Mainzer Gutenberg-Museums im Untertitel, die uns mit einer Fülle literarischen und dokumentarischen Materials, zusammengetragen, aufbereitet und kommentiert von Siglinde Hohenstein, höchst interessant und gründlich über F. J. Bertuch informiert, dabei gleichzeitig die Epoche durchleuchtet und eine ungewohnte, sozusagen profane Sicht auf Weimar, den „deutschen Parnaß", eröffnet.

Weimar war damals ein Städtchen mit etwa 6000 Einwohnern; das ganze Herzogtum zählte rund 100 000 Untertanen des Herzogs Karl August, der sich durch sein liberales Mäzenatentum um die deutsche Geistesgeschichte so verdient gemacht hat. Wieland hatte ihn erzogen; im Umgang mit Goethe und anderen Junggenies geriet diese gute Erziehung zeitweilig arg in Gefahr – sehr zum Ärger und Verdruß seines Schatzmeisters Bertuch, der die fürstliche Verschwendungssucht und die mitunter rüden Ausschweifungen der „genialischen" Clique schließlich bezahlen mußte. Ohnehin fehlte ihm für diese Lebensart jedes Verständnis – wofür nun Goethe wiederum kein Verständnis aufbrachte.

Die Charaktere und Interessen der beiden Männer, auch ihre Philosophie und Begabung waren zu verschieden, so daß sie fast zwangsläufig in gewisser Weise zu Antipoden in Weimar wurden. Reibungsflächen gab es genug. Die offenen oder verdeckten Konflikte führten bis zum regelrechten Zeitungskrieg, in dem es zur Gründung eines Goetheschen Konkurrenzblattes zur florierenden „Allgemeinen Literatur-Zeitung" Bertuchs kam. Andererseits ließ Goethe seine Gesamtausgabe von Göschen verlegen, dessen Teilhaber Bertuch war, einzelne Werke brachte er auch bei Bertuch selbst heraus. Eine Zeitlang standen sie auch gemeinsam als Schauspieler auf der Weimarer Liebhaberbühne – das war sozusagen eine obligatorische Liebhaberei bei Hofe –, häufig in eigenen Stücken; denn auch Bertuch war ein erfolgreicher Reimeschmied und Stückeschreiber, mag es auch schwer zu glauben sein, wenn man jetzt Kostproben seiner Werke liest. Sein Trauerspiel „Elfriede", von Wieland als „wahres Meisterstück" gefeiert, gehörte lange Zeit zum Repertoire zahlreicher Bühnen im In- und Ausland.



Der „andere Geheimrat" in Weimars klassischer Epoche: Friedrich Justin Bertuch, Verleger, Fabrikant, Schriftsteller, Übersetzer, Politiker
FOTO: DIE WELT

Bertuch war nämlich als freier Schriftsteller und „Dichter" nach Weimar zurückgekehrt, nach dem Universitätsstudium in Jena und längerer Tätigkeit als Hofmeister auf einem Gut bei Altenburg. Er war übrigens der einzige Einheimische in der Weimarer Hofgesellschaft. Nach einigen Jahren hatte er keine Lust mehr, „die Genies zu füttern und zu kleiden", quittierte den Staatsdienst und machte sich als freier Unternehmer selbständig. Seine „merkantilische Seele" bewährte sich alsbald in vielen sehr verschiedenen Unternehmungen. Schiller übrigens hielt es auch weiterhin für opportun, seine Bekanntschaft zu pflegen, um von „seiner Tätigkeit, seinem Handelsgeist und seinem Glück" zu profitieren.

Bertuch wurde in kurzer Zeit der reichste Mann in „Klein-Athen" und besaß „ohnstreitig in ganz Weimar das schönste Haus" (Körner). Die finanzielle Unabhängigkeit und Basis hatte ihm seine ungemein erfolgreiche Übersetzung des „Don Quijote" aus dem Spanischen verschafft.

Der findige Verleger hatte hier eine lukrative Marktlücke entdeckt und füllte sie tüchtig aus, indem er dem Cervantes – der als eine literarische Sensation gefeiert wurde – eine Reihe weiterer Spanier und Portugiesen in eigenen, übrigens sehr brauchbaren, Übersetzungen folgen ließ.

Gleichzeitig handelte er mit Immobilien und Aktien; nach einer Fabrik für Öle und Farben gründete er eine Papier- und eine Blumenfabrik – dieselbe, in der auch Goethes spätere Frau Christiane beschäftigt war. Er betrieb einen schwunghaften Kunsthandel, hauptsächlich mit Kopien, die ihm der Bildhauer Martin Gottlieb Klauer anfertigte, und kunsthandwerklichen Gegenständen. Er gründete ein „Industrie-Comptoir", beteiligte sich an Bankgeschäften, kaufte und betrieb Salzwerke im In- und Ausland, zuletzt knüpfte er Verbindungen nach England und Amerika. Mit dem Maler Georg Melchior Kraus begründete er eine renommierte Zeichenschule (die zeitweilig auch C. D. Friedrich besuchte), die ihm zugleich die Stiche für seine illustrierten Verlagswerke lieferte.

Als Verleger und Herausgeber war Bertuch am erfolgreichsten. Seine Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Almanache füllen in Mainz viele Vitrinen. Zu den wichtigsten zählten der „Teutsche Merkur", die „Allgemeine Literatur-Zeitung" (die täglich erschien!), das berühmte „Journal des Luxus und der Moden", nicht zuletzt die politische Zeitschrift „Nemesis" und das stets von der Zensur bedrohte „Oppositions-Blatt", worin Bertuch seine liberalen Vorstellungen von Freiheit – auch von Pressefreiheit – propagierte. Daneben finden sich Schriften zur Naturwissenschaft, Geographie, Zoologie, Botanik und Technik (Luftschiffahrt), Reisebeschreibungen und natürlich Belletristik angesehener Autoren von Wieland bis Lenz und Bürger.

In allen seinen Verlagswerken wie in den eigenen Schriften – bis zum illustrierten Kinderbuch – setzte sich Bertuch für eine aufgeklärte allgemeine Bildung ein, stets auf die Übereinstimmung von Eigen- und Gemeinwohl bedacht. Er hatte den Geist der Zeit mit seinen politischen Umwälzungen, technischen Errungenschaften und der beginnenden Industrialisierung besser begriffen als die Weimarer Geistesgrößen und die zeitfremden Philosophen. Er war deshalb nicht nur Metternich und Gentz, sondern auch den utopischen Idealisten, Romantikern sowie allen linken wie rechten Radikalen ein Dorn im Auge. Wer sich Locke zum Leitstern nimmt, kann Herdern nicht gefallen; wer sich mit Napoleon und Metternich anlegt, stößt beim vorsichtigen Goethe auf Mißtrauen und Ablehnung.

Bertuch hat damit gelebt und ließ sich nicht beirren. Als freier Geist demokratischer Gesinnung erstrebte er die politische Mitbestimmung des Bürgertums; als Philanthrop war er stets um die soziale Sicherung seiner Arbeitnehmer besorgt. Der Selfmademan und Prototyp eines neuen Unternehmertums betrachtete es allzeit als „wünschenswerten Beruf", Gutes zu tun und mit „gesunder Vernunft" der Allgemeinheit zu dienen. Daß er dabei seinen eigenen Vorteil nicht aus den Augen ließ, wer will's ihm verdenken? (Bis 31. Dez.; anschließend Goethe-Museum Düsseldorf. Katalog 25 Mark.)

EO PLUNIEN

JOURNAL

„Leichenpredigten" bleiben in Deutschland

dpa, Hamburg

In einer „Blitzaktion" hat die Hamburger Kulturbehörde die Versteigerung einer Sammlung von „Leichenpredigten über Angehörige des deutschen Adels" aus den Jahren 1570 bis 1760 ins Ausland verhindert. Wie aus dem Hamburger Auktionshaus Dörling verlautete, hatte die Kulturbehörde unmittelbar vor der Versteigerung ein Verfahren zur Eintragung in das „Verzeichnis nationalen Kulturgutes" eingeleitet. Das bedeutet, daß diese Objekte in der Bundesrepublik bleiben müssen. Die rund 2000 „adelichen Leichenpredigten und verwandten Schriften" in 93 Bänden waren mit 150 000 Mark ausgerufen worden. Sie wurden für 180 000 Mark einer großen deutschen Bibliothek zugeschlagen.

Zwei Kölner Museen werden geschlossen

dpa, Köln

Die Sammlungen des Wallraf-Richartz-Museums und des Museums Ludwig in Köln bleiben von heute an geschlossen. Für die beiden Museen beginnt danach der Umzug in den im Bau befindlichen Neubau zwischen Dom und Rhein, der am 6. September 1986 eröffnet werden soll. Das bisherige Museumsgebäude aus dem Jahre 1957, das anstelle des 1861 bezogenen und im Zweiten Weltkrieg zerstörten neugotischen Museumsbaus errichtet wurde, soll dann das Kölner Kunstgewerbe-Museum beherbergen.

Cervantes-Preis an Torrente Ballester

dpa, Madrid

Dem spanischen Romancier Gonzalo Torrente Ballester ist der diesjährige Miguel-de-Cervantes-Preis zugesprochen worden. Die Auszeichnung, mit der alljährlich Verdienste von Schriftstellern spanischer Sprache unabhängig von ihrer Nationalität gewürdigt werden, ist mit rund 165 000 Mark einer der höchstdotierten Literaturpreise der Welt. Der 75jährige Torrente Ballester blickt auf ein umfangreiches schriftstellerisches Werk zurück, das dem magischen Realismus zugerechnet wird. Zu seinen bekanntesten Werken gehören „Leben und Flucht des JB", „Die Insel der Hyazinthen" und die Trilogie „Freuden und Schatten".

Hanns Anselm Perten†

dpa, Rostock

Der Generalintendant des Volkstheaters Rostock, Prof. Hanns Anselm Perten, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Perten, einer der renommiertesten Theaterregisseure in der „DDR", setzte in Rostock, dessen Theater er über drei Jahrzehnte lang leitete, vor allem die Dramatik aus der Sowjetunion sowie die Werke von Peter Weiss und Rolf Hochhuth durch. Von Hochhuth inszenierte er insgesamt sieben Stücke, zuletzt „Judith" im Juli diesen Jahres. Hochhuths „Ärztinnen" brachte Perten auch in Moskau heraus. Erfolge erzielte er auch mit der Aufführung von komödiantischen „DDR"-Gegenwartsstükken, die ihm vor allem Claus Hammel lieferte.

Portäts mit der Kamera

Mehr als nur die äußere Erscheinung

Sie sind Zeitgenossen, Berufsgenossen. Beide haben Geschichte gemacht, Photogeschichte. Beide verkörpern einen sehr französischen Stil, obwohl nur Henri Cartier-Bresson in Frankreich geboren wurde, 1908 in Chanteloup. Gisèle Freund, Jahrgang 1912, stammt aus Berlin. Betrachtet man jedoch ihre Bilder nebeneinander, besonders die, die sie von denselben Personen gemacht haben, fallen eher die Unterschiede ins Auge. Zwei Bände vom Schirmer/Mosel Verlag, München, bieten dazu Gelegenheit, denn gleichzeitig erschienen „Gisèle Freund: Photographien" (224 S., 205 Abb., 128 Mark) und „Henri Cartier-Bresson: Photoportraits" (288 S., 252 Abb., 148 Mark).

Der Band von Gisèle Freund bietet eine Besonderheit: 52 Farbphotographien, die vor dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Wegen der geringen Lichtempfindlichkeit des Materials handelt es sich um gestellte Aufnahmen. Verbunden mit der noch dürftigen Farbqualität, der nivellierten Tonskala und dem Mangel an Akzenten wirken diese Bilder recht blaß. Sie sind allenfalls historisch interessant. Bei den Schwarzweiß-Aufnahmen ist das anders. Gisèle Freund betont, daß keine gestellt wurde – was die Haltung und der Ausdruck der Porträtierten oft zu dementieren scheinen. Aber das ist auch nicht entscheidend, wenn das Bild mehr als nur die äußere Erscheinung des Abgebildeten wiedergibt. Das gelingt streckenweise, aber doch nicht mit der Sicherheit Cartier-Bressons.





Botschaft vom Menschen: „In der Calle Cuauhtemocztin, Mexiko"
FOTO: HENRI CARTIER-BRESSON

Seine Photos interessieren nicht nur, weil auf ihnen ein Prominenter scheinbar ein wenig privat zu sehen ist, sondern weil sie uns zuerst von einem Menschen erzählen. Dabei ist gleichgültig, ob er sich der Kamera bewußt war und mit der Situation des Photographierens kokettierte oder ob er überrascht wurde. Gisèle Freunds Photos wirken ein wenig gefroren, deuten eine „Ich-weiß-daß-die-Kamera-da-ist-aber-ich-beachte-sie-nicht"-Pose an, während Bressons Bilder Ungezwungenheit ausstrahlen – ganz abgesehen davon, daß sie auch besser gesehen, besser komponiert sind.

PETER JOVISHOFF

Krabbelei: Molières „Dom Juan" in Frankfurt

Am Schluß Limonade

Am Ende hörte man Molière deutlich mehrmals Oh-ah stöhnen. Der Laut stammte angeblich vom Steinernen Gast aus der Unterwelt, aber es war mit Sicherheit der vor Schreck versteinerte Molière.

Wenn man nicht wüßte, daß Molière aus dem Wust seiner Vorgänger einen tänzelnd vibrierenden großen Herrn gemacht hat, der es mit Gott und der Welt im wahrsten Sinn des Wortes aufnimmt und zum Beispiel jede schöne Frau mit seiner Unwiderstehlichkeit erobert und sie nach gehabtem Sieg der nächsten Schönen zulieb sitzenläßt ...

Wenn man nicht wüßte, daß der „Dom Juan" ein selbst für Molière einzigartiges Meisterwerk ist, wo in jeder Szene eine andere typische Figur auftrumpfend aus ihrem Sinn des Lebens agiert und von Juans Aktionen und Reaktionen eine eiskalte Dusche empfängt ...

Wenn man das und manches anderes nicht wüßte – nach dieser Frankfurter Inszenierung von Benjamin Korn wüßte man's erst recht nicht.

Dieser Frankfurter Juan (Matthias Scheuring) ist ein lärmender Kumpan, der seinem Diener Sganarell seine neueste Passion mitteilt, indem er sich mit ihm auf dem Boden herumwälzt. Sganarell (Michael Weber) ist auch ein lärmender Kumpan, der dem Guzman (Josef Schwarz), dem Diener der verlassenen Ehefrau Elvira, die Verruchtheit seines Herrn schildert, indem er an ihm hochkrabbelt. Das nennt man dort, wo es Sinn macht, Körpersprache.

Hier ist es Körperunsinn und beseitigt zwischen Herr und Diener den großen Herrn, der dann gelegentlich durch Gebrüll wiederhergestellt werden soll. Sinn macht die Körpersprache in der Clownerie mit den zwei ländlichen Schönen und dem Bauern Pierrot, wo übrigens grotesk die Unwiderstehlichkeit Dom Juans gezeigt wird. Daß er der Charlotte im Eifer unter die Röcke krabbelt und sie ein verklärtes Gesicht dazu macht, mag als Gag hingehen.

Elvira (Martina Heine), die voller Zweifel und sehr schnell voll schrecklicher Gewißheit den geflohenen Ehemann stellt, hält ihre Rede so, wie wir das in der Schule gelernt haben: dies Wort bitte betonen, hier die Stimme etwas heben, und da eine kleine Pause, na ja, so kann's gehen. Und so deklamierten wir brav. Und so deklamiert Frau Heine. Grausam. Am Ende des Stücks, wo sie noch einmal auftritt, jetzt um das Seelenheil des Mannes besorgt, ist sie etwas besser. Aber auch hier ist das Auswendiggelernte zu lang für ihren Atem.

Denken wir nicht an die hymnischen Reminiszenzen der französischen Theatergeschichte, wo man lesen kann: „Aber da bot Maria Casarès 1952 plötzlich eine konzise Elvire, die vor Liebe glühte und uns lange als die einzige im Gedächtnis bleibt, die fähig war, ihren Geliebten einen Augenblick zurückzuhalten", so hoch wollen wir die Forderung für Frankfurt nicht treiben. Oder den satanischen Heros Jean Vilar im Jahr darauf, der den staunenden Zuschauern den Atem verschlug. Nein, man könnte schon zufrieden sein, wenn der Juan ein bißchen nach Gustaf Gründgens schielte und die Elvira so spielte, als vertraute sie ihrer Rolle.

Dom Juan und Sganareil dagegen spielen gelöster, aber so gelöst, daß sie bei jeder Gelegenheit brüllen. Juan brüllt, statt mit herrischem Hohn zu dienen, Sganarell brüllt selbst da, wo er seine moralischen Ausbrüche geduckt und verschlüsselt anbringt. Die herrliche Szene, in der Sganarell endlich den Verstand verliert, weil sein Herr jetzt auch noch den Frömmler spielt, geht ganz verloren durch sein weit ausladendes Pathos; man bemerkt nicht, daß er sich in der Aufregung, von Furcht vor Juans Zorn geschüttelt, in lauter Banalitäten und Sprichwörter verirrt und einen Salat von sich gibt, der nur durch Zittern und Beben und Stottern sichtbar werden könnte.

Übrigens: die Heuchelei der falschen Frommen, die Molières Leben verbitterte, ist heute noch aktueller als damals. Heute, da keiner mehr etwas glaubt, gibt es Hunderttausende von falschen Christen, Massen von falschen Linken, zahllose – Opportunisten. Opportunisten, so heißt das Wort heute, und so hätte der Begriff Heuchler gut und gern aktualisiert werden können.

Der Höllentumult des Schlusses macht aus Juans letzten Worten Limonade. Den Frankfurtern hat's gefallen. Gott segne sie.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Eleganz: Jules Massenets „Manon" in München

Vom Ball in die Kirche

Kulturmenschen sind sich ziemlich einig, daß Jules Massenets „Manon" die viel bessere Oper ist als Puccinis „Manon Lescaut". Aber die Gelegenheit, beide Werke wirklich miteinander zu vergleichen, ist selten. Die Bayerische Staatsoper in München bietet sie nun. Zu Puccinis Werk, das seit einigen Jahren im Repertoire steht, gesellt sich nun die französische Schwester.

Massenet und seine Textdichter sind viel näher am Roman des Abbé Prévost geblieben, auch wenn ihnen Manon schon auf der Reise nach Le Havre stirbt, gleichsam während jenes berühmten Orchester-Zwischenspiels, das bei Puccini vor dem dritten Akt steht, dem dann sogar noch ein vierter folgt, der in Amerika spielt. Dafür sind bei Puccini indessen die frühen Stationen der Beziehung zwischen Manon und Des Grieux bis zur Unkenntlichkeit ausgedünnt.

Bei Massenet sieht man nicht nur das traute Boheme-Dasein, von dem sich Manon mit ihren bewegenden „Adieu, ma petite table" verabschiedet, sie ist es auch, die nach ihrem Leben in Luxus wieder den Weg zurück zu Des Grieux sucht – also umgekehrt wie bei Puccini, wo der Chevalier wie ein Jammerlappen dauernd hinter Manon herrennt.

Massenet, wie fast alle guten französischen Komponisten über Erfahrungen in der Kirchenmusik gebietend, ließ sich Prévosts grandioses Szenarium nicht entgehen: Manon erfährt auf der „Fête au Cours-la-Reine", daß der Chevalier im Priesterseminar von Saint Sulpice ist, kurz davor, die höheren Weihen zu nehmen. In großer Balltoilette eilt man nun zur Kirche, wo Des Grieux gerade seine erste Predigt gehalten hat, zum Entzücken der älteren Kirchgängerinnen. Und dann entspinnt sich in dieser Kirchenszenerie eins der leidenschaftlichsten Duette der gesamten Opernliteratur: zwischen einem Priester und einer Frau in riesiger, roter Ballrobe.

Nun, da hat natürlich auch die Produktion (Regie, Bühnenbild und Kostüm) von Jean-Pierre Ponnelle mitgeholfen. Er geht vielleicht ein bißchen zu weit, wenn sich Manon dann auch noch mit Aplomb auf den Betstuhl schmeißt. Aber die Extreme des Lebens, Erde und Feuer, Liebe und Tod, werden hier von Ponnelle doch sehr wirkungsvoll formuliert.

München hat die Produktion von der Wiener Staatsoper erworben. Das bedeutet zwar einen kleinen Schönheitsfehler, was die Maße der Dekorationen angeht, zeugt aber dafür von klugem Haushalten, denn natürlich wird man Massenets „Manon" nicht auf ewig im Repertoire halten können, so daß eine neue Produktion sich nie hätte amortisieren lassen. Als Repertoirestück ist diese Oper, die natürlich in der Originalsprache gegeben wird, viel zu schwierig zu besetzen.

Der Glücksfall der Münchener Aufführung ist Edita Gruberova. Sie hat sich ja vom Koloratur-Zwitschervogel wegentwickelt hin zu jenen interessanten Frauenpartien, die zwar den hohen, geläufigen Sopran verlangen, aber doch auch die Möglichkeit einer intensiven Rollengestaltung bieten. Die Gruberova singt grandios. Sie hat eine Manier entwickelt, ihre Stimme größer und substantieller erscheinen zu lassen, als sie eigentlich ist. Sie hat eine Selbstverständlichkeit des Umgangs mit den Noten wie des Textes, daß man nie auf den Gedanken kommt, hier tue einer jene Arbeit, die da Singen heißt.

Der Gesang scheint für die Gruberova die natürlichste Art, sich zu äußern. Das zu erleben, lohnt den Abend allein schon. Ihr zur Seite steht, nach der Absage von Neil Shicoff, mit Alberto Cupido ein wohlklingender, schlank singender Tenor: auch das eine Besetzung der ersten Klasse, wie auch Alberto Rinaldi als zwielichtiger Lescaut mit kräftigen Tönen.

Aber all das reicht bei Massenet nicht, wenn nicht auch ein Dirigent da ist, der die Musik in ihrer ganzen Delikatesse auskostet, ihr das feine Parfüm gibt, die ziemlich dichte Instrumentation mit leichter Hand führt und damit durchhörbar macht, der die Eleganz und den Esprit dieser so durch und durch französischen Musik zu vermitteln weiß. Eben der Mann ist Julius Rudel. Und wer da am Schluß buh rief – es waren nicht viele, aber doch genug, um den Ausklang des Abends zu stören –, der kann wohl in Wahrheit Musik einfach nicht leiden.

REINHARD BEUTH

THEATER-KALENDER

4. Wien, Akademietheater; Musil: Vinzenz und die Freundin bedeutender Männer (R: Axer)

5. Münster, Wolfgang Borchert Theater; Martin: Einer fehlt beim Kurkonzert (U) (R: Cromm)
Zürich, Schauspielhaus; Strindberg: Totentanz (R: Düggelin)

6. Düsseldorf, Schauspielhaus; Sobol: Weiningers Nacht (DE) (R: Kuner)

7. Berlin, Freie Volksbühne; Wedekind: Franziska (R: Neuenfels)
Düsseldorf, Schauspielhaus; Sobol: Ghetto (R: Levine)
Freiburg, Theater; Bruckner: Die Rassen (R: Stefanek)
Hamburg, Thalia Theater; Kleist: Penthesilea (R: Gosch)

8. Berlin, Schiller-Theater; Duras: Savannah Bay (R: Schmidt)

9. Berlin, Renaissance-Theater; Preses/Becher: Der Bockerer (R: Pflegerl)

10. Berlin, Schloßpark-Theater; Hofmannsthal: Der Unbestechliche (R: Schenk)

14. Essen, Theater der Stadt; Lohenstein: Sophonisbe (R: Heyme)

15. Köln, Schauspiel; Dähnert: Erbe um Erbe (U) (R: Kock)

18. Frankfurt, TAT; Cami: Tapfere Franzosen, ergebt Euch (U) (R: Fitz)

19. München, Kammerspiele; Jens: Die Troerinnen des Euripides (R: Tabori)
Saarbrücken, Staatstheater; Bernhard: Der Weltverbesserer (R: Sellner)
Wien, Theater in der Josefstadt; Kalbeck: Hohenbühl oder Die Schwierigen (U) (R: Steinboeck)

20. Berlin, Werkstatt; Schleef: Berlin ein Meer des Friedens (R: Ernst)
Stuttgart, Staatstheater; Byland: Jubilee (U) (R: Byland)

21. Köln, Schauspiel; Shakespeare: Was Ihr wollt (R: Adler)
Wien, Burgtheater; Shakespeare: Hamlet (R: Hollmann)

22. München, Residenztheater; Shakespeare: Hamlet (R: Tragelehn)

30. Bochum, Schauspielhaus; Beginnen: Minna auf Mallorca (U) (R: Lyons)

31. Bonn, Bühnen der Stadt; Gems: Piaf (R: Zankl)
Frankfurt, Schauspiel; Niebergall: Der Datterich (R: Hilsdorf)

Tempolimit auch von Nachbarn nicht eingehalten

HEINZ HORRMANN, Bonn

Auf dem Papier haben die europäischen Nachbarländer ein Tempolimit zwischen 100 und 140 km/h. Im Gegensatz zum deutschen Selbstverständnis wird das Einhalten der Höchstgeschwindigkeit aber bis auf einige Ausnahmen nicht kontrolliert.

Jeder Autofahrer, der in Frankreich, in Holland oder in Italien die Autobahn benutzt, kann feststellen, daß es sich bei den offiziellen Begrenzungen um theoretische Werte handelt. Selbst wer mit einer Richtgeschwindigkeit von 130 km/h dahinrollt, wird laufend überholt. Auf Englands Autobahnen, wo ein Tempolimit von 112 km/h gilt, werden ungestraft Spitzengeschwindigkeiten bis zu 180 km/h gefahren. Das hat das Verkehrsinstitut von Professor Bhaskar in Norwich festgestellt. Auf dreispurigen Schnellstraßen fahren 46 Prozent schneller als erlaubt.

Der ADAC beschäftigte sich mit dem tatsächlichen Tempo auf den Autobahnen in angrenzenden Ländern. Technikerteams machten zur gleichen Zeit auf freien Strecken Radarmessungen und stellten dabei eine sehr geringe Bereitschaft fest, die geltenden Tempolimits einzuhalten. In Dänemark und in den Niederlanden beispielsweise ist die Spitzengeschwindigkeit auf 100 km/h begrenzt. Auf dänischen Autobahnen fahren 51 Prozent und in Holland 87 Prozent der Pkw-Fahrer schneller.

Stärker beachtet wird die 120-km/h-Grenze in Belgien und in der Schweiz. Doch 26 Prozent unserer westlichen Nachbarn und 45 Prozent der Eidgenossen überschritten auch dieses Limit. 130 km/h verlangen sowohl Frankreich als auch Österreich. Obwohl die Polizei in Frankreich relativ häufig kontrolliert, sind 34 Prozent der Pkw-Fahrer schneller unterwegs. Auf gut ausgebauten Autobahnen in Österreich durcheilten 53 Prozent der Personenwagen das Meßfeld mit höherem Tempo als 130.

Am kompliziertesten ist die Situation in Italien, wo das Limit nach Hubraum von 90 bis 140 km/h gestaffelt ist. In der großen Klasse kommt das Ergebnis einer freien Fahrt gleich. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Hubraum- und PS-starken Fahrzeuge liegt noch acht km/h über dem Limit. Das ist der höchste Wert in der EG. Bedingt durch eine ungestaffelte Gesamtwertung, aber viele hubraumschwache Kleinwagen pendelt sich die mittlere Geschwindigkeit in Frankreich bei 125, in Österreich bei 132, in Holland bei 120, in Italien (einschließlich der Flotte der 20-PS-Winzlinge und Pandas) bei 126 und Dänemark 114 km/h ein. Der ADAC ermittelte in der Bundesrepublik auf freien Strecken einen Temposchnitt von 130 (die Bundesanstalt für Straßenwesen kam auf einen noch 13 km/h geringeren Wert).

Die Bundesmarine feierte in Kiel mit einem großen Aufgebot an Schiffen ihr 30jähriges Bestehen



Über die Toppen geflaggt zeigten sich am Wochenende in Kiel 80 Schiffe der Bundesmarine, darunter die „Gorch Fock" (links) FOTOS: AP/DPA

Ihr Salut klang leise grollend durch den Nebel

GEORG BAUER, Kiel

Die höheren Gewalten hatten kein Einsehen. Selbst am Ehrentag der Bundesmarine, an ihrem 30. Geburtstag, spielten sie den wettererprobten Seeleuten übel mit. Hinter dichten Nebelschleiern entzog sich die bislang größte Parade der schwimmenden Wehr in der Kieler Förde den Blicken der Gäste und Zaungäste.

Dabei hat die Marine, die „ihrer Hauptstadt" Kiel und der ganzen Bundesrepublik Deutschland im Rahmen eines Manövers einen Gruß entrichten wollte, keine Mühen gescheut. Was Rang und Namen hat, ging in der Förde vor Anker. Fast 80 Schiffe. Allen voran das Segelschulschiff „Gorch Fock", dessen Besatzung in nur kurzer Zeit großen Temperaturunterschieden ausgesetzt war. Erst vor wenigen Tagen war sie von den noch sommerlich warmen Gestaden des Mittelmeeres in die eisige Kälte des Heimathafens Kiels zurückgekehrt.

Neben dem Segelschulschiff „Gorch Fock" und dem Schulschiff „Deutschland" hat die Zerstörer-Flottille – „Rommel", „Hessen", „Schleswig-Holstein" –, die Fregatten „Lübeck" und „Köln" sowie die U-Jagdboote „Thetis", „Najade", „Triton" und „Theseus", benannt nach Gestalten der altgriechischen Mythologie, nach Kiel beordert.

Das Spektakel wurde ergänzt durch Boote des 3. und 7. Schnellbootgeschwaders, des 1., 4., 6. und 7. Minensuch-Geschwaders, durch die U-Boot-Flottille mit den Booten „U 13", „U 19", „U 21" und den Tender „Lech". In der Förde waren außerdem Schiffe der Versorgungsflottille und der amphibischen Gruppe vor Anker gegangen.

Auch die Marinefliegerdivision wollte mit Tornados, Starfightern, einem U-Jagd-Flugzeug und Hubschraubern der Stadt in einem Überflug ihren Gruß entbieten. Doch das Wetter fesselte die eisernen Vögel an ihre Horste.

Anders die Schiffe. In dem dichten Nebel schossen Zerstörer, Fregatten und die „Deutschland" um 14.30 Uhr 21 Schuß Salut. Als leises, verhaltenes Grollen vernahmen die Kieler diesen Dank an ihre Stadt.

Der Befehlshaber der Flotte, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, nahm das durcheinandergewürfelte Programm mit dem Gleichmut eines erfahrenen Seebären auf. Im Marinestützpunkt meinte er: „Das Wetter sind wir gewohnt."

Aus den Worten klang zwar Gelassenheit, doch gerne hätte er gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten Schleswig-Holsteins, Rudolf Titzck, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz und dem Kieler Stadtpräsidenten Günther Schmidt-Brodersen den Passex abgenommen, die Vorbeifahrt an den ihm unterstellten Einheiten. Doch auf den Schiffen trat niemand von der Besatzung an. Der Nebel hätte die 5000 Mann getarnt wie einen unsichtbaren Feind.

LEUTE HEUTE

Gespräch geführt

Mexikos Präsident **Miguel de la Madrid** ließ es sich nicht nehmen, selbst mit seinem Landsmann **Rodolfo Neri Vela** zu sprechen, der zur Zeit in der Raumfähre „Atlantis" die Erde umkreist. De la Madrid lobte die Fotografien, die der Astronaut aus dem All von seinem Heimatland aufgenommen hatte, und sagte: „Das ist ein großer Tag für Mexiko." Unterdessen bereiteten sich die Astronauten **Jerry Ross** und **Sherwood Spring** auf einen neuen Einsatz vor. Bei ihren Experimenten bauen sie Modelle aus Aluminiumstangen für die Mitte der 90er Jahre geplante amerikanische Raumstation unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit auf und ab. Bereits am Freitag hatten sie einen 15 Meter hohen Turm errichtet.

Prozeß gewonnen

Entgangene Tantiemen in Höhe von rund 18 Millionen Mark hat ein Gericht in London dem Popsänger **Elton John** und seinem Partner **Bernie Taupin** zugesprochen. Dieser Betrag war ihnen nach Ansicht des Gerichts von ihrem Musikverleger **Dick James**, an den sich die beiden Künstler 1967 als unbekannte Songschreiber vertraglich gebunden hatten, vorenthalten worden.

Ziel erreicht

Der japanische „Kamikaze"-Skifahrer **Yuichiro Miura** hat sein Ziel erreicht, von den höchsten Gipfeln in fünf Kontinenten abzufahren. Am Donnerstag schaffte der 53jährige in einer zweitägigen Tour den letzten Berg, der ihm noch fehlte: den 6950 Meter hohen Aconcagua in Argentinien, den höchsten Punkt Lateinamerikas. 1966 bewältigte er die Abfahrt vom Mount Kosciusko (2230 Meter) in Australien, ein Jahr später die des 6187 Meter hohen Mount McKinley in Alaska, 1970 startete er vom höchsten mit Skiern erreichbaren Punkt des Mount Everest (8848 Meter), von 8150 Metern aus. Den Kilimandscharo (5892 Meter) in Kenia wedelte Miura vor vier Jahren im Familienverband hinab: Sein 77jähriger Vater und sein 11jähriger Sohn begleiteten ihn.

Würstchen auf Wirsing und Sellerie

Deutsche Meisterköche versuchten sich im Opernfoyer am „creativen Hamburger"

DIETHART GOOS, Hamburg

Wenn sich nahezu tausend Kommunikationswissenschaftler und -praktiker vier Tage mit allen Facetten der neuesten Medientechnologie beschäftigen, haben sie Abwechslung und Erholung verdient. So geschehen auf dem „Inter Media Congress '85", der am Wochenende in Hamburg zu Ende ging.

Nicht wie 1815 in Wien tanzte der Kongreß, er ließ tanzen. Denn der Schirmherr und Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte seine Gäste zu einem Gala-Abend in die Hamburgische Staatsoper geladen. Was liegt da näher, als einen der besten Exportartikel zu präsentieren, um den die Hansestadt in aller Welt beneidet wird: die Ballett-Kompanie der Staatsoper unter ihrem Direktor John Neumeier. „Shakespeares Liebespaare" präsentierte der geniale Tanzmeister. Doch schon während der ausklingenden Ovationen drangen ungewohnte Düfte in das Opernparkett. Denn nach dem Augen- und Ohrenschmaus folgte der kulinarische mit dem verheißungsvollen Titel „Hamburger creativ".

Die zwischen Brötchenhälften gebetteten Hackfleischscheiben, die Hamburgers oder kurz Burger – im angloamerikanischen Wortursprung Synonym für Hacksteak aus Hamburg – sind von Ernährungswissenschaftlern mit mancher Kritik belegt worden. Doch es muß nicht das Gebilde aus viel Wattebrötchen, wenig Fleisch (US-Slogan „Where is the meat") und Ketchup sein. Das bewiesen vier Edelköche mit ihren eigenwilligen Kreationen zum Ruhme des Hamburgers.

In den Opernfoyers hatten sie ihre Miniküchen etabliert, Namen von allererster Güte, ausgezeichnet mit Sternen, Kochmützen und anderen Insignien internationaler Feinschmeckergrößen. Gemessen am Andrang gehörte Eckart Witzigmann von der Münchner „Aubergine" der erste Preis für den besten Edel-Hamburger: Zwei winzige Blini, russische Pfannkuchen aus Buchweizenmehl, beherbergten Lachstartar, gekrönt von russischem Beluga-Malossol-Caviar, den der Chef aus einer großen Büchse persönlich auf jeder einzelnen Creation plazierte.

Extravagantes dachten sich auch Axel Henkel und Werner Henssler vom Hamburger Edel-Restaurant „Petit Delice" aus. Das aufgeschnittene Brötchen wurde mit einer Scheibe Steinbutt-Mousse belegt und einer Pflaumenmus-Sauce gekrönt.

So mancher Gala-Gast konnte sich beim Verzehr ein süß-saures Gesicht nicht verkneifen. Rosinenbrötchen waren die Grundlage der kreativen Hamburger des Hans-Peter Wodarz aus dem Gourmet-Tempel „Die Ente vom Lehel" in Wiesbaden. Er garnierte das Broiche mit „Ente und ihrer Leber" in Miniwürstchen auf Wirsing und Sellerie. Franz Keller schließlich aus Köln entschied sich für „Hirschkalbs-Burger", die der amerikanischen Urform noch am nächsten kamen. Fazit des Abends: ein intelligenter und auch ein wenig verrückter Wettbewerb um die Gaumengunst der Gala-Gäste.

Krankenkassen: Verträge mit Pharmabranche

rtr. Baden-Baden

Durch Verträge mit der Pharma-Industrie wollen die Ortskrankenkassen den Ausgabenanstieg bei Arzneimitteln bremsen. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, Franz-Josef Oldiges, sagte gestern im Südwestfunk: „Wir fordern, daß die Krankenkassen mit den Pharma-Herstellern Verträge abschließen dürfen und dabei auch auswählen können, welche Arzneimittel sie abnehmen wollen." Skeptisch äußerte sich Oldiges zur Selbstbeteiligung der Patienten an den Ausgaben, um das Kostenbewußtsein zu stärken. Davon halte er nur sehr wenig, denn bisher seien Selbstbeteiligungen nicht wirksam gewesen.

St-Lorenz-Strom blockiert

AP, Valleyfield/Kanada

Der Schiffahrtsweg durch den St.-Lorenz-Strom in Kanada war am Wochenende zum zweiten Mal innerhalb von knapp zwei Monaten blockiert, nachdem ein Frachtschiff eine Zugbrücke westlich von Montreal gerammt und zum Einsturz gebracht hatte. Arbeitstrupps waren rund um die Uhr bemüht, die Wasserstraße durch den Beauharnois-Kanal wieder freizumachen, in der sich auf beiden Seiten des Hindernisses bis zum Samstag nachmittag bereits 33 Schiffe angesammelt hatten.

Tod in der Lawine

AFP, Wien

Bei einem Lawinenunglück bei Mittelberg im Kleinwalsertal sind am Samstag zwei Skifahrer aus der Bundesrepublik ums Leben gekommen. Zwei weitere Deutsche wurden mit Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Bei den beiden Toten handelt es sich nach Angaben der Gendarmerie um den 34jährigen Hans Riebel aus Kempten und den 22jährigen Robert Dorn aus Steinheim bei Memmingen.

15 Tote bei Grubenunglück

dpa, Johannesburg

Die Zahl der Todesopfer des schweren Grubenunglücks, das sich am vergangenen Mittwoch in einer Goldmine bei Boksburg östlich von Johannesburg ereignete, ist in der Nacht zum Samstag auf 15 gestiegen. Zwei schwarze Bergleute wurden noch vermißt. Das Unglück ereignete sich in über 3000 Meter Tiefe, als ein Teil eines Stollens durch Steinschlag verschüttet wurde.

Kater ist keine „Sache"

dpa, Wien

Der Tigerkater Murli hat vielleicht österreichische Rechtsgeschichte gemacht: Zum ersten Mal hat ein Amtsrichter ein Urteil gefällt, in dem ein Tier nicht als „Sache" im rechtlichen Sinne behandelt wurde. Murli war von einem Schäferhund übel zugerichtet worden. Seine tierärztliche Behandlung kostete 2000 Mark, die das Hundefrauchen nicht bezahlen wollte, weil dies den „Handelswert" des Katers überschreite. Der Richter sah es anders: „Ein Auto kann man gegen ein anderes austauschen, aber doch nicht eine Katze."

ZU GUTER LETZT

„Die ersten quantitativen Überlegungen im Zusammenhang mit der Bergsturzdynamik verdanken wir keinem Geringeren als Albert Heim, der in seinem faszinierenden Spätwerk ‚Bergsturz und Menschenleben' (1932) das Prinzip der sogenannten Energielinie einführte. Heims genial einfacher Ansatz ist mit verschiedenen offensichtlichen Mängeln belastet." Aus der „*Neuen Zürcher Zeitung*".

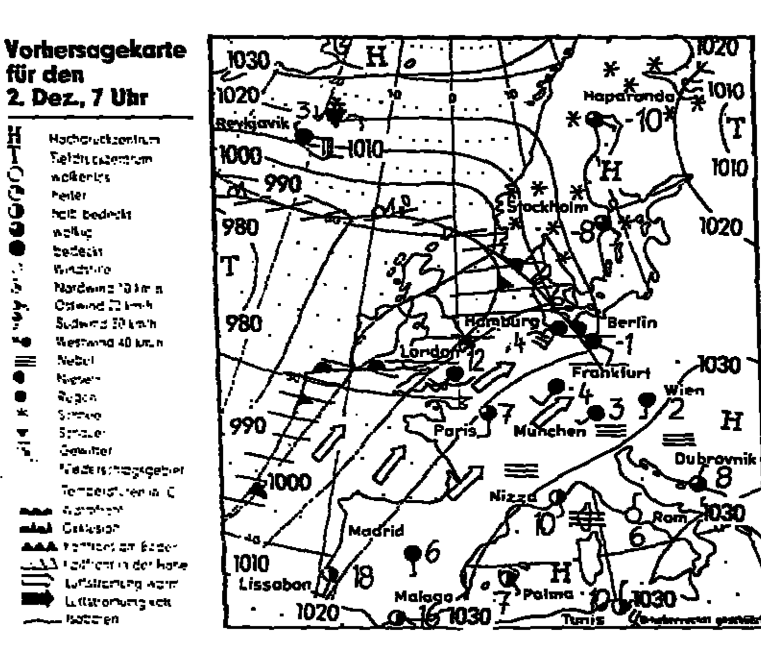
WETTER: Weiterhin mild

Lage: Ein Sturmtief über dem Nord ostatlantik führt milde Meeresluft nach Mitteleuropa

Vorhersage für Montag: Im Norden bedeckt und zeitweise Regen. Im Süden Frühnebelfelder. Sonst wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen im Westen und Südwesten 10 bis 14, sonst 5 bis 10 Grad, nachts nur geringe Abkühlung. Im Norden und Westen böig auffrischender Südwestwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten: In der Nordhälfte unbeständig, in Süddeutschland wenig Änderung, weiterhin mild.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.07 Uhr*, Untergang: 16.16 Uhr; **Mondaufgang:** 21.42 Uhr, Untergang: 12.52 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-4	bw
Bielefeld	5	R
Braunlage	0	Ne
Bremen	1	bd
Dortmund	5	bd
Dresden	1	bd
Düsseldorf	9	bw
Erfurt	1	Ne
Essen	6	bw
Feldberg/S.	6	he
Flensburg	-2	R
Frankfurt/M.	5	Ne
Freiburg	9	he
Garmisch	6	he
Greifswald	-4	bd
Hamburg	-2	S
Hannover	1	bd
Kahler Asten	3	R
Kassel	3	Ne
Kempten	9	he
Kiel	-2	Sp
Koblenz	7	he
Köln-Bonn	9	bw
Konstanz	3	Ne
Leipzig	1	bd
List/Sylt	-1	R
Lübeck	-2	Sp
Mannheim	10	he
München	6	bw
Münster	6	bd
Norderney	2	Ne
Nürnberg	5	bd
Oberstdorf	6	bw
Passau	2	Ne
Saarbrücken	10	bw
Stuttgart	6	he
Trier	9	bw
Zugspitze	-3	IW

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	16	he
Amsterdam	9	he
Athen	16	he
Barcelona	15	he
Belgrad	5	bd
Bordeaux	16	he
Bozen	5	he
Brüssel	13	bw
Budapest	1	bd
Bukarest	2	bd
Casablanca	27	wl
Dublin	14	bd
Dubrovnik	15	he
Edinburgh	14	R
Faro	18	bw
Florenz	14	he
Genf	8	wl
Helsinki	-11	bw
Hongkong	22	he
Innsbruck	2	Ne
Istanbul	10	bw
Kairo	22	he
Klagenfurt	1	he
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	-2	bd
Korfu	17	he
Las Palmas	26	wl
Leningrad	-7	bd
Lissabon	19	bw
Locarno	10	he
London	14	bw
Los Angeles	14	he
Luxemburg	7	he
Madrid	10	he
Mailand	6	bd
Malaga	15	he
Mallorca	18	he
Moskau	-11	bw
Neapel	16	he
New York	9	bw
Nizza	14	he
Oslo	-9	bd
Ostende	12	he
Palermo	17	he
Paris	13	he
Peking	3	he
Prag	-1	bd
Rhodos	17	he
Rom	13	bd
Salzburg	5	bw
Singapur	31	bw
Split	16	he
Stockholm	-8	bd
Straßburg	14	he
Tel Aviv	20	bw
Tokio	15	he
Tunis	16	wl
Valencia	15	he
Varna	5	bd
Venedig	5	wl
Warschau	-3	he
Wien	0	Ne
Zürich	4	Ne

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Briefmarkenmotive werden in der Bundesrepublik Deutschland und Polen mit zweierlei Maß gemessen

Mit dem Stempel „Retour" versehen schicken Polen und die „DDR" Briefe zurück, die mit der Vertriebenen-Marke der Deutschen Bundespost frankiert sind. In der Bundesrepublik werden anstandslos Briefe aus Polen mit den Gedenkmarken zu „eingegliederten Gebieten" befördert

Herzog Boleslaus und die Vertriebenen

DIETER SALZMANN, Bonn

Postkunden, die in letzter Zeit einen Brief nach Polen oder in die „DDR" geschickt haben, werden sich möglicherweise wundern, wenn sie in den Briefkasten blicken. Briefe, die ordnungsgemäß adressiert und frankiert waren, sind zurückgekommen. Und das nicht deshalb, weil der Empfänger unbekannt verzogen ist oder die Annahme verweigerte.

Der Grund: Polen und die „DDR" weigern sich, Briefe mit der 80-Pfennig-Sondermarke der Post, die an 40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher erinnert, zu befördern. Warschau und Ost-Berlin hatten schon bei der Herausgabe der Marke angekündigt, mit ihr frankierte Briefe als „unzustellbar" zurückzuweisen. Die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN sprach von einem gegen Frieden und Völkerverständigung gerichteten Mißbrauch des internationalen Postverkehrs. Jetzt sind die ersten Briefe in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekommen.

Bei Sendungen, die aus Polen zurückgeschickt werden, bekommt der Absender zwei Hinweise auf seinem Brief, weshalb es nicht zur Auslieferung gekommen ist. Die Polen stempeln auf die Briefe: „Retour cf circulaire BI UPU No.153/1985". (Retour confer circulaire Bureau International Union Postale Universelle Nummero 153/1985). Die polnische Post verweist damit auf einen Rundbrief des Weltpostvereins in Bern, in dem Polen die Maßnahme gegen die Marke angekündigt hatte.

Auf Briefen, die aus der „DDR" zurückgewiesen werden, befindet sich nur ein aufgestempeltes „Retour". Kommen die unbeförderten Briefe im Bündel bei einem westdeutschen Postamt an, ist oft nur der erste und der letzte Brief in diesem Packen bestempelt. Eine Sprecherin aus dem Postministerium: „Für den Postkunden kann dann der Eindruck entstehen, die Bundespost habe die Sendung nicht befördert." Wieviele Briefe seit Ausgabe der Marke am 12. November zurückgesandt worden sind, weiß man bei der Post nicht.

Laut Auskunft der Deutschen Bundespost sind Schalterbeamte angewiesen, Briefmarkenkäufer auf die Gefahren hinzuweisen, wenn sie bemerken, daß eine Sendung in ein Ostblockland geschickt werden soll. Bei Auslieferung der Marken an die Ämter hatte die Post davor gewarnt, Sendungen in den Ostblock mit der Sondermarke zu frankieren.

Briefmarkenhändler schließen nicht aus, daß die nicht zugestellten Briefe mit dem polnischen „Sonderstempel" in absehbarer Zeit einen hohen Sammlerwert erhalten.

Die Deutsche Bundespost versieht die rücklaufenden Briefe mit einem Klebezettel auf dem es heißt, die Sendung sei von der jeweiligen Postverwaltung „zurückgewiesen worden, der Grund ist offenbar die ungerechtfertigte Beanstandung eines gültigen Postwertzeichens". Nach Ansicht der Bundespost müssen auch Briefe mit der beanstandeten Marke, entsprechend internationaler Vereinbarungen, befördert werden.

So werden Briefe, die aus Polen abgeschickt wurden und mit Marken der polnischen Post frankiert sind, die an die „40-Jahrfeier der wiedergewonnenen Gebiete" – gemeint sind die deutschen Ostgebiete – erinnern, von der Bundespost anstandslos befördert. Diese Marken zeigen die polnischen Politiker Gomulka und Zaremba sowie Herzog Boleslaus III. „Schiefmund", der um 1100 ein Gebiet regierte, das etwa dem jetzigen polnischen Staat, allerdings ohne Ostpreußen, entsprach. Daneben ist eine Karte Polens abgebildet, auf der die „wiedergewonnenen" Gebiete Schlesien, Pommern und das südliche Ostpreußen farblich hervorgehoben sind.

Frühlingshaftes Wetter im Süden, Eisregen im Norden

Ungewöhnliches Temperaturgefälle für Dezember

DW. Frankfurt

Nach den frühen und ergiebigen Schneefällen Mitte November und spürbarer Frostmilderung in den vergangenen Tagen hat der Deutsche Wetterdienst für die erste Dezemberwoche fast frühlingshafte Temperaturen vorausgesagt. Im Westen und Südwesten der Bundesrepublik wurden bei Anhalten der neblig-trüben Witterung 14 Grad und nur gebietsweise Regen erwartet. Dagegen werde sich die warme Meeresluft im Norden und Osten des Landes nur ganz allmählich durchsetzen.

Am Wochenende gab es ein für die Jahreszeit ungewöhnliches Temperaturgefälle. Während am Sonntag beispielsweise in Freiburg und Saarbrücken zehn Grad plus gemessen wurden, lagen die Tagestemperaturen in Berlin sieben Grad unter dem Gefrierpunkt.

Auch im Norden Deutschlands schlitterten Fußgänger und Autofahrer noch über vereiste Straßen. Bei drei bis vier Grad Kälte führte sofort gefrierender Regen am Vormittag in Schleswig-Holstein, Hamburg und im nördlichen Niedersachsen nach Angaben der Polizei zu „extremer Straßenglätte und chaotischen Verkehrsverhältnissen". Die Autobahn Hamburg–Lübeck wurde in Höhe der Anschlußstelle Öjendorf nach mehreren Unfällen voll gesperrt. In der Hamburger Innenstadt wurden einige vereiste Brücken für den Verkehr geschlossen.

In den Hochlagen der Mittelgebirge hingegen war am Wochenende kaum noch Wintersport möglich. In den Alpen herrschten sogar in 2000 Metern Höhe Temperaturen von knapp über null Grad. Deutschlands höchster Berg, die Zugspitze, lag am Sonntag vormittag in Wolken. Bei einer Temperatur von minus vier Grad war die Schneedecke 95 Zentimeter stark.

Auf den höhergelegenen Alpenstraßen in Östereich, der Schweiz und Frankreich mußten die Autofahrer nach Angaben des ADAC weiterhin mit winterlichen Verkehrsbedingungen rechnen. Im normalen Straßenverkehr kam es kaum zu wetterbedingten Behinderungen, lediglich auf Nebenstrecken in Südbayern war noch Schneematsch anzutreffen.

